



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

¿Un paso hacia el post-extractivismo?

Eine akteursanalytische Untersuchung der Positionen um die
(Nicht-) Förderung des Erdöls im Yasuní Nationalpark in Ecuador

Verfasser

Christoph OMANN

angestrebter akademischer Grad

Magister (Mag.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 057 390

Studienrichtung lt. Zulassungsbescheid: Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Ulrich Brand

Danksagung

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Personen bedanken, die mich im Laufe des Studiums und insbesondere während des Erarbeitens dieser Diplomarbeit unterstützt haben. Besonders bedanken möchte ich mich bei meinen Eltern, die mich vor allem finanziell unterstützt haben und ohne die ein Studium wohl nicht möglich gewesen wäre.

Meinem Diplomarbeitbetreuer Dr. Ulrich Brand, der schon während des Studiums mein Interesse für internationale politische Zusammenhänge weckte und für seine Unterstützung während dem Verfassen dieser Diplomarbeit.

Auch meinen beiden InterviewpartnerInnen möchte ich mich für ihre Geduld und Zeit bedanken.

Ein weiterer Dank gilt meiner Familie und meinen FreundInnen für die Unterstützung und den eifrigen KorrekturleserInnen für die wichtigen inhaltlichen und formalen Tipps. An dieser Stelle möchte ich vor allem Helene danken, die mich während der Hochs und Tiefs immer wieder motiviert hat und mir die nötige Energie und Kraft während der Zeit gegeben hat, in der ich diese Arbeit verfasst habe.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	3
Abbildungsverzeichnis	5
1. Einleitung	6
1.2 Forschungsfragen und Hypothesen	7
1.2. Methodik und Vorgehensweise	9
2. Extraktivismus in Lateinamerika – ein Begriff im Diskurs	12
2.1 Klassischer Extraktivismus und Neo-Extraktivismus – Zwei Seiten der gleichen Medaille	12
2.1.1 Formen des klassischen Extraktivismus	12
2.1.2 Neo-Extraktivismus	15
2.2 Post-Extraktivismus	20
3. Methodologie	23
3.1 Akteurzentrierter Institutionalismus	23
3.2 Governance Analytical Framework	27
3.3 Synthese und Operationalisierung	28
3.3.1 Problembereiche	29
3.3.2 Akteure	30
3.3.3 Normen	33
3.3.4 Knotenpunkte	33
3.3.5 Prozesse	34
4. Vom Segen zum Fluch - Bedeutung des Erdöls in Ecuador	35
4.1 Ecuadors extraktivistisches Wirtschaftsmodell	35
4.1.1 Merkmale	36
4.1.2 „Dutch Disease“	38
4.1.3 Institutionen	39
4.2 Historische Entwicklungen des Erdöls in Ecuador	40
4.3 Struktur des ecuadorianischen Erdölsektors	44
4.4 Erdölgebiete und –vorkommen in Ecuador	46
4.5 Ökologische und soziale Folgen von Erdölaktivitäten	47

4.6 Erdölförderung und die indigene Bevölkerung	49
4.6.1 Freie, frühzeitige und informierte Konsultation	50
4.6.2 Fallbeispiele von rechtlichen Konflikten	51
4.7 Erdöl und Identität	54
4.8 Sozialausgaben und Verringerung der Ungleichheit	56
4.9 Zwischenfazit.....	58
5. Yasuní Nationalpark	60
5.1 Biodiversität.....	61
5.2 Indigene Gemeinschaften	62
5.2.1 Die Waorani	62
5.2.1 Tagaeri und Taromenane	64
6. Die Yasuní-ITT-Initiative – Eine Initiative gefangen in ihrem eigenen Erfolg	66
6.1 Ideen und Ziele	66
6.2 Finanzierung	67
6.3 Entstehung, Schwierigkeiten und Kritik.....	69
7. Akteursanalyse– Positionen der Akteure.....	72
7.1 Regierung Ecuadors.....	72
7.1.1 Präsident Rafael Correa	74
7.1.2 Ministerien	76
7.2 Erdölindustrie	78
7.3 Umweltpolitische-NROs	82
7.4 Indigene Bevölkerung.....	85
7.5 Internationale Gemeinschaft.....	89
7.6 Fazit der Analyse	92
8. Conclusio	96
9. Literaturverzeichnis.....	102
10. Anhang	112
10.1 Zusammenfassung	112
10.2 Abstract.....	113
10.3 Curriculum Vitae	114

Abkürzungsverzeichnis

AE	Acción Ecologica
AI	Akteurzentrierter Institutionalismus
API	American Petrol Index
BCE	Banco Central del Ecuador
BDH	Bono de Desarrollo Humano
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CBDR	Common but differentiated responsibility
CDM	Clean Development Mechanism
CEPAL	Comisión Económica para América Latina y el Caribe
CEPE	Corporacion Estatal Petrolera Ecuatoriana
CGC	Compañía General de Combustibles
CGY	Certificados de Garantía Yasuní
CNPC	Chinese National Petroleum Corporation
CONAIE	Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador
CONFENIAE	Confederación de las Nacionalidades Indígenas de la Amazonia Ecuatoriana
ECUARUNARI	Ecuador Runakunapak Rikcharimuy
EU	Europäische Union
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
FDIs	Foreign Direct Investments
FDP	Freie Demokratische Partei Deutschlands
FIPSE	Federación Independiente del Pueblo Shuar del Ecuador
GAF	Governance Analytical Framework
IACHR	Inter-American Commission on Human Rights
IIRSA	Initiative for the Integration of the Regional Infrastructure of South America
ILO	International Labour Organization
ISI	Importsubstituierende Industrialisierung
ITT	Ishpingo, Tambococha und Tiputini
IWF	Internationaler Währungsfond
NRO	Nichtregierungsorganisation

OCP	Oleoducto de Crudos Pesados
OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries
OPIP	Organization of the Pastaza Indigenous Peoples
REDD	Reducing Emissions from Deforestation and Degradation
SAPs	Strukturanpassungsprogramme
SIL	Summer Institute of Linguistics
TIPNIS	Territorio Indígena y Parque nacional Isiboro Sécore
TNUs	Transnationalen Unternehmen
UNDP	United Nations Development Programme
UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund
USA	Vereinigten Staaten von Amerika
USD	US-Dollar
YII	Yasuní-ITT-Initiative
YNP	Yasuní Nationalpark

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Schematische Darstellung der drei Arten des Extraktivismus	21
Abbildung 2: Erdölexporte Ecuadors gemessen in % an Gesamtexporten	39
Abbildung 3: Anteil der drei wichtigsten Primärgüter am Gesamtexport (in %)	41
Abbildung 4: Produktion und Konsum von Erdöl in Ecuador im Vergleich	43
Abbildung 5: Private und öffentliche Erdölproduktion.....	46
Abbildung 6: Einteilung der Erdölblöcke in Ecuador	47
Abbildung 7: Sozialinvestitionen in Prozent des BIPs.....	57
Abbildung 8: Straßenbau im YNP	61
Abbildung 9: Reservat der Waorani.....	63

1. Einleitung

Ecuador ist eines der Länder Lateinamerikas, das außerordentlich abhängig vom Abbau und Export natürlicher Ressourcen ist. Nach einer langen Ära neoliberaler Herrschaft befindet sich das Land in einem Transformationsprozess. Es werden Lösungen gesucht um das ausbeuterische Wirtschaftsmodell zu überwinden und eine Alternative zu rein wirtschaftlicher Entwicklung zu finden. Die dieser Diplomarbeit zugrunde liegende Debatte über die extraktivistische Entwicklungsweise in Ecuador ist aus umwelt- und gesellschaftspolitischer Perspektive von besonderer Brisanz. Das von vielen lateinamerikanischen Ländern forcierte, auf den Export von verschiedensten Rohstoffen beruhende Modell des Extraktivismus führt nicht nur zu einer großen Abhängigkeit der rohstoffreichen Länder, sondern bringt auch schwerwiegende soziale und ökologische Probleme mit sich. Vorwiegend werden Erdöl und -gas, aber auch verschiedenste Mineralien gefördert und abgebaut um anschließend die steigende Nachfrage vor allem in Nordamerika und Europa, neuerdings vermehrt auch in Asien zudecken. Derzeit konzentriert sich das extraktivistische Entwicklungsmodell in Lateinamerika vor allem auf Venezuela, Ecuador, Bolivien, aber auch in Peru und Kolumbien wird dieses forciert, wie die geplanten enormen Bergbauprojekte in diesen Ländern zeigen. Im sogenannten „Cono Sur“¹, dem Süden Lateinamerikas, vor allem in Argentinien und Brasilien werden große Flächen entwaldet und gerodet, um Weideflächen und Anbaugelände für Futtermittel zu schaffen, hierbei wird von agrarischem Extraktivismus gesprochen (Gudynas 2012a: 49).

Der Bergbau und die Extraktion von Erdöl und -gas sind zentrale Elemente, wenn man die vergangene und auch gegenwärtige politische Ökonomie vieler lateinamerikanischer Länder betrachtet. Der Aufstieg Chiles wäre ohne seine Kupfervorkommen nicht möglich gewesen; die sich selbst als „post-neoliberal“ bezeichnenden Regierungen in Bolivien und Ecuador wären ohne die Öl- und Gasvorkommen wohl kaum mehr an der Macht; Venezuelas dominante Rolle in der Region beruht auf dem Ölreichtum und konservative Regierungen wie in Kolumbien und Peru verursachen durch den Bergbau die wohl größten sozio-ökologischen Konflikte ihrer Geschichte (Bebbington 2012a: 3).

¹ Gemeint ist mit dem Begriff der südlichste Teil Südamerikas, den die Länder Argentinien, Chile, Uruguay und Teile von Brasilien und Paraguay bilden.

Vor allem die seit der Mitte dieses Jahrzehnts regierenden progressiven Regierungen einiger Länder Lateinamerikas haben dieses Wirtschaftsmodell nicht nur beibehalten, sondern sogar noch intensiviert. Für die derzeitige Ausrichtung der „neuen Linken“ in Lateinamerika ist dieses Modell jedoch von zentraler Bedeutung, da ohne die Einnahmen des Rohstoffexports die großzügigen Sozialprogramme der jeweiligen Regierungen nicht finanzierbar wären. Mit den wichtigen Verbesserungen für die ärmsten Bevölkerungsschichten geht jedoch auch eine wachsende Ausbeutung der Natur einher und auch die Lebensräume vieler indigener Gruppen werden dadurch zerstört.

In Lateinamerika und teilweise auch in Europa werden seit einiger Zeit intensive Debatten über die Nachhaltigkeit dieses Wirtschaftsmodells geführt und damit auch mögliche Auswege und Alternativen diskutiert. Jedoch wird nicht nur eine Alternative zum Extraktivismus gesucht, sondern viele gehen weiter und fordern eine Alternative zu wirtschaftlicher Entwicklung als Parameter eines guten Lebens. Zudem gibt es auch in Lateinamerika konkrete Ansätze und Vorschläge, die eine Abkehr von einem auf fossilen Rohstoffen basierenden Wirtschaftsmodell anstreben (vgl. Debatte um Post-Extraktivismus unter 2.2).

1.2 Forschungsfragen und Hypothesen

Auch ich beschäftige mich in dieser Arbeit mit einem solchen Vorschlag, nämlich dem Vorschlag der ecuadorianischen Regierung und der Yasuní-ITT-Initiative (YII), große Mengen an Erdöl im ITT-Gebiet des Yasuní Nationalpark (YNP) unangetastet zu lassen und nicht zu fördern. Das Gebiet, benannt nach den drei gefundenen Ölquellen Ishpingo, Tambococha und Tiputini (ITT), sowie der gesamte Nationalpark verfügen über eine enorme biologische Vielfalt. Zusätzlich ist der Bereich mit den Erdölvorkommen Lebensraum zweier in freiwilliger Isolation lebender indigener Stämme, nämlich der Tagaeri und der Taromenane, vom Stamm der Waorani (auch Huaorani). Laut Schätzungen liegen Reserven von rund 846 Millionen Barrel² unter der Erde, das sind etwa 20% des gesamten Ölvorkommens in Ecuador. Durch die Nicht-Förderung des Öls würden alleine 407 Mio. Tonnen CO₂ im Boden belassen und nicht emittiert werden und zusätzlich könnten durch den Erhalt des Waldes rund 800 Millionen Kohlendioxid eingespart werden (UNDP 2010).

²Ein Barrel Erdöl enthält 159 Liter.

Acosta, Gudynas, Martinez und Vogel (2009: 431) sprechen von einem bedeutenden Schritt, um die Logik des extraktivistischen Entwicklungsmodells zu hinterfragen und gleichzeitig das Modell des „Buen Vivir“ („guten Lebens“) auf globaler Ebene zu implementieren.

Jedoch fordert die ecuadorianische Regierung für dieses Erdölmoratorium Ausgleichszahlungen von der internationalen Gemeinschaft, die mindestens die Hälfte der Einnahmen, die durch die Förderung des Erdöls generiert würden, ausmacht. Insgesamt sollen im Fonds 3,5 Milliarden Dollar zusammenkommen und diese Kompensationszahlungen für die Nichtförderung des Erdöls sollen mithilfe des Yasuní-ITT-Treuhandfonds verwaltet werden.

An dieser Debatte beteiligen sich neben Regierungen und Staaten auch andere Akteure³, wie umweltpolitische Nichtregierungsorganisationen (NROs), Verbände indigener Völker, WissenschaftlerInnen, AktivistInnen, und natürlich die Erdölindustrie. Anhand der Literatur über die Debatte um diesen Vorschlag, empirischem Material und zweier ExpertInnengespräche wird geprüft, welche Positionen die beteiligten Akteure einnehmen und versucht diese im Zusammenhang ihrer institutionellen Verankerung zu analysieren. Daraus leitet sich die zentrale Forschungsfrage ab:

„Welche Positionen gibt es um den Vorschlag der ecuadorianischen Regierung, die Erdölvorkommen im Nationalpark Yasuní unter der Erde zu belassen und nicht zu fördern?“

Um diese Hauptfrage beantworten zu können ergeben sich folgende Unterfragen:

- Auf welche Weise beeinflusst die extraktivistische Entwicklungsweise Ecuadors die Entstehung des Vorschlags und der Yasuní-ITT-Initiative?
- Welche Akteure beteiligen sich an der Debatte über diesen Vorschlag und welche Positionen nehmen sie dabei ein? Welche Widerstände und/oder Möglichkeiten für den Erfolg oder das Scheitern der Initiative ergeben sich daraus?
- Welche institutionellen Rahmenbedingungen beeinflussen die Positionen der Akteure?

³Der Begriff wird hier und nachstehend bewusst nicht gegendert, da der Begriff des Akteurs hier keine männlichen oder weiblichen Individuen meint, sondern vor allem Organisationen, Institutionen, Regierungen,...

- Welche Rolle spielen nationale bzw. internationale rechtliche Normen und hier vor allem die 2008 verabschiedete Verfassung für die verschiedenen Akteure?

Hypothesen

- Die verschiedenen Interessen der Akteure führen zu unterschiedlichen Positionen in der Debatte und in Folge auch zu Konflikten zwischen einzelnen Akteuren.
- Da die ecuadorianische Regierung sehr stark von den Einnahmen aus der Erdölproduktion abhängt, bezieht sie sich vorwiegend auf die monetären Aspekte der Initiative und ist an einer Aufrechterhaltung des extraktivistischen Entwicklungsmodells interessiert. Der Vorschlag das Erdöl im Boden zu belassen und die YII ist somit eine Ausnahme und die Regierung versucht sie auch als solche durchzusetzen.
- Die meisten umweltpolitischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Ecuador begrüßen den Vorschlag eines Erdölmoratoriums und versuchen durch ihre Arbeit eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für die Initiative herzustellen.
- Da ein Großteil des YNP Lebensraum indigener Völker ist, setzt sich deren institutionalisierte Vertretung für eine Nichtförderung des Erdöls in genanntem Gebiet ein und unterstützt die Implementierung der Initiative.

1.2. Methodik und Vorgehensweise

Zu Beginn der Arbeit findet sich eine Darstellung des Begriffs „Extraktivismus“, seiner Bedeutung und der historischen Ausprägungen und unterschiedlichen Phasen. Damit möchte ich auch an die aktuell sehr intensiv geführte Debatte über Neo-Extraktivismus und seine Alternativen in Südamerika anschließen und den Status-Quo dieser Debatte darlegen. Der Begriff Extraktivismus ist sozusagen die „theoretische Brille“, mit der ich auf diese Arbeit blicke und das gewählte Thema behandle. Dazu möchte ich anmerken, dass ich Extraktivismus als ein die Natur ausbeutendes, kapitalistisches Akkumulationsmodell fasse, dass sich historisch konstituiert hat und Länder des Südens seit dem Kolonialismus in einer chronischen Abhängigkeit hält.

Vielen dieser Länder wird eine genaue Rolle innerhalb der internationalen Arbeitsteilung zugeschrieben, nämlich die des Rohstofflieferanten. Diese Perspektive bildet für mich die Grundlage, um eine kritische Analyse dieses Modells vornehmen zu können.

Im darauffolgenden Teil wird näher auf die methodologischen Konzepte eingegangen, die dieser Arbeit zugrunde liegen. Erstens wird kurz das Konzept des „akteurzentrierten Institutionalismus“ (AI) beschrieben und dessen wichtigste Analyseeinheiten vorgestellt. Mit Hilfe dieses Ansatzes werden die wichtigsten Akteure der Debatte herausgearbeitet und diese auch in einen strategisch-relationalen Kontext mit den Institutionen gestellt, in denen sie agieren. Zweitens widmet sich dieses Kapitel dem sogenannten „Governance Analytical Framework“ (GAF), ein Konzept politischer Steuerung, das einen sehr guten Rahmen für die Operationalisierbarkeit der Akteursanalyse bietet. In einer Synthese werden die zwei vorgestellten Ansätze verbunden und anschließend die Analysekategorien operationalisiert.

In Kapitel 4 wird die besondere Bedeutung des Erdöls für die Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch für die Identität in Ecuador herausgearbeitet. Dazu wird anhand der zuvor identifizierten Eigenschaften des Extraktivismus das extraktivistische Modell Ecuadors skizziert. Danach folgt eine Analyse der ecuadorianischen Wirtschaftsstruktur und der besonderen Rolle des Erdöls als Produkt, aber auch als identitätsstiftendes Element. Ebenso wird auf die historische Entwicklung des Erdölsektors in Ecuador und die Folgen der Erdölförderung eingegangen. Der Schluss des Kapitels widmet sich noch den Sozialausgaben, die seit der Regierungsübernahme von Rafael Correa eine sehr wichtige Rolle spielen, vor allem in Bezug auf die Legitimierung des extraktivistischen Modells.

In den nächsten Kapiteln wird der YNP im Amazonas und die Yasuni- ITT-Initiative vorgestellt und bei ersterem ein spezieller Fokus auf die enorme Biodiversität und die indigene Bevölkerung gelegt. Die Initiative wird in ihren Grundzügen skizziert, da in Kapitel 7 bei der Akteuranalyse noch genauer auf die einzelnen Positionen, sowie die Schwierigkeiten und Hindernisse dieses Vorschlags eingegangen wird. Die ersten sechs Kapitel basieren hauptsächlich auf der Auswertung von Primärliteratur in Form von Monographien und Sammelbänden, aber auch aus Artikeln wissenschaftlicher Zeitschriften. Ergänzt wird dies durch zahlreiches empirisches Datenmaterial, das vor allem für die Skizzierung der sozio-ökonomischen Situation Ecuadors wichtig ist.

Dieses Material stammt vorwiegend von dem online zugänglichen Berichten und Statistiken der ecuadorianischen Zentralbank (BCE) und von der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL).

In Kapitel 7 werden also die einzelnen Positionen der verschiedenen Akteure in Bezug auf den Vorschlag, das Erdöl im Boden zu lassen, vorgestellt und analysiert. In diesem Analyseteil werden auch die anfangs gestellten Forschungsfragen und -hypothesen beantwortet.

In einem Fazit werden die Positionen in Bezug zueinander gestellt und mögliche daraus resultierende Konflikte oder Kooperationen abgeleitet. Das zugrundeliegende Material für die Analyse sind vorwiegend Publikationen, Deklarationen und Positionspapiere der Akteure selbst, aber auch diverse Zeitungsartikel ecuadorianischer und teilweise internationaler Medien. Zusätzlich basiert meine Analyse auf zwei ExpertInneninterviews, die ich im Rahmen des 54. Internationalen Lateinamerikakongresses im Juli 2012 in Wien persönlich durchgeführt habe.

Die offenen Leitfadeninterviews in Form eines Gesprächs wurden mit dem ecuadorianischen Ökonom und ehemaligen Minister für Energie und Bergbau Alberto Acosta⁴ und der in London tätigen Ethnologin und Ecuador-Expertin Laura Rival geführt.

In der Conclusio werden die wichtigsten Ergebnisse der einzelnen Kapitel zusammengefasst und die Forschungsfragen bzw. -hypothesen beantwortet. Ebenso wird in diesem Schlusskapitel das Potential solcher Initiativen im Hinblick auf eine Abkehr vom extraktivistischen Modell, das die ecuadorianische Regierung unter Rafael Correa propagiert, diskutiert.

⁴Acosta war auch Vorsitzender der nach dem Wahlsieg von Rafael Correa einberufenen verfassungsgebenden Versammlung in Montecristi

2. Extraktivismus in Lateinamerika – ein Begriff im Diskurs

2.1 Klassischer Extraktivismus und Neo-Extraktivismus – Zwei Seiten der gleichen Medaille

Wenn von Extraktivismus die Rede ist, ist damit eine spezielle kapitalistische Produktionsweise⁵ gemeint, die auf der Ausbeutung und dem Export von Rohstoffen basiert. Dieses Wirtschaftsmodell ist somit von den Renten, die aus den Rohstoffexporten generiert werden, und deren Verteilung abhängig. Staatseinkommen und dessen Verteilung strukturieren die Klassenverhältnisse und die Rolle des Staates in diesem Produktionsmodell. Beeinflusst wird das Modell auch vom Weltmarkt, der die Preise für die jeweilige Ressource festlegt sowie von geopolitischen Konstellationen, die sich im Laufe des letzten Jahrzehnts - vor allem im Hinblick auf die veränderte Rolle Chinas - bedeutend verschoben haben. Brand und Dietz (2013) verstehen Extraktivismus als „Entwicklungsmodell, das sich in konkreten Gesellschaften als die jeweiligen Verhältnisse strukturierend entwickeln kann bzw. historisch sich als solches entwickelt hat.“

Es handelt sich also um eine spezifische „Entwicklungsweise“⁶, die sich in verschiedenen historischen Phasen unterschiedlich ausgeprägt hat.

2.1.1 Formen des klassischen Extraktivismus

Die erste Phase des Extraktivismus entwickelte sich während der Kolonialzeit zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert und war geprägt durch den Abbau von Gold und Silber, das die Gier nach Edelmetallen in Europa befriedigte und den Aufstieg des europäischen Kapitalismus und seiner Ökonomien sicherstellte. Eduardo Galeano zitiert dazu in seinem Klassiker „Die offenen Adern Lateinamerikas“ den marxistischen Theoretiker Ernest Mandel, der darauf hinweist, dass das Kapital, welches aus den Plünderungen Amerikas generiert wurde, das Entstehen der europäischen Industrien direkt finanzierte und der industriellen Revolution Auftrieb verlieh. So wurden die Entwicklungsländer nicht nur Opfer der Ausbeutung und

⁵Eine auf Mehrwertproduktion, Warentausch und Kapitalakkumulation basierende Erzeugung materieller Güter (Nohlen 2010: 853).

⁶ Dieser Begriff entstammt der Regulationstheorie und es wird damit eine spezifische historische Phase innerhalb der Produktionsweise bezeichnet (zur Regulationstheorie vgl. u.a. Boyer 1990, Hübner 1990, Becker 2002).

Plünderung, sondern konnten ebenso ihren industriellen Rückstand in einer Welt mit ausgereiften westlichen Industriezentren nicht aufholen (Mandel zitiert nach Galeano 1985: 39 f.). Lateinamerika wurde also bereits während der kolonialen Ausbeutung die Rolle des Rohstoff- und Nahrungsmittellieferanten zugeschrieben und verfestigte damit seinen Platz im Gefüge der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung, die darin besteht, „daß einige Länder sich im Gewinnen und andere im Verlieren spezialisieren“ (Galeano 1985: 10). Dieser zugeschriebene, subalterne Platz prägt jedoch nicht nur die Handelsbeziehungen, sondern in großem Maße auch die Klassenstruktur, die Produktionsmethoden und in weiterer Folge auch die gesellschaftlichen Naturverhältnisse⁷ eines Landes.

Ein weiteres Merkmal dieser Phase des kolonialen Extraktivismus war die systematische Ausbeutung der vorwiegend indigenen Arbeitskraft und der von Händlern verschleppten SklavInnen aus Afrika. Es herrschten in dieser Phase also „rassialisierte gesellschaftliche Naturverhältnisse“ vor (Brand/Dietz 2013). Die SklavInnen wurden nicht nur zur Zwangsarbeit in den Gruben und Stollen eingesetzt, sondern auch auf den zahlreichen Plantagen Mittelamerikas und der Karibik.

Geregelt wurde das ganze durch den dominanten Kolonialstaat vor Ort, wie auch von Europa aus. Es handelte sich also um eine unter europäischer Vorherrschaft und auf Sklaverei basierenden Akkumulation mit Elementen kolonialer Regulation.

Es folgte eine Phase des Extraktivismus innerhalb des liberalen Kapitalismus vom 19. bis Anfang des 20. Jahrhunderts, die durch Kapitalisierung und Modernisierung Lateinamerikas und den Aufstieg neuer nationaler Eliten, Großgrund- und Minenbesitzer, geprägt war (vgl. Brand/Dietz 2013). Diese soziale Klasse spielte bereits während der kapitalistischen Expansion der Kolonialzeit eine bedeutende Rolle. Die Kooperation zwischen den europäischen Eroberern und den einflussreichen Eliten in den Kolonialländern war Voraussetzung für die erfolgreiche Anhäufung von Kapital in den Zentrumsökonomien. Die Macht konzentrierte sich somit in den Händen weniger Händler, die Edelmetalle und Nahrungsmittel nach Europa verkauften und im Gegenzug dafür verschiedene Luxusgüter erhielten. Galeano meint dazu, dass „die Kolonialwirtschaft in der Vergangenheit für die mit dem Kolonialherrschaftssystem assoziierten Klassen enorme Reichtümer hervorgebracht hat“ (Galeano 1985: 42).

⁷Der Begriff der gesellschaftlichen Naturverhältnisse beschreibt die Wechselbeziehung zwischen Gesellschaft und Natur und plädiert dafür die beiden Sphären nicht unabhängig voneinander zu betrachten, da beide Einfluss auf die jeweils andere nehmen. Görg (2004: 201) beschreibt sie als „die Gesamtheit der Praktiken, der institutionellen und organisatorischen Formen, in denen Gesellschaften ihre Verhältnisse zur Natur regulieren und transformieren“.

Diese „Kompradorenbourgeoisie“ (Brand/Dietz 2013) verschwendete das in den Kolonien verbleibende Kapital großzügig ohne neue Wirtschaftszweige im Land zu schaffen oder es in Bildung für die Bevölkerung zu investieren.

Die dritte Phase bildete ein durch den peripheren Fordismus und US-Hegemonie geprägtes Modell des Extraktivismus, das von 1930 bis zum Anfang der 1970-er Jahre andauerte (Brand/Dietz 2013). Nach der Weltwirtschaftskrise wurde das Akkumulationsmuster geändert und der Fokus mehr auf die Binnenentwicklung gelegt. Es entstand das Modell der „importsubstituierenden Industrialisierung“ (ISI). In diese Zeit fallen aber auch die Nationalisierungen bedeutender Wirtschaftsbereiche, sowie der „Washington Consensus“ der internationalen Finanzinstitutionen (Weltbank und IWF⁸), der mithilfe von Strukturanpassungsprogrammen (SAPs), Liberalisierungen und Privatisierungen durchgesetzt wurde.

Die nationale und nachholende Entwicklung und konservative Modernisierung dieser Periode wird auch als „*Desarollismo*“ bezeichnet (vgl. Brand/Dietz 2013). Nationalisierungen in Lateinamerika wurden seit den 1950-er Jahren durchgeführt, wie beispielsweise 1952 der Zinnabbau in Bolivien und 1969 in Peru. In Chile verkündete Salvador Allende 1970, dass eine Verfassungsreform die Nationalisierung der großen Bergbauunternehmen ermöglichen soll (Galeano 1985: 165).

Zwei Jahre später folgte Ecuador mit seinem neuen „Ley de los Hidrocarburos“ (Kohlenwasserstoffgesetz) und der Verstaatlichung des größten Erdölunternehmens (CEPE) im Land. Im Zuge der erwähnten SAPs tauchten auch die ersten multinationalen Unternehmen auf, die vorwiegend im Rohstoffsektor der Ökonomien Lateinamerikas tätig waren und sind. Multinational bedeutet in diesem Falle nicht – lässt uns Galeano (1985:182) wissen - dass die Unternehmen den vielen Ländern gehören, in denen sie tätig sind, sondern einfach dass sie aus allen Ländern große Erdöl- und Dollar-Ströme in die kapitalistischen Machtzentren fließen lassen. Vor allem die Vereinigten Staaten mussten den steigenden Bedarf an Rohstoffen und strategischen Mineralien, die für die militärische Sicherheit während des Kalten Krieges notwendig waren, decken. Ziel der nordamerikanischen Expansion war das an Rohstoffen reiche Amazonasgebiet, wo Massen an Land angekauft wurden und durch Steuervergünstigen und andere Lockmittel der lokalen Regierungen eine erneute Kolonisierung des noch unberührten Gebietes in Gang gesetzt wurde (Galeano 1985: 157 f.).

⁸ Internationaler Währungsfond

Nach der Schuldenkrise und mit der zunehmenden Globalisierung unter neoliberalen Vorzeichen, veränderten sich die extraktivistisch geprägten Ökonomien Lateinamerikas nicht allzu sehr. Bei kontinuierlicher hegemonialer Stellung der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) wurden die Unternehmen zunehmend transnational und ebenso das Kapital wie auch der Staat internationalisierte sich. Jedoch handelte es sich dabei um keine eigene Phase des Extraktivismus mit geänderten Bedingungen.

2.1.2 Neo-Extraktivismus

Die gegenwärtige Phase des Entwicklungsmodells wird in der wissenschaftlichen Literatur als Neo-Extraktivismus bezeichnet, jedoch gibt es geteilte Meinungen über die Perspektive, mit der diese neue Form des Extraktivismus analysiert werden soll. Einerseits wird davon ausgegangen, dass der Neo-Extraktivismus in Lateinamerika ein spezielles Merkmal der neuen progressiven Regierungen der Region ist. Die andere Position in der Debatte geht von Neo-Extraktivismus als Entwicklungsweise der aktuellen kapitalistischen Akkumulationsphase aus, die ab den 1970-er Jahren bzw. dem Beginn des neuen Jahrtausends dominant wurde.

Die erste Perspektive wird vor allem vom uruguayischen Sozialökologen Eduardo Gudynas (2009, 2011b, 2012a), dem ecuadorianischen Ökonomen Alberto Acosta (2011) und der argentinischen Soziologin Maristella Svampa (2012a, 2012b) vertreten. Der Begriff „Neo-Extraktivismus“ wurde von Gudynas (2009: 188) geprägt und meint einen „progressiven Extraktivismus“, der sich vom Extraktivismus während der neoliberalen Ära durch eine viel aktivere Rolle des Staates unterscheidet. Die zuvor beschriebene subalterne Integration in den Weltmarkt und die teilweise verheerenden sozialen und ökologischen Auswirkungen dieses Entwicklungsmodells bleiben jedoch bestehen.

Nach einer langen Periode vorwiegend neoliberaler Regierungen in Lateinamerika gab es große Hoffnungen auf einen Bruch mit dem ausbeuterischen Modell, jedoch scheint es, dass der Extraktivismus die Basis des „südamerikanischen Progresismo“ (Gudynas 2011: 69) darstellt. Für die Sozialpolitiken der linksgerichteten Regierungen in Ecuador und Bolivien, aber auch in Argentinien oder Brasilien sind die Einnahmen aus diesem Sektor unerlässlich. Svampa (2012a: 43 ff.) spricht diesbezüglich auch nicht von einem Bruch mit dem jahrelang dominanten neoliberalen System in Lateinamerika, sondern von einem Übergang vom

„Washington Consensus“, der den Fokus auf Finanzierung (SAPs, Privatisierungen) legte, zu einem „Commodities Consensus“, der auf dem Export großer Mengen von Ressourcen basiert. Dieser polit-ökonomische Wechsel vollzog sich zu Beginn des neuen Jahrtausends mit dem Ansteigen der Preise für Rohstoffe am Weltmarkt. Das Ergebnis dieses Übergangs ist eine Koexistenz von Regierungen, die bewusst den konservativen politischen Weg fortsetzen (Mexiko, Kolumbien, Peru), und progressiven Regierungen (Bolivien, Ecuador, Venezuela, Argentinien und Brasilien), die trotz einer post-neoliberalen Rhetorik viele Kontinuitäten zum Entwicklungsmodell der neoliberalen Ära aufweisen.

Das extraktivistische Entwicklungsmodell, gekennzeichnet durch die spezielle Integration in den Weltmarkt, die territoriale Fragmentierung, die sozialen und ökologischen Folgen und die daraus resultierenden Konflikte wird von den progressiven Regierungen mit dem Verweis auf die Notwendigkeit von Investitionen, der Schaffung von Arbeitsplätzen und den für die erhöhten Sozialausgaben notwendigen Einnahmen verteidigt und teilweise sogar noch forciert.

Um die Sozialprogramme⁹ finanzieren zu können, ist eine Ausweitung extraktivistischer Bereiche nötig, da diese die nötigen Renten bringen und somit einerseits das auf den Abbau und Export von Ressourcen beruhende Wirtschaftsmodell und andererseits die amtierende Regierung legitimieren. Dieser in der Literatur als "lateinamerikanische Paradoxie" bezeichnete Umstand legitimiert die Naturausbeutung im Namen der Armutsreduktion und der Umverteilung. Die Verteilungsspielräume werden durch eine verstärkte Weltmarktintegration über die Produktion und den Export von fossilen Energieträgern, landwirtschaftlichen Produkten oder Mineralien gesichert. Es erfolgt also eine Re-Primarisierung¹⁰ einiger lateinamerikanischer Länder. Die Naturausbeutung geschieht mit Hilfe von nationalen und transnationalen Unternehmen (TNUs) und auf Widerstand dagegen wird meist mit Repression reagiert (Brand 2011: o.S.).

Die Verteilungspolitik der progressiven Regierungen führt gegenwärtig auch zu einem Anwachsen der urbanen Mittelschicht in vielen Ländern Lateinamerikas, die den viel beworbenen „westlichen Lebensstil“ übernimmt und für eine steigende Nachfrage und den daraus resultierenden Import von Konsum- und Luxusgütern sorgt.

⁹ z.B.: *Bolsa Familia* in Brasilien, *Programa Familias* in Argentinien, *Bono Juancito Pinto* in Bolivien oder *Bono de Desarrollo Humano* in Ecuador

¹⁰ Der Begriff beschreibt die Rückkehr von Volkswirtschaften zur Produktion und zum Export von Primärgütern.

Daraus kann man schließen, dass neben den Eliten und der ärmeren Bevölkerung auch die Mittelschicht ein Interesse an der Beibehaltung der aktuellen polit-ökonomischen Strukturen und des extraktivistischen Entwicklungsmodells hat.

Der Staat übernimmt also im gegenwärtigen Extraktivismus eine aktivere Rolle als während der Phasen des klassischen Extraktivismus und der neoliberalen Ära. Er versucht seinen Anteil am Kuchen zu vergrößern, indem er höhere Förderabgaben einhebt, ausländische Unternehmen generell höher besteuert und die Rohstoffförderung in Form von Staatsbetrieben auch selbst in die Hand nimmt (Gudynas 2009: 208). Dadurch gewinnt er zwar an Handlungsspielraum, eine Diversifizierung der Produktionsstruktur und eine andere Eingliederung in den Weltmarkt gelingt aber nicht. Zudem ist der Staat, wie schon beschrieben, gekennzeichnet durch seine bereits im Kolonialismus zugeordnete Rolle als Rohstofflieferant innerhalb der internationalen Arbeitsteilung. Dieses Zusammenspiel von kolonialem Erbe und der noch immer andauernden Abhängigkeit von Primärgüter-Exporten beschreibt Coronil sehr treffend:

„Even when these nations seek to break their colonial dependence on primary exports by implementing development plans directed at diversifying their economies, they typically rely on foreign exchange obtained by exporting primary products, intensifying their dependence on these commodities. Paradoxically, in pursuit of their comparative advantages, these nature-exporting nations are frequently recast in their old colonial role as sources of primary products, a role now rewritten in terms of the neoliberal rationality of globalizing capitalism” (Coronil 1997: 7)

Die aktuellen extraktivistischen Projekte sind meist von großem Ausmaß und dadurch gekennzeichnet, dass sie sehr kapital- und wenig arbeitsintensiv sind, dass sie hohe ökologische und soziale Risiken mit sich bringen und dass die involvierten Akteure oft große TNUs sind. Die enorme Zunahme an sozio-ökologischen Konflikten in Form von Auseinandersetzungen um Land und öffentlichen Güter resultiert aus diesen Projekten und ist ein charakteristisches Merkmal des „Commodities Consensus“ (Svampa 2012a: 47). In Brasilien, aber auch in Argentinien, Peru und Ecuador werden große Hoffnungen in den Bergbau gelegt und dafür auch fleißig Konzessionen für den Abbau an ausländische Bergbauunternehmen vergeben.

Darüber hinaus spielt auch der agrarische Extraktivismus in den Ländern des „Cono Sur“, in denen eine Umstellung auf landwirtschaftliche Monokulturen mit gentechnisch verändertem Saatgut und einem hohen Einsatz von Pestiziden und Maschinen erfolgte, eine bedeutende Rolle. Beobachten lässt sich das sehr gut am Beispiel des Soja-Anbaus in Argentinien, Brasilien und Uruguay (Gudynas 2009: 191).

Am paradoxesten ist die Situation, auch im Hinblick auf die neu verabschiedeten Verfassungen beider Länder, sicherlich in Bolivien und Ecuador, wo ein progressiver Diskurs auf repressive, den Extraktivismus fördernde, staatliche Maßnahmen trifft. In Ecuador beispielsweise wird mit dem nationalen Entwicklungsplan des „guten Lebens“ (Buen Vivir) der Übergang zu einem neuen Akkumulationsregime geplant, der jedoch mit Hilfe der Einnahmen aus der Erdölproduktion und diverser Bergbauprojekte finanziert werden soll. Dies geschieht alles im Hinblick auf die in der Verfassung geschützten Rechte der Natur (*Derechos de La Naturaleza*) und der ratifizierten Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die den Schutz der indigenen Bevölkerung sicherstellen soll. Beispiele für die sich daraus ergebenden Konflikte ist das 2009 erlassene umstrittene Bergbaugesetz oder die geplante Erdölförderung im Block 31 im YNP.

In Bolivien ist die Situation ähnlich, wie der Konflikt zwischen den BewohnerInnen des TIPNIS („Territorio Indígena y Parque Nacional Isiboro Sécure“) und der Regierung verdeutlicht¹¹. Edgardo Lander (2012: 82) geht davon aus, dass in diesen Ländern, inklusive Venezuela, genau diese Ambivalenz zwischen Diskursen, Projekten, Normen und Gesetzen auf der einen und den gesetzten politischen und ökonomischen Entscheidungen auf der anderen Seite die zuvor genannten und auch andere Konflikte hervorgerufen hat.

Argentinien wiederum folgt dem klassischen Pfad von Entwicklung und lässt wenig Spielraum für neue Ideen. Das Interesse am Extraktivismus wird in einen unveränderbaren national-populären Diskurs über die Ressourcenpolitik des Staates gepackt und somit das neokoloniale Modell verfestigt. Auch wenn ein kritischer Diskurs deutlich weniger ausgeprägt ist, zeigen einige Konflikte, wie beispielsweise die Enteignung von BäuerInnen und der indigenen Bevölkerung aufgrund des Soja-Anbaus im Norden des Landes, dass eine Debatte darüber dringend nötig wäre (Svampa 2012a: 62f; 2012b: 19).

Die zweite Perspektive in dieser Debatte ist weniger eine politische als eine strukturelle. Sie bezieht die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse dieser neuen Form des Extraktivismus mit ein und wird von den PolitikwissenschaftlerInnen Ulrich Brand und Kristina Dietz (2013) vertreten. Sie gehen bei der gegenwärtigen Form des (Neo-)Extraktivismus von einem

¹¹ Gegenstand des TIPNIS-Konflikts ist der Bau einer Autobahn durch einen Nationalpark und indigenes Territorium. Die Regierung argumentiert dies mit der Notwendigkeit den abgelegenen Gemeinden Zugang zu Gesundheit und Bildung zu verschaffen und ihnen zu helfen ihre Produkte zu vermarkten. KritikerInnen befürchten, dass mit der Straße die Türe für zahlreiche extraktivistische Projekte geöffnet werde (Svampa 2012a: 61).

Entwicklungsmodell aus, in dem die gesellschaftlichen Verhältnisse durch die kapitalistische Inwertsetzung von Natur, in diesem Fall Ressourcen, geprägt sind.

Diese Phase ab dem Jahr 2000, ist durch einen veränderten ökonomischen und politischen Stellenwert von Rohstoffen, durch spezifische Weltmarktkonstellationen und durch neue Technologien und Kapitalverwertungsstrategien gekennzeichnet. Die AutorInnen gehen aber davon aus, dass jedoch schon ab 1970 die Vorbedingungen für den (Neo-)Extraktivismus ab 2000 geschaffen wurden.

Die Phase von 1970 bis 2000 schuf durch den Schuldendienst und die SAPs (Privatisierungen, De-Industrialisierung, Schwächung der ArbeiterInnen) die Bedingungen für die heutige Form des Neo-Extraktivismus. Ab der Jahrtausendwende sorgte dann eine zunehmende globale Nachfrage nach Ressourcen für steigende Weltmarktpreise und bessere „terms of trade“ (Handelsbedingungen) für die Exportländer. Weitere Charakteristika für die Phase ab 2000 war der Aufstieg neuer Märkte wie China und Indien, von denen neben Europa und Nordamerika eine enorme Nachfrage nach Ressourcen ausgeht, und das Aufkommen neuer Produkte, bei denen vor allem die Biotreibstoffe zu erwähnen sind. Diese konstant hohe Nachfrage nach Rohstoffen ist Ausdruck der ressourcenintensiven Produktions- und Lebensweise¹² der Industrieländer, aber auch einiger Schwellenländer, deren Konsummuster sich langsam aber stetig an das Niveau der Industrieländer anpassen. Aufgrund dieser Nachfrage, den damit verbundenen hohen Preisen und der Erschöpfung mancher Ressourcen wird deren Sicherung immer bedeutender. So verabschiedete die Europäische Union (EU) 2008 eine Rohstoffinitiative mit dem Ziel den Zugang zu Ressourcen zu sichern (vgl. Europäische Kommission 2008).

Zusätzlich spiegelt sich diese neue Form des Extraktivismus in den stark angestiegenen Investitionen im Primärsektor oder den gestiegenen Ausgaben im Infrastrukturbereich für Autobahnen (vgl. TIPNIS-Konflikt in Bolivien), Pipelines und Energieversorgungsnetzen, wider. Eine bedeutende Rolle spielt hierbei die regionale Infrastrukturinitiative Südamerikas (IIRSA), die zu einem großen Teil für diese enorme Offensive im Infrastruktursektor verantwortlich ist.

Mit dieser regionalen Infrastrukturpolitik wird Raum neu organisiert und produziert und Voraussetzungen für die Inwertsetzung von Natur, die das Entwicklungsmodell ausmacht, geschaffen. Was die Investitionen betrifft, sprechen die ausländischen Direktinvestitionen (FDIs) eine eindeutige Sprache. Im Jahr 2011 betrugen die FDIs in den Rohstoffsektor

¹² Brand spricht in früheren Arbeiten auch von einer „imperialen Lebensweise“ (vgl. Brand 2008).

Südamerikas (jedoch ohne Brasilien) 57 Prozent, im Vergleich dazu betrugen die FDIs in den verarbeitenden Sektor im gleichen Jahr lediglich 7 Prozent (CEPAL 2012: 32).

Brand und Dietz argumentieren zudem, dass auch Vorstellungen von Entwicklung eine wichtige Rolle spielen. Svampa (2012b: 52) spricht hier von einer „*developmental illusion*“ ab dem Jahr 2000. Diese Vorstellungen prägen die gesellschaftlichen Verhältnisse und führen zu den zahlreichen sozialen, ökologischen und territorialen Konflikten, wie sie derzeit in vielen Ländern Lateinamerikas zu beobachten sind.

Die zuvor genannten AutorInnen wollen mit ihrer Perspektive vor allem eine kapitalismus- und staatstheoretische Dimension in die Analyse miteinbeziehen und plädieren dafür Neo-Extraktivismus nicht nur als Merkmal der progressiven Regierungen Südamerikas, sondern als sich seit den 1970-er Jahren konstituierendes Entwicklungsmodell in Lateinamerika zu verstehen.

2.2 Post-Extraktivismus

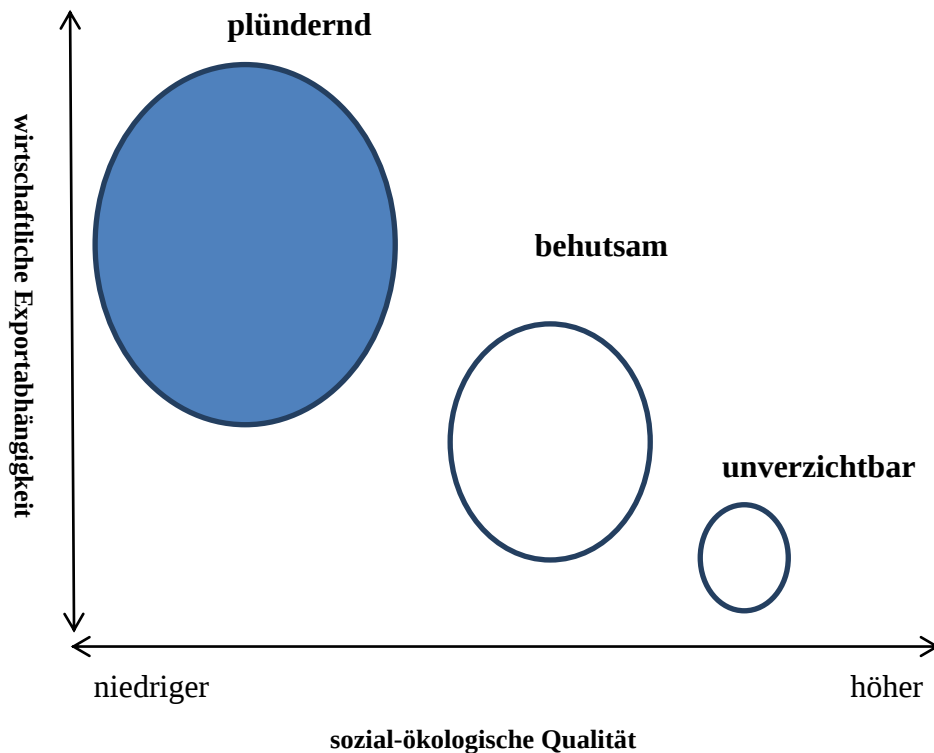
In der aktuellen Extraktivismus-Debatte werden vor allem mögliche Alternativen zu diesem Modell und zu Entwicklung allgemein diskutiert. Es wurde sogar eigens eine transdisziplinäre Arbeitsgruppe „Alternativen zu Entwicklung“ vom Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Quito, Ecuador eingerichtet. Dazu zählen rund 25 ForscherInnen unterschiedlichster Disziplinen aus Lateinamerika und Europa.

Ziel dieser Suche nach Alternativen könnte ein sogenannter Post-Extraktivismus sein, also ein Modell, das nicht mehr hauptsächlich auf die Extraktion und den Export von Rohstoffen ausgelegt ist. Auf dem Weg zu einem Post-Extraktivismus ist es unumgänglich die klassische Idee von Entwicklung oder Fortschritt neu zu denken und Alternativen dazu zu finden. Gudynas (2012b: 147 ff.) schlägt dafür ein Transitionsmodell (vgl. Abb. 1) vor, das den Übergang vom derzeitigen Neo- zu einem Post-Extraktivismus einleiten soll.

Dafür definiert er drei verschiedene Arten des Extraktivismus: erstens einen plündernden, zweitens einen behutsamen und drittens einen unverzichtbaren Extraktivismus¹³.

¹³ Bei der dritten Form kann man jedoch nicht mehr wirklich von Extraktivismus als Entwicklungsmodell sprechen, sondern eher von umsichtigen und gesellschaftspolitisch vereinbarten Formen der Rohstoff-Extraktion (Brand/Dietz 2013)

Abbildung 1: Schematische Darstellung der drei Arten des Extraktivismus im Hinblick auf ihre sozialen und ökologischen Folgen und die wirtschaftliche Exportabhängigkeit



Quelle: Gudynas 2012b: 149

Die erste Form ist das aktuelle Entwicklungsmodell vieler Länder Lateinamerikas mit intensiver Erdölförderung, großen Bergbauprojekten oder agrarischen Monokulturen, welche große soziale und ökologische Folgeschäden mit sich bringen. Als Zwischenschritt in der Transition müssten die schwerwiegendsten Folgen des derzeitigen Modells mit Hilfe von neuen Technologien, geeigneten Umweltbestimmungen oder anderer Besteuerung abgefedert werden. Es müsste also ein Rahmen für extraktivistische Projekte geschaffen werden, der einen objektiven Diskurs über die Risiken, Folgen und mögliche Potentiale solcher Projekte fördert. Gudynas nennt eine Reihe von geeigneten Maßnahmen für die Transition, die jedoch die oben beschriebenen Charakteristika einer extraktivistischen Ökonomie, kaum miteinbeziehen. Er geht davon aus, dass mit einigen sozial- und finanzpolitischen Maßnahmen seitens der Regierung, die sicherlich notwendig sind, so ein Übergang eingeleitet werden kann, lässt aber bei seiner Analyse geopolitische Dimensionen, die Einbindung in den Weltmarkt oder die Rolle des Staates etwas außer Acht.

Auch dem Stellenwert gegenhegemonialer Bewegungen im Bereich des Extraktivismus, vor allem umweltpolitische und indigene Gruppen, wird in diesem Transitionsmodell weniger

Beachtung geschenkt. Erwähnt wird jedoch schon, dass es auch Anstrengungen auf internationaler Ebene bedürfe, um zu verhindern, dass Unternehmen ihre extraktivistischen Projekte in andere Länder mit weniger strengen Auflagen verlagern (Gudynas 2012b: 158 f.).

Auch die beiden Ökonomen Vicente Sotelo und Pedro Francke (2011) zeigen in ihrem Beitrag im Buch „Transiciones, postextractivismo y alternativas al extractivismo en el Perú“, dass ein Bündel ökologischer und ökonomischer Reformen für einen Übergang hin zu einem Post-Extraktivismus notwendig ist. Dafür sehen sie vor allem zwei Maßnahmen als unerlässlich. Erstens eine Steuerreform mit höheren Abgaben für extraktivistische Projekte mit sehr hohen Profiten und zweitens einen Stopp für alle Erdöl-, Erdgas- und Bergbau-Projekte, die zwischen 2007 und 2011 begannen.

3. Methodologie

In diesem Teil der Arbeit wird der methodologische Rahmen vorgestellt, der aus zwei verschiedenen Governance – Ansätzen besteht. Der erste ist der Ansatz des *Akteurzentrierten Institutionalismus*, wo es um den Einfluss des institutionellen Kontexts auf die Akteure geht, und der zweite ist das *Governance Analytical Framework*, der aus genau definierten Analysekatoren besteht und in Verbindung mit ersterem die Operationalisierung für die Akteursanalyse ermöglichen soll.

3.1 Akteurzentrierter Institutionalismus

Der Ansatz wurde von Renate Mayntz und Fritz Scharpf, zwei ForscherInnen des Kölner Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung entwickelt, um die Steuerung und Selbstorganisation gesellschaftlicher Teilbereiche zu untersuchen.

Es muss jedoch dazugesagt werden, dass der AI weder Theorie noch Methode, also „[...] kein Erklärungsmodell [bietet], sondern bestenfalls eine Forschungsheuristik, indem er [der AI] die wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf bestimmte Aspekte der Wirklichkeit lenkt“ (Mayntz/Scharpf 1995: 39). Mit anderen Worten sollen analytische Kategorien für die Erfassung wichtiger theoretischer Aspekte entwickelt werden, wobei jedoch nicht nur politische, sondern alle relevanten Akteure des zu untersuchenden Teilbereichs mit einbezogen werden müssen.

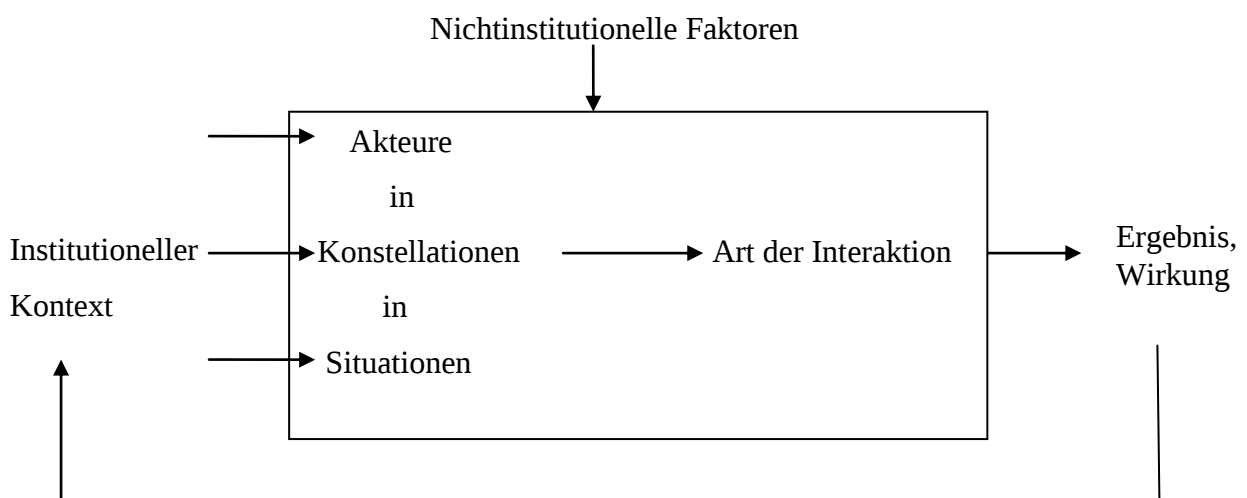
Die Grundannahme des AI ist, dass soziale Phänomene das Ergebnis der Interaktionen zwischen intentional handelnden Akteuren sind (Scharpf 2000: 17). Im Kontext dieser Arbeit ist das „soziale Phänomen“ die YII, wo verschiedene Akteure verschiedene Positionen einnehmen, die vom jeweiligen institutionellen Kontext, in den die Akteure eingebettet sind, beeinflusst werden.

Institutionen

Der Institutionenbegriff für den Ansatz des AI beschränkt sich nicht nur auf politische Institutionen, da der Fokus vor allem auf die Regelungsaspekte einer Institution gelegt wird. Regeln und Regelsysteme sind bedeutend für das Verstehen und die Vorhersehbarkeit, da

dadurch die Akteure besser einschätzen können welche Optionen andere Akteure wählen und wie sie Ergebnisse bewerten. Institutionen werden nicht als determiniert angesehen, sondern als veränder- und gestaltbar durch das Handeln verschiedener Akteure. Institutionelle Faktoren bilden einen Handlungskontext, der stimulierend, ermöglichend oder begrenzend sein kann.

Institutionen sind die wichtigsten Einflussgrößen auf Akteure und ihre Interaktionen, jedoch beeinflussen umgekehrt auch die Handlungen der Akteure wiederum die Institutionen. Diese Korrelation von Struktur und Handlung soll das folgende analytische Modell von Mayntz und Scharpf verdeutlichen.



Quelle: Mayntz/ Scharpf 1995: 45

Wie nun deutlich geworden ist, sind Institutionen unerlässlich bei der Analyse von Akteuren eines sozialen Phänomens. Aber auch der alleinige Blick auf die Institutionen nützt für die Erklärung relativ wenig, wenn die identifizierten institutionellen Strukturen ohne einen Bezug auf die handelnden Akteure untersucht werden. Mayntz und Scharpf plädieren also für eine Doppelperspektive, bei der Analyse und Strukturen als interdependente Kategorien wahrgenommen werden sollen, um so zur Überwindung dieser „analytischen Dichotomie“ beizutragen (Mayntz/Scharpf 1995: 46).

Akteure

Bei einer Akteuranalyse können sowohl Individuen als auch Gruppen oder Organisationen, die aus mehreren oder vielen Individuen bestehen, die zu untersuchenden Einheiten sein. Im

Ansatz des AI sind es jedoch vorwiegend soziale Gebilde oder Institutionen, die als Akteure analysiert werden und diese werden als *komplexe Akteure* bezeichnet. Eine Form dieser komplexen Akteure sind *korporative Akteure*, eine Ansammlung individuelle Akteure. Jedoch können auch lose Beziehungsnetzwerke einen Akteur bilden, jedoch nur wenn von allen Mitgliedern kollektives Handeln ohne formale Organisation angestrebt wird, sprich ihre Handlungsorientierungen gleichgerichtet sind.

In diesem Fall wird dann von einem *kollektiven Akteur* gesprochen, neben dem korporativen eine weitere Form des komplexen Akteurs (Mayntz/Scharpf 1995: 50 f.) Dem Ansatz des AI folgend zeichnet sich ein komplexer Akteur durch seine *Fähigkeiten* beziehungsweise *Handlungsressourcen* aus, die es dem Akteur ermöglichen Ergebnisse von Interaktionen zu beeinflussen. Weitere Merkmale sind *Wahrnehmungen*, wofür auch der Begriff *Handlungsorientierungen* verwendet wird und die *Präferenzen* des Akteurs. Die letzten beiden Charakteristika sind entweder stabil oder lassen sich durch Lernen und Argumente verändern (Scharpf 2000: 86). Anzumerken ist aber, dass auch noch so genaue Wahrnehmungen und Präferenzen ohne genügend Handlungsressourcen keine praktische Auswirkung auf Ergebnisse haben.

Handlungsressourcen und -orientierungen

Hinter den Handlungen von Akteuren stehen subjektive Präferenzen (Eigeninteressen, Identität, normative Rollenerwartung), also Sichtweisen der jeweiligen Akteure, die für den/die Beobachter/in sehr wichtig sind.

Natürlich sind auch Handlungsorientierungen institutionell durch Aufgaben und Handlungszwecke, aber auch durch die Stellung in Interaktionen geprägt. Wenn man Handlungsorientierungen beschreiben will, ist es unerlässlich die soziale Einheit und ihre möglichen Handlungsoptionen zu identifizieren. Mayntz und Scharpf führen als Optionen die Kategorien ichbezogenes und systembezogenes Handeln ein. Wenn Individuen als Systemträger handeln muss darauf geachtet werden, ob sie als Mitglieder einer sozialen Klasse, einer ethnischen Gemeinschaft, einer Organisation oder eines Staates handeln (Mayntz/Scharpf 1995: 52).

Das Handeln von Akteuren bezieht sich vorwiegend auf Normen, Identitäten und die handlungsleitenden Interessen. Diese Interessen sind auch institutionell geprägt und optimaler Weise auch auf die Handlungsziele ausgerichtet, was es dem/der Forscher/in ermöglicht den

Akteuren generelle Interessen zu unterstellen (Mayntz/Scharpf 1995: 53 ff.). Sie sind im Aufgabenbereich des Akteurs verortet und werden auch von ihm selbst hierarchisch geordnet. Wenn zum Beispiel für einen Akteur Wachstum von Interesse ist, dann wird er diese Präferenz höherstellen als ein umweltpolitischer Akteur, dessen höchste Präferenz vermutlich die Einhaltung von Umweltstandards ist. Die normativen Erwartungen eines Akteurs richten sich meist an allgemein gültige Normen.

Der dritte handlungsleitende Faktor ist die Identität, also das Selbstbild, eines Akteurs. Sie geht nicht mit den Normen und Interesseneinher, sondern geht über diese hinaus und ist zwar institutionell geprägt, hat bei Individuen aber auch sozialisations- und historisch bedingte Ursprünge (Mayntz/Scharpf 1995: 57).

Akteurkonstellationen und Interaktionsformen

Da es in der Praxis eher unwahrscheinlich ist, dass ein einzelner Akteur eine politische Entscheidung alleine trifft, soll das Konzept der Akteurkonstellation die beteiligten Akteure und ihre Konstellation zueinander skizzieren. Das Gesamtergebnis einer Akteurkonstellation ergibt sich aber auch nicht aus der Summe vieler Einzelhandlungen, sondern ist ein Produkt der Interdependenz der Handlungen. Die Akteurkonstellation ist ein wichtiges Bindeglied zwischen der materiellen Policy-Analyse und der interaktionsorientierten Policy-Forschung.

Alle Konstellationen haben eine Reihe von unterschiedlichen Formen der Interaktion, auch „Grundformen der sozialen Handlungskoordination“ genannt. Grob können kooperative und nicht-kooperative Formen unterschieden werden. Eine feinere Unterscheidung bieten die Kategorien einseitige und wechselseitige Anpassung, Verhandlung, Abstimmung und die hierarchische Entscheidung (Mayntz/Scharpf 1995: 61).

Im optimalen Fall sollen Akteurkonstellationen das repräsentieren, was wir über die an den Interaktionen beteiligten Akteure wissen, also ihre Fähigkeiten, Wahrnehmungen und Bewertungen der möglichen Ergebnisse. Durch die Konstellation ist also das Setting des Konflikts bekannt, jedoch nicht die Art der Interaktion, also ob Verhandlung, Abstimmung hierarchische Steuerung oder einseitiges Handeln (Scharpf 2000: 127 ff.).

Meistens stößt man als ForscherIn auf Situationen, in denen eine Vielzahl an Akteuren beteiligt ist, die alle über viele verschiedene Handlungsmöglichkeiten verfügen. Daraus entsteht ein Zwang zur Vereinfachung, die beispielsweise durch *Aggregation* erreicht werden

kann. Es ist ein Mechanismus zur Vereinfachung von komplexen Akteurkonstellationen, da hypothetische Koalitionen von Akteuren gebildet werden, die in Gruppen mit gemeinsamen Interessen eingeteilt werden. So können beispielsweise im Parlament die verschiedenen Oppositionsparteien, mit eigentlich sehr unterschiedlichen Einzelinteressen, trotzdem als der aggregierte Akteur „Opposition“ zusammengefasst werden, wenn es um einen von den Regierungsparteien (auch zusammengefasst als ein Akteur) eingebrachten Gesetzesentwurf geht (Scharpf 2000: 142 f.).

3.2 Governance Analytical Framework

Als zweiter Ansatz für diese Arbeit wurde der GAF gewählt und in diesem Abschnitt wird dieser vorgestellt. Der GAF, entwickelt von WissenschaftlerInnen des Genfer Instituts für Development Studies, allen voran des Politikwissenschaftlers Marc Hufty, ist eine flexibel anwendbare Methodologie und besteht im Kern aus fünf Analyseinstrumenten:

1. Problemfelder (stakes): diese müssen zu Beginn der Forschung definiert und teilweise auch (de-)konstruiert werden. Nicht für alle Beteiligten sind alle *stakes* von gleicher Bedeutung, daher muss auch auf die dem Vorgang des Definierens von Problemen inhärenten Machtbeziehungen geachtet werden.
2. Akteure: diese lassen sich - ähnlich dem Konzept des AI - in Individuen und Gruppen, sogenannte kollektive Akteure (vgl. Manytz/Scharpf 1995: 51) einteilen. Als erster Schritt müssen alle relevanten Akteure identifiziert werden, auch marginalisierte, informelle Gruppen (Hufty 2011: 411).

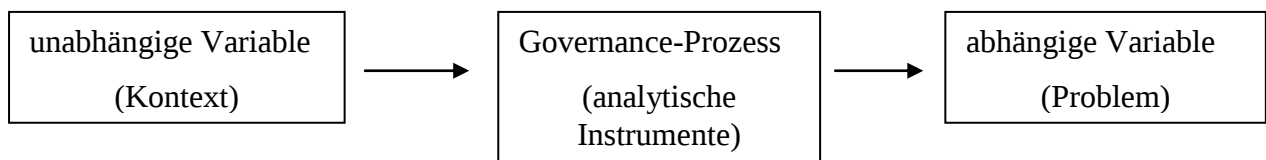
Der GAF plädiert ebenso für eine Einteilung der Akteure im Hinblick auf ihren Einfluss und ihre Macht in den konstatierten Problembereichen. Der Autor selbst schlägt die Einteilung in „strategische, relevante und sekundäre Akteure“ vor (2011: 412).

3. Soziale Normen: basierend auf Werten und Vorstellungen beeinflussen Normen und Regeln die Akteure, welche von diesen durch Interaktion auch verändert werden können. In jeder Gesellschaft gibt es verschiedene Regeln für verschiedene Bereiche, die sich teilweise auch überschneiden. Nach Hufty (2011: 409) kann dieser „normative

Pluralismus“ zu Konfliktsituationen führen. Wer welche Regeln formuliert, beeinflusst den weiteren Verhandlungsverlauf, sprich die Interaktionen der Akteure, wesentlich und ist auch von den Handlungsressourcen (vgl. 3.1) der Beteiligten abhängig.

4. Knotenpunkte: Orte der oben erwähnten Interaktionen zwischen den Akteuren werden im GAF als „nodal points“ bezeichnet und als „physical or virtual spaces where various problems, actors and processes converge, and where decisions are taken, agreements concluded, and social norms created“ definiert (Hufty 2011: 413). Sie sind also die Orte, wo die restlichen vier Kategorien entstehen, aufeinandertreffen und entwickelt werden.
5. Prozesse: diese Kategorie eröffnet den ForscherInnen die Möglichkeit die Interaktionen zwischen Akteuren, Regeln und „nodal points“ aus einer historischen Perspektive zu analysieren. Diese Prozesse müssen im jeweiligen historischen Kontext betrachtet werden, um ihre Entwicklung und den Einfluss auf die restlichen Analysekatégorien besser zu verstehen.

Als Hilfe für die Operationalisierung kann der zu untersuchende Governance-Prozess in einer Kausalkette dargestellt werden:



Quelle: Hufty 2011: 416

Der Governance-Prozess ist festgelegt durch einen bestimmten Kontext (unabhängige Variable), meist ein historischer, der im Steuerungsprozess auch widerspiegelt wird und dieser beeinflusst wiederum den identifizierten Problembereich (abhängige Variable).

3.3 Synthese und Operationalisierung

Der oben beschriebene Ansatz ist sehr flexibel und wird auch für die unterschiedlichsten Forschungen angewendet, darunter Studien über den öffentlichen Gesundheitssektor,

städtische Sicherheit, Wasserversorgung, Schutz von Biodiversität, Biopiraterie und anderen. Dies ist auch eines der Kriterien des GAF, nämlich dass er inter- und/oder transdisziplinär sein sollte (Hufty 2011: 405). Neben weiteren Ansprüchen wie realistisch, reflexiv, vergleichbar und generalisierbar spielt auch die Operationalisierbarkeit eine bedeutende Rolle. Nun werden die Kategorien des AI und des GAF in Verbindung gesetzt und für mein Forschungsvorhaben, die Akteursanalyse, operationalisiert.

Die Ergänzung des GAF mit dem AI stellt für mich einen besonderen Mehrwert dar, nämlich der zusätzliche Fokus auf den institutionellen Kontext der Akteure, der ihr Handeln und das Zustandekommen ihrer Positionen maßgeblich beeinflusst. Der eng gefasste Institutionenbegriff des AI legt den Fokus auf die Regelungsaspekte von Institutionen und ist wie die sozialen Normen im GAF durch das Handeln von Akteuren veränderbar. Dies kann zum Beispiel durch Interaktionen der Akteure in den schon erwähnten Akteurkonstellationen geschehen. Diese Kategorie ist sowohl im AI als auch im GAF sehr wichtig, da es das gemeinsame Wissen für die beteiligten Akteure, aber auch für ForscherInnen darstellt. Auch der Begriff der Akteure, den beide Ansätze beinhalten, ist für die Analyse zentral. Im AI wird vor allem die institutionelle Konstituierung der Akteure hervorgehoben, im GAF hingegen wird mehr auf die den Akteuren zu Verfügung stehenden Handlungsressourcen Bezug genommen, die eine Einteilung erleichtern sollen. Aber auch die Kategorie der Handlungsorientierungen, die ebenso vom institutionellen Kontext, von Normen und Präferenzen beeinflusst werden, ist meines Erachtens wichtig für eine Erklärung der Positionen. Die im GAF zu identifizierenden „nodal points“, wo die Beteiligten aufeinandertreffen und interagieren, spielen sicher für die Art der Akteurkonstellationen eine wichtige Rolle. Auf verschiedenen Knotenpunkten treffen unterschiedliche Akteure aufeinander und bilden verschiedene Akteurkonstellationen, die von jeweils unterschiedlichen sozialen Normen und institutionellen Kontexten beeinflusst werden.

3.3.1 Problembereiche

Das Hauptthema (Problemfeld) ist natürlich die YII und die verschiedenen Positionen um den Vorschlag das Erdöl im Boden zu belassen. Auch verschiedene Probleme, die damit verbunden sind, wie die mangelhafte Partizipation der indigenen Bewegungen und der Zivilgesellschaft an der Entwicklung der Initiative oder die zurückhaltende Begeisterung der Industrieländer in dieser Frage, gehören zum Untersuchungsfeld. Wie schon erwähnt ist jeder

beteiligte Akteur mit anderen Herausforderungen und Problemfeldern konfrontiert und trägt mit der jeweiligen Position zum Erfolg oder zum Scheitern dieser Initiative bei. In der Beschreibung der Akteure im nächsten Absatz wird auch kurz auf die zentralen Bereiche jedes Akteurs eingegangen.

3.3.2 Akteure

Regierung:

Die ecuadorianische Regierung ist enorm abhängig von den Einnahmen aus der Erdölproduktion. Das heißt, für sie wäre eine Nichtförderung des Öls in den ITT Feldern des YNP ohne finanzielle Kompensation keine zufriedenstellende Option. Mit diesem Akteur ist hier die ecuadorianische Regierung, allen voran der Präsident Rafael Correa, aber auch das Ministerium für nichterneuerbare Ressourcen und das Umweltministerium gemeint. Wichtig zu erwähnen ist bei der Regierung und der Partei des Präsidenten „Alianza PAIS“, dass sie sich als post-neoliberale Kraft sieht, die mit den bisherigen Strukturen neoliberaler Dominanz gebrochen hat¹⁴. Dies ist wichtig, um die teils ambivalente Haltung der Regierung in Bezug auf die Erdölförderung zu verstehen, die sich in „the contradictory role that states have played in facilitating both environmental degradation and environmental protection“ widerspiegelt (Barry und Eckersley 2005: ix). Dieser Akteur hat verschiedene interne Positionen, agiert jedoch in Bezug auf die Yasuní-ITT-Initiative geschlossen, da Individuen oder einzelne Ministerien durch ihre institutionelle Verankerung im Handeln beschränkt werden.

Erdölindustrie:

Der bedeutendste Akteur innerhalb dieser Gruppe ist das staatliche Erdölunternehmen *Petroecuador*. Dieser muss jedoch vor dem Hintergrund analysiert werden, dass es sich um ein öffentliches Unternehmen handelt, das vom Staat beeinflusst wird und das umgekehrt diesen auch beeinflusst. Der Staat ist abhängig von den Einnahmen aus der Erdölproduktion, die über *Petroecuador* kanalisiert werden. Jedoch agiert das Unternehmen meist nicht allein, sondern durch „strategische Allianzen“ (vgl. 4.3) oder „joint ventures“ mit anderen staatlichen oder privaten Konzernen aus dem Ausland.

¹⁴„La larga noche neoliberal está terminando !“ („Die lange neoliberale Nacht ist vorbei“, Übersetzung des Autors) hat Rafael Correa in seiner Amtsantrittsrede 2007 gesagt (vgl. CIDOB 2013).

Umwelt-NROs:

Ganz im Gegensatz zum Staat bedeutet die Erdölförderung generell für die umweltpolitischen NROs die größte Bedrohung und ihre Arbeit bezieht sich vor allem auch darauf, diese zu stoppen beziehungsweise einzugrenzen. Wie schon unter 4.3.3 erwähnt, stammt die Idee eines „Ecuador post-petrolero“ aus den Kreisen dieser NROs, genauer gesagt von der „Acción Ecológica“ (AE), die sich vorwiegend dem Kampf gegen die Naturausbeutung und für ökologische Gerechtigkeit verschrieben hat. Trotz der vergleichsweise geringen Handlungsressourcen, vor allem in finanzieller Hinsicht, besitzt AE enormes Mobilisierungspotential. Dies hat beispielsweise auch die von der Regierung geplante Schließung der Organisation im Jahr 2009 aufgrund von „Aktivitäten, die nicht ihren Statuten entsprechen“, gezeigt (vgl. Denvir 2009). Innerhalb von wenigen Tagen konnte die Schließung durch massive Solidaritätsbekundungen aus der ganzen Welt rückgängig gemacht werden. Ein weiterer Akteur innerhalb der NROs und eng verknüpft mit der AE ist das weltweit aktive Netzwerk Oilwatch mit der Vorsitzenden Esperanza Martinez (früher Präsidentin von AE), die maßgeblich an der Idee und der Ausarbeitung der YII beteiligt war. Oilwatch hat sich zum Ziel gesetzt, die zerstörerischen Erdölaktivitäten im globalen Süden zu stoppen und die betroffenen Gemeinden und ihre Bevölkerung in ihrem Widerstand zu unterstützen. Oilwatch und AE werden zusammengefasst, da letztere ein Teil des Oilwatch-Netzwerks ist und sie die gleichen Positionen im Hinblick auf die Initiative, aber auch bei anderen Themen, vertreten.

Natürlich gibt es eine ganze Reihe weiterer Umweltorganisationen, die für die erfolgreiche Implementierung der Initiative kämpfen. Diese hier alle anzuführen ist nicht nötig, da in der Analyse die diversen NROs als eine Koalition, wie im Konzept des AI vorgeschlagen, mit einer grundsätzlich einheitlichen Haltung in Bezug auf die YII zusammengefasst werden.

Indigene Bevölkerung:

Das wichtigste Thema für die indigenen Bewegungen in Ecuador und auch in anderen Regionen Lateinamerikas ist mit Sicherheit die Erhaltung und Verteidigung ihres Lebensraums, der sehr oft Zentrum extraktivistischer Aktivitäten ist. Trotz den in der Verfassung von 1998 garantierten Rechten, basierend auf der ratifizierten Konvention 169 der ILO, sind die indigenen Gruppen meist die Leidtragenden dieser Aktivitäten. Jedoch sind sie auch sehr gut organisiert, sei es in der „Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador“ (CONAIE), dem Dachverband der indigenen Völker Ecuadors, oder in der 1996

gegründeten politischen Partei *Pachakutik*, einer Koalition aus indigenen und sozialen Bewegungen.

Ein weiteres Problem mit dem die indigene Bevölkerung konfrontiert ist, ist die unklare Rechtslage in Bezug auf deren territoriale Rechte. In der Konvention 169 der ILO wird explizit darauf hingewiesen, dass die Regierungen die Gebiete, die die indigenen Völker ursprünglich besessen haben, als ihr Land anerkennen und den Schutz ihrer Rechte und ihres Eigentums zu gewährleisten haben (vgl. Artikel 14). In dieser Konvention ist auch sichergestellt, dass es der indigenen Bevölkerung ermöglicht werden muss „to participate in the use, management and conservation“ (vgl. ILO 1989) der Ressourcen, die zu ihrem Land gehören. Dies scheint eigentlich eindeutig formuliert, wäre da nicht Artikel 408 der aktuellen ecuadorianischen Verfassung, der die unterirdischen Ressourcen als Eigentum des Staates definiert und so die Verfügung über diese dem Staat zuspricht (Constitución del Ecuador 2008).

Diese widersprüchliche Formulierung ist nur eine Facette der asymmetrischen Machtbeziehung zwischen den beiden Akteuren. Aber auch die erfolgreiche Mobilisierung und der Widerstand vieler indigener Gruppen gegen extraktivistische Aktivitäten auf ihrem Land müssen bei der Analyse dieses Akteurs miteinbezogen werden. Vor allem der Widerstand auf juristischer Ebene gegen das riesige Erdölkonsortium Chevron-Texaco, das über drei Jahrzehnte enorme ökologische und gesundheitliche Schäden durch seine Aktivitäten im nördlichen Amazonasgebiet verursacht hat, ist für die indigenen Bewegungen von großer Bedeutung, da in diesem Fall auch erstmals Widerstand gegen ein TNU auf juristischer Ebene erfolgreich war.

Internationale Gemeinschaft

Bei diesem heterogenen Akteur werden einige Positionen verschiedener Staaten kurz dargestellt, um einen Überblick zu geben. Eine genaue Analyse aller Länder, die Interesse an der YII zeigen oder sich daran beteiligen, würde den Umfang der Akteuranalyse übersteigen. Etwas genauer wird auf Deutschland eingegangen, da an diesem Beispiel am deutlichsten der Wandel von anfänglicher Begeisterung und Zustimmung hin zu zurückhaltender Skepsis gezeigt werden kann. Leider gibt es nur sehr wenige und unverlässliche Informationen zu den möglichen Geberländern. Zu beachten ist vor allem das Potential dieses Akteurs, der mit seinen finanziellen Zu- oder Absagen die Initiative schon vor dem richtigen Anlaufen zum Kippen bringen kann. Dies wird sicherlich auch den öffentlichen Diskurs beeinflussen und

den Grad der Bereitschaft darlegen, auf globaler Ebene Maßnahmen gegen Erderwärmung und für Klimaschutz zu ergreifen.

Zusätzlich schlägt das GAF die Einteilung in strategische, relevante und sekundäre Akteure vor. Als strategische Akteure gelten Individuen oder kollektive Akteure, die über genügend Handlungsressourcen verfügen, um den Prozess der Entscheidungsfindung maßgeblich zu beeinflussen (Hufty 2011: 412). In erster Linie gehören zu dieser Gruppe der Staat, transnationale und das staatliche Ölunternehmen. Die relevanten Akteure, die auch entscheidende Ressourcen besitzen, jedoch im Prozess von anderen dominiert werden, sind in diesem Fall die Umwelt-NGOs, aber auch die organisierten indigenen Bewegungen. Sie besitzen vor allem die Ressourcen der Mobilisierung, der Meinungsbildung und des Widerstands. Die sekundären Akteure, die nicht genügend Mittel haben „to change the rules of the game“ (Hufty 2011: 412), sind die SiedlerInnen im Amazonas und zu einem gewissen Grad auch die ArbeiterInnen in der lokalen Erdölindustrie. Auf diese beiden Gruppen werde ich, aufgrund von fehlendem empirischen Materials, in der Analyse nicht näher eingehen.

3.3.3 Normen

Die sozialen Normen und Regeln sind für diese Analyse sehr vielfältig. Die neue Verfassung von 2008 mit dem Leitbild des Buen Vivir und der Verankerung der Rechte der Natur ist sicher die wichtigste Referenz für die Produktion sozialer Normen, aber auch die Konvention 169 der ILO spielt eine Rolle. Diese Normen rahmen vor allem die Position der Regierung und der indigenen Bevölkerung. Generell betreffen die Artikel der Verfassung die gesamte YII, da diese die rechtliche Basis eines Nationalstaates darstellt.

3.3.4 Knotenpunkte

Der „nodal point“ in dieser Analyse ist das Amazonasgebiet generell und der YNP im Speziellen. Dort treffen die verschiedenen Interessen und Positionen der Akteure aufeinander, es werden Probleme identifiziert, Entscheidungen getroffen und Kritik artikuliert. Für viele ist der YNP Lebensraum und/oder Träger einer enormen Artenvielfalt (vgl. Kapitel 5), für andere wiederum liegen unter seinem Boden die größten Erdölvorkommen Ecuadors, die gefördert werden müssen, um im Land „Entwicklung“ zu ermöglichen.

3.3.5 Prozesse

Die Prozesse, die wie oben erwähnt eine historische Dimension miteinbeziehen sollen, sind eng mit der Geschichte des Erdöls in Ecuador (vgl. 4.2) verknüpft. Aber neben dem Erdöl sind auch die politischen Prozesse der Vergangenheit von Bedeutung, die alle vorwiegend auf die Extraktion des Rohstoffs ausgerichtet waren. Der YNP war seit seiner Gründung im Jahr 1979 Gegenstand der verschiedenen Interessen innerhalb des Felds der Erdölpolitik und diese Tatsache beeinflusst natürlich auch den Vorschlag das Öl im Boden zu lassen und die dazugehörige Initiative. Die historischen Entwicklungen des Erdöls und deren Auswirkungen auf die staatliche Erdölpolitik und verschiedene Teile der ecuadorianischen Gesellschaft stellen in meiner Analyse der YII die „Prozesse“ dar.

4. Vom Segen zum Fluch - Bedeutung des Erdöls in Ecuador

Für Ecuador ist Erdöl wohl die wichtigste Ressource, sowohl für die Wirtschaft, als auch für die Politik und darüber hinaus auch für die Bevölkerung. Im Folgenden soll die Bedeutung dieses mächtigen Rohstoffes für Ecuador beschrieben werden und im ersten Teil die Beschaffenheit einer extraktivistischen Wirtschaft im Allgemeinen und der ecuadorianischen im Speziellen vorstellen, um im zweiten Teil die Entwicklungen im Erdölsektor seit dem Beginn der Erdölförderung in den 1970-er Jahren nachzuzeichnen. Der dritte und vierte Punkt dieses Abschnitts befassen sich dann mit dem Aufbau und der Zusammensetzung dieses Sektors, den Hauptakteuren und den wichtigsten Gebieten der Erdölförderung. Danach folgt ein kurzer Überblick über die sozialen und ökologischen Auswirkungen und Probleme, die eine extraktivistische Ökonomie mit sich bringt. Zwei Fallbeispiele sollen die Strategien der Erdölunternehmen, aber auch des Widerstands der lokalen Bevölkerung, veranschaulichen.

Der siebte Punkt skizziert zusammenfassend welche besondere Rolle das Erdöl als kulturelles und politisches Subjekt für die Identitätsbildung spielen kann. Zum Schluss wird auf die Bedeutung der Erdölexporte für die Sozialausgaben der aktuellen Regierung Ecuadors eingegangen und diese anhand einiger Zahlen dargestellt. Ebenso wird die Verringerung der Ungleichheit durch die gezielten öffentlichen Ausgaben thematisiert und in Verbindung mit den Erdölexporten gesetzt. Abrunden soll das Kapitel ein Zwischenfazit, um die wesentlichen Punkte und Erkenntnisse noch einmal zusammenzufassen.

4.1 Ecuadors extraktivistisches Wirtschaftsmodell

Wie schon deutlich wurde ist auch Ecuadors Ökonomie extraktivistisch und so konzentrieren sich die Wirtschaftsaktivitäten fast gänzlich auf den Abbau und Export fossiler Rohstoffe. Mineralische und agrarische Rohstoffe machen den Großteil des ecuadorianischen Exports aus.

Wie schon anfangs erwähnt dominierte Bereits im Kolonialismus der Extraktivismus in vielen Ländern Lateinamerikas und so auch in Ecuador. Damals war noch nicht Erdöl das begehrte Gut der europäischen Eroberer, sondern Gold, Silber und im Osten Ecuadors vor allem Kautschuk (Müller-Plantenberg 2003: 34). Der Ressourcenreichtum war schon zur Zeit der

Entdeckung dieses Kontinents ein Fluch und prägt ihn bis heute. Wieso ressourcenreiche Länder wie Ecuador, Bolivien oder Peru es nicht schaffen trotz dieses „Reichtums“ der Armut zu entkommen, ist bis heute nicht wirklich geklärt. Alberto Acosta beschreibt diese Paradoxie kurz und prägnant: „son pobres por que son ricos en recursos naturales („sie sind arm weil sie reich an natürlichen Ressourcen sind“) (Acosta 2009a: 34). Der Ökonom geht noch weiter und ist sich sicher, dass das extraktivistische Modell eine Reihe von Auswirkungen auf ökonomische und soziale Strukturen in Ecuador hat. Es hat sich eine vertikale Sozialstruktur herausgebildet und eine politische Struktur, die eine Auseinandersetzung mit sozialen Konflikten verhindert (Acosta 2009a: 36).

4.1.1 Merkmale

Terry Karl hat in ihrer Studie (vgl. Karl 1997) über Staaten mit einer extraktivistisch ausgerichteten Ökonomie ein Bündel an Eigenschaften präsentiert, die einen solchen Staat konstituieren. Als erstes Merkmal führt die Autorin die ausgeprägte Abhängigkeit von einem einzigen Rohstoff an und die daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf Wachstumsrate, Investitionen und Inflation. Das zweite Merkmal extraktiver Staaten ist ein kapitalintensiver Industriesektor, der einen hohen Grad an ausländischer Kontrolle und Besitz des Rohstoffs mit sich bringt, da Erdölförderung ausländisches Kapital und Technologie benötigt. Zusätzlich beschäftigt der Erdölsektor vergleichsweise wenige gut geschulte Arbeitskräfte, was zu einer hohen Arbeitslosigkeit im Land beiträgt. Drittens sind solche Länder von der Inwertsetzung einer oder auch mehrerer nicht erneuerbarer natürlichen Ressourcen abhängig, wodurch ein maximaler ökonomischer Nutzen dieser erreicht werden muss. Darauf kann jedoch wenig Einfluss genommen werden, da dies vom Weltmarktpreis des jeweiligen Rohstoffs abhängig ist. Das vierte Charakteristikum ist die Abhängigkeit von außerordentlichen Renten des Exportguts, die völlig abgekoppelt sind vom tatsächlichen Produktionsprozess und der Wirtschaft im Land (Karl 1997: 47 ff.). Diese Abhängigkeit von den Rohstoffrenten trifft, wie unter Kapitel 2 beschrieben, vor allem auf die derzeitigen progressiven Regierungen Südamerikas und ihrer Verteilungspolitik zu.

Die Ressourcenausbeutung in der Erdölförderung aber auch im Bergbau bewirken eine exportorientierte Monokultur und eine territoriale Fragmentierung. In abgelegenen Gebieten werden sogenannte Enklavenökonomien geschaffen, die vom Staat teilweise gefördert und verteidigt, gleichzeitig aber auch vernachlässigt werden und somit staatliche Ausgaben oft

von lokal tätigen ausländischen Unternehmen übernommen werden, wodurch diese enorm an Einfluss gewinnen.

Die Produktionsstruktur in einem extraktivistischen Modell ist nicht sehr vielseitig, vor allem der industrielle Sektor ist in solchen Volkswirtschaften, wie auch in Ecuador, meist sehr schwach ausgeprägt. Extraktivistische Aktivitäten schaffen klientelistische soziale Beziehungen, die vor allem einigen nationalen Eliten und TNUs nützen (Acosta 2009a: 30 f.). Es kommt zu einer Konzentration der Renten in den Händen einiger oligopolistischen Gruppen, die von diesem Wirtschaftsmodell stark profitieren. Dies bestätigt auch das deutsche Auswärtige Amt, die von „engen Verflechtungen einiger weniger Kapitaleigner-Gruppen“ in Ecuador sprechen (Auswärtiges Amt 2012). Die dominantesten privaten Akteure sind jedoch die ausländischen Erdölunternehmen, die das extraktivistische Entwicklungsmodell mit allen Mitteln aufrechterhalten wollen. Neben dem privaten Sektor sind aber auch die Mittelschicht und die ArbeiterInnen an einer Beibehaltung des Modells interessiert, da diese durch staatliche Investitionen und Sozialausgaben stark davon profitieren (vgl. 4.8). Nach Karl ist die einzige soziale Gruppe, die eine Gegenhegemonie bilden könnte, die Gruppe der ArbeiterInnen in der Erdölindustrie, da diese durch die nötigen speziellen Fähigkeiten für ihre Arbeit nicht einfach ersetzt werden können. Ebenso sind sie sehr gut organisiert und bilden durch die vergleichsweise gute Bezahlung eine Art ArbeiterInnenaristokratie innerhalb der Gesellschaft. Mittlerweile hat sich, meiner Meinung nach, dieses Kräfteverhältnis jedoch verschoben und die HauptakteurInnen einer Gegenhegemonie im Feld der Erdölpolitik sind nun vorwiegend die indigenen und sozialen Bewegungen in den Gebieten der Erdölproduktion. Dies ist nicht erst seit der neuen Verfassung von 2008, mit den eingeschriebenen Rechten der Natur der Fall, sondern vor allem seit dem langjährigen Prozess gegen das Erdölkonsortium Chevron-Texaco, wo vor allem der stetige Druck der indigenen Bewegungen zur Verurteilung des Konzerns geführt hat. Neben den Erdölunternehmen haben auch die Gewerkschaften ein Interesse an der Aufrechterhaltung der Ölindustrie, da diese ebenso von den „Petro-Dollars“ profitieren, weil sowohl der Staat als auch die ausländischen Unternehmen an einer stabilen Beziehung mit den Gewerkschaften interessiert sind, um auf möglichst wenig Widerstand zu stoßen (Karl 1997: 55 f.).

Erdöl regelt also die Beziehungen zwischen konkurrierenden Interessen und sorgt für die Stabilität des bestehenden Regimes. Auf diese konkurrierenden Interessen wird in der Akteursanalyse der YII noch näher eingegangen.

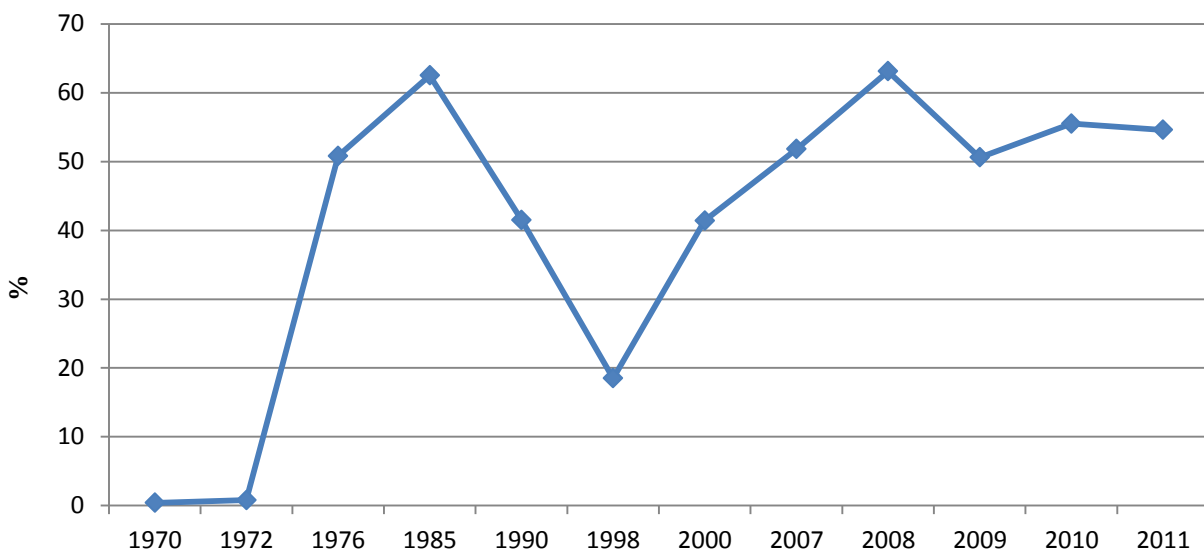
4.1.2 „Dutch Disease“

Einige der eben erwähnten Probleme, die eine auf den Export von Primärgütern gestützte Volkswirtschaft mit sich bringt, werden in der wissenschaftlichen Literatur unter dem Begriff „holländische Krankheit“ zusammengefasst. Dieses Phänomen kann auftreten, wenn ein Land große Mengen eines Produkts, meistens Primärprodukte, exportiert. Die Exporte führen zur Aufwertung der lokalen Währung, was wiederum andere Exportgüter stark verteuert und vom Markt verdrängt, wodurch die Produktion dieser zurückgeht. Dadurch ist eine gewünschte Diversifizierung der Wirtschaft nicht möglich und das Land ist von einem oder wenigen Exportgütern abhängig, die zumeist Rohstoffe sind und Preisschwankungen unterliegen. Die Zerstörung der Wirtschaftsstruktur bewirkt auch einen Rückgang des produktiven Sektors, der jedoch sehr arbeitskräfteintensiv ist. Arbeitslosigkeit ist somit auch eine indirekte Folge der „dutch disease“. Der Name stammt daher, dass in Holland in den 1960-er Jahren infolge von Erdgasförderungen dieses Phänomen erstmals beobachtet worden ist (Dichtl/Issing1993: 480).

Neben zunehmender Ausfuhr von verschiedensten Mineralien ist Erdöl seit den 1970-er Jahren das wichtigste Exportgut Ecuadors. Die Hälfte der gesamten Exporte im Jahr 2010 machte der Export von Rohöl aus, gefolgt von Bananen mit knapp 11% und Krusten- und Schalentieren mit rund 5 % der Gesamtexporte (vgl. auch Abb. 3). Im Jahr 2011 wurden insgesamt rund 110 Millionen Barrel Erdöl exportiert. Auffallend hierbei ist auch die Unterscheidung zwischen den Exporten von privaten und öffentlichen Erdölunternehmen. Von den exportierten 110 Millionen Barrel machte der Anteil von staatlichen Unternehmen 105 Millionen Barrel aus, also fast das gesamte exportierte Erdöl (Banco Central del Ecuador 2012a: 9).

Folgende Grafik (Abb. 2) soll die Dominanz des Erdöls im Exportsektor, von 1970 bis heute, veranschaulichen. Gut zu erkennen ist der rasche Anstieg des Erdöls als wichtigstes Exportgut seit den 1970-er Jahren, der Einsturz aufgrund des fallenden Ölpreises und der Auslandsverschuldung in den 80-er Jahren und der erneute Boom aufgrund des hohen Ölpreises seit der Jahrtausendwende. Im Jahr 2011 betrug der Anteil der Erdölexporte rund 57% der Gesamtexporte.

Abbildung 2: Erdölexporte Ecuadors gemessen in % an Gesamtexporten



Quelle: Banco Central de Ecuador (BCE) 2012a

4.1.3 Institutionen

Eine weitere Tatsache in Ecuador und anderen lateinamerikanischen Ländern mit einem extraktivistischen Entwicklungsmodell ist, dass neben der Wirtschaft und den sozialen Gruppen, auch die bestehenden staatlichen Institutionen von der in Wert zu setzenden Ressource geformt wurden. In Venezuela beispielsweise war zu Beginn der Erdölproduktion der öffentliche Sektor nur sehr schwach ausgebildet, es fehlte eine unabhängige Zentralbank und vor allem ein objektives Justizwesen (Karl 1997: 74). Auch in Ecuador fehlten zu Beginn des Erdöl-Booms in den 1970-er Jahren stabile institutionelle Rahmenbedingungen sowie die Erfahrung, wie mit einem Aufschwung, aufgrund des hohen Ölpreises umgegangen werden sollte. So destabilisierte Erdöl das politische und ökonomische System zusehends und verursachte gemeinsam mit der Schuldenkrise in der Folge die „chaotische Politik“ (Ayala zitiert nach Orihuela und Thorp 2012: 42), die von allein elf verschiedenen Regierungen in den letzten zwanzig Jahren geprägt war. Ebenso versäumen es Erdöl-Staaten meist die Bevölkerung angemessen zu besteuern, da es aufgrund der hereinfließenden „Petro-Dollars“ für die populistischen Regierungen wenig Notwendigkeit dafür gab oder gibt. Die Notwendigkeit von angemessener Besteuerung scheint in der aktuellen Phase des Neo-Extraktivismus der progressiven Regierungen Südamerikas in noch weitere Ferne gerückt zu sein.

Die Erträge aus den gesetzlichen Abgaben des privaten, von ausländischem Kapital dominierten, Erdölsektors werden für öffentliche Zwecke verwendet, was zu einer enormen Dominanz des privaten Sektors und seiner Interessen im Bereich des Staatseinkommens führt. Mit den Worten von Karl: „Just as private interests had strong incentives to influence public authorities, politicians and bureaucrats quickly realized that they could expand their own domains, their budgets, and sometimes their own pocketbooks by favoring one group over another” (Karl 1997: 63). Diese Dominanz der Privatwirtschaft wurde in Ecuador - und auch Bolivien und Venezuela - mit dem Amtsantritt von Correa und den Nationalisierungen im Erdölsektor deutlich geschwächt, stellt jedoch trotzdem eine gewisse Kontinuität zur neoliberalen Ära in Ecuador dar.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Staaten mit einem extraktivistischen Entwicklungsmodell, insbesondere Erdöl-Staaten, trotz der Kontrolle über eine der wichtigsten Ressourcen der Welt, im Vergleich zu anderen „Entwicklungsländern“ anfälliger für Preisschwankungen, gekennzeichnet durch eine Verstrickung von privatem Sektor und staatlichen Autoritäten und mehr politisiert als institutionalisiert sind. Die vorhandenen Institutionen sind entweder sehr schwach ausgeprägt oder bereits so vom Erdöl und seinen Interessen geformt, dass ein Übergang zu einem post-extraktivistischen Wirtschaftsmodell (vgl. Gudynas 2011a, 2012b) ohne tiefgreifende institutionelle Reformen kaum umsetzbar scheint.

4.2 Historische Entwicklungen des Erdöls in Ecuador

Die erste Erdölquelle Ecuadors wurde 1911 auf Santa Elena, einer kleinen Halbinsel im Pazifik, entdeckt. In den 1930-er Jahren wurden viele Verträge mit verschiedenen Ölonternehmen, vor allem aus dem angelsächsischen Raum, abgeschlossen.

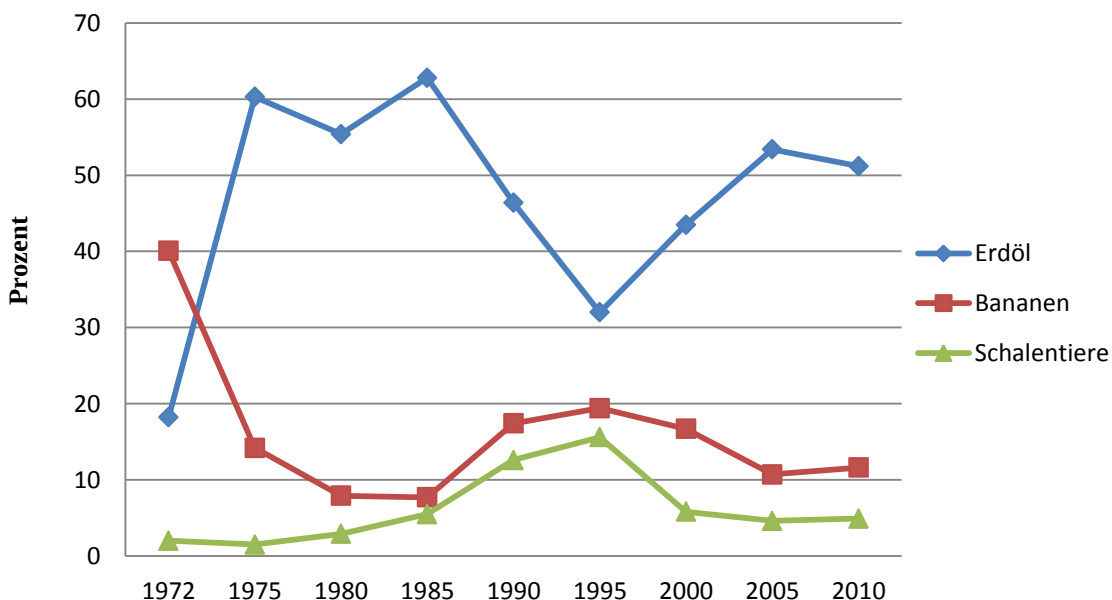
In den Explorations- und Fördergebieten veränderten die Aktivitäten auch die sozialen Beziehungen. Einerseits wurde in diesen Regionen ein merkantilistisches Kontrollsystem aufgebaut und andererseits wurde durch die zunehmende Erschließung bisher abgelegener Gebiete Tür und Tor für christliche Missionare geöffnet (Acosta 2009a: 39). Knapp 30 Jahre später entdeckten die TNUs Ecuador erneut für sich und witterten mit der Erdölförderung große Gewinne. Das US-amerikanische Erdöl-Konsortium Texaco-Gulf stieß schon 1967 auf ein großes Ölfeld in der Nähe von Lago Agrio im Gebiet Sucumbíos (Feldt 2008: 30). In den 1970-er Jahren hat sich in der Erdölpolitik Ecuadors einiges verändert.

Im Juni 1972 trat dann, wie schon erwähnt, das erste Kohlenwasserstoffgesetz („Ley de los Hidrocarburos“) in Kraft, welches die nach 1971 vergebenen Konzessionen der Erdölunternehmen neu regeln und beschränken sollte. Ein Jahr später trat Ecuador dann der Organisation der erdölexportierenden Länder (OPEC) bei und ab 1974 wurde Texaco-Gulf teilweise verstaatlicht und zum Konsortium CEPE-Texaco-Gulf. Die „Corporacion Estatal Petrolera Ecuatoriana“ (CEPE) wurde schon als Folge des Kohlenwasserstoffgesetzes gegründet, um die Erdölrente besser zu regeln (vgl. Fontaine 2003; Acosta 2009a).

Die staatliche CEPE wurde 1989 in Petroecuador umbenannt und ist bis heute unter diesem Namen tätig.

Die nachstehende Abbildung 3 stellt den Anteil der drei meist exportierten Produkten aus Ecuador an den Gesamtexporten dar. Deutlich zu erkennen ist am Anfang der 1970-er Jahre, dass das Erdöl Bananen als Hauptexportprodukt ablöst und von da an letztere nur noch eine untergeordnete Rolle spielen. Der Export von Schalen- und Krustentieren ist für Ecuador sehr bedeutend, jedoch im Vergleich zum Erdöl ist ihr Beitrag zum Gesamtexport relativ gering.

Abbildung 3: Anteil der drei wichtigsten Primärgüter am Gesamtexport (in %)



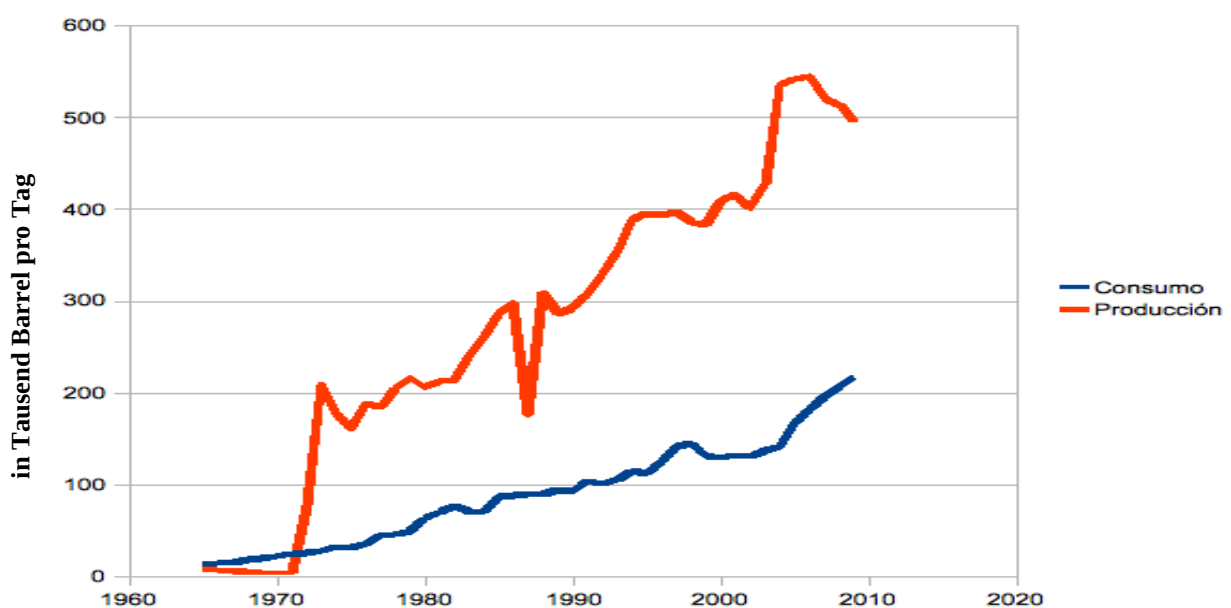
Quelle: CEPAL 2011a

Zunehmend wird das Land für Investitionen im Erdölsektor, vor allem von ausländischen Banken, interessant. Durch diese enorme Kapitalflut erhöhte sich die Auslandsverschuldung des Landes stark und stieg in der Zeit von 1971 bis 1981 um das 22-fache an und machte dann rund 42 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) aus (Acosta 2009a: 41). In den 1980-er Jahren fielen der Ölpreis und auch die Preise anderer Primärgüter extrem, was für ein rohstoffexportierendes Land wie Ecuador schwere Folgen hatte. Die Schuldenkrise, die ausgehend von Mexiko fast alle lateinamerikanischen Länder stark getroffen hat, verschonte auch Ecuador nicht und so musste das Land die SAPs und die verordnete Sparpolitik der Weltbank und des IWF umsetzen. Trotzdem nahm die Verschuldung zu und Ecuador musste immer weitere Maßnahmen umsetzen und ab Mitte der 1980-er Jahre endgültig alle Devisen aus den Erdölexporten für die Schuldentrückzahlung verwenden. Ende des 20. Jahrhunderts, aufgrund verschiedener externer Faktoren wie der Asienkrise, den SAPs und des niedrigen Ölpreises, bahnte sich schlussendlich die größte Krise in der Geschichte Ecuadors an. Zwischen 1995 und 2000 hat sich die extreme Armut von 13,6 auf 20,1 Prozent fast verdoppelt (Acosta 2009a: 46 f.). Der Höhepunkt der Schulden- und Kapitalkrise war die Dollarisierung Ecuadors zur Jahrtausendwende, sprich der Umstieg vom Sucre auf den US-Dollar (USD) als nationale Währung, der bis heute besteht. In der Folge hat sich die ecuadorianische Wirtschaft wieder etwas stabilisiert. Dies ist jedoch eher auf Faktoren wie dem steigenden Ölpreis, die Überweisungen vieler EmigrantInnen und der Erholung der US-amerikanischen Wirtschaft, dem wichtigsten Exportmarkt für Ecuador, zurückzuführen. Es wird in diesem Zusammenhang auch oft von „Petrodollarisierung“ gesprochen, was die Steigerung der Produktion und des Exports von Erdöl beinhaltet, und wozu man wohl auch die Errichtung der neuen 500 Kilometer langen Pipeline OCP („Oleoducto de Crudos Pesados“) im Jahr 2003 zählen kann. Mit der Steigerung der Produktion gingen auch die zunehmende Umweltbelastung und die sozialen Konflikte in den Fördergebieten einher (Acosta 2009a: 53 f.). Seit dem Antritt der Regierung von Rafael Correa im Jahr 2007 standen Neuverhandlungen der Verträge mit den Ölförderungsbetrieben an der Tagesordnung, um mehr Partizipation des Staates und damit mehr Anteile an der Erdölrente sicherzustellen.

In den letzten Jahrzehnten konnte man keine Reduzierung der Abhängigkeit von diesem fossilen Rohstoff erkennen, so machten beispielsweise im Jahr 2005 Erdöl und seine Derivate 81% des gesamten Energiekonsums des Landes aus (Acosta 2009a: 60). Es besteht ein enormes Ungleichgewicht zwischen dem Konsum und den Verarbeitungskapazitäten des Erdöls und daher muss immer mehr Rohöl exportiert werden, um genügend Devisen für den

Import der Erdölderivate zu erhalten, was wiederum dazu führt, dass mehr Öl produziert und die Förderung ausgeweitet werden muss, wie es derzeit vor allem im Amazonasgebiet geschieht. Im Jahr 2011 beispielsweise betrug der Konsum von Erdöl(-produkten) in Ecuador rund 200 000 Barrel pro Tag, jedoch lag die Kapazität der Raffinerien nur bei rund 180 000 Barrel pro Tag. Während die Produktion seit 2004 rückläufig ist, steigt der Konsum seit vielen Jahren steil an (vgl. Abb. 4). Möglicherweise werden sich diese Linien schon bald kreuzen und dann wird es drei Möglichkeiten geben. Entweder Ecuador weitet die Grenze der Ölförderung im Amazonas so weit aus, dass die Nachfrage gedeckt werden kann oder es importiert neben Derivaten auch noch mehr Rohöl aus anderen Ländern. Die dritte und wohl nachhaltigste Option wäre eine Abkehr vom Konsum und der Verarbeitung großer Mengen Erdöls, hin zur Förderung erneuerbarer Ressourcen.

Abbildung 4: Produktion und Konsum von Erdöl in Ecuador im Vergleich



Quelle: Mantilla 2010

Das hat unter anderem auch eine Diskussion über eine energetische Diversifizierung in Gang gesetzt, wie sie die ecuadorianische Regierung, im Hinblick auf die zur Neige gehenden Reserven an fossilen Rohstoffen, in der „Agenda Energetica“ (vgl. Ministerio de Energía y Minas de la República del Ecuador 2007) vorschlägt. Derzeit verfügt Ecuador über rund 3500 Millionen Barrel, jedoch gibt es kaum noch neue Funde von Erdölvorkommen und Acosta gibt auch zu bedenken, dass „el Oriente ecuatoriano ha sido explorado por decadas, y que la mayor cantidad del petróleo que se extrae hoy fue encontrada hace más de 30 años“ (Acosta 2009a: 63).

Wahrscheinlich ist es aber auch, dass aufgrund der zunehmenden Knappheit des Erdöls weltweit der Preis weiter steigen wird und Gebiete, wo eine Ölförderung heute nicht rentabel erscheint, sich zukünftig ökonomisch „lohnt“, trotz all ihrer bekannten negativen Konsequenzen.

4.3 Struktur des ecuadorianischen Erdölsektors

Wie schon unter 4.2 erwähnt, wurde 1972 das staatliche Erdölunternehmen CEPE gegründet und 1989 in Petroecuador umbenannt. Zuerst war CEPE mit 25% an dem Konsortium Texaco-Gulf beteiligt, seit 1991 jedoch übernimmt das Staatsunternehmen die gesamte Erdölförderung von Texaco und ist somit größter Produzent des Landes. Im Laufe der Zeit hat sich ein komplexes Vertragssystem im Erdölsektor herausgebildet, wobei man aber fünf Formen unterscheiden kann, die am häufigsten vorkommen:

Joint Ventures: Ein Privatunternehmen führt Exploration und Förderung durch und wenn kommerziell verwertbare Mengen gefunden werden, erstattet Petroecuador die Kosten und Investitionen plus einen gewissen Betrag pro gefördertes Barrel.

Partizipationsvertrag: Exploration und Förderung werden vom Unternehmen auf eigenes Risiko durchgeführt; falls die Produktion gewinnbringend ist, wird das private Unternehmen am Gewinn beteiligt. Dies ist die häufigste Vertragsform in Ecuador.

Marginale Felder: geringere Produktivität; Produktionskosten werden von Petroecuador ersetzt und bei höherer Produktion gibt es Recht auf Gewinnbeteiligung.

Produktionsallianzen: Petroecuador setzt private Unternehmen zur Förderung staatlicher Vorkommen ein.

Strategische Allianzen: gemeinsam mit anderen staatlichen Unternehmen durchgeführte Projekte, zum Beispiel mit Petrobras (Brasilien) oder Sinopec (China). Diese Form wird in Ecuador immer beliebter, da die Technologie der staatlichen Konzerne oft nicht ausreicht. So spielen beispielsweise auch die staatlichen chinesischen Unternehmen eine wichtige Rolle im ecuadorianischen Erdölsektor.

In Ecuador werden zwei verschiedene Sorten von Erdöl mit unterschiedlicher Qualität gefördert, nämlich Napo und Oriente. Die Qualität des Erdöls wird mit dem API (American Petrol Index) gemessen, was ein weltweit anerkanntes Maß für die Viskosität von Erdöl ist. Je schwerer das Erdöl ist, desto schlechter ist seine Qualität.

Napo besitzt rund 19° API und gehört somit zu den schweren Ölen; Oriente ist mit 29°API ein mittelschweres Öl. Als leichtes und sehr qualitativ wird Rohöl ab 31,1° API bezeichnet (Feldt 2008: 31 f.). Die Vorkommen der ITT-Felder im YNP sind Schweröl mit einer Viskosität von unter 15°API, wodurch eine mögliche Förderung mit einem enormen technischen Aufwand verbunden wäre.

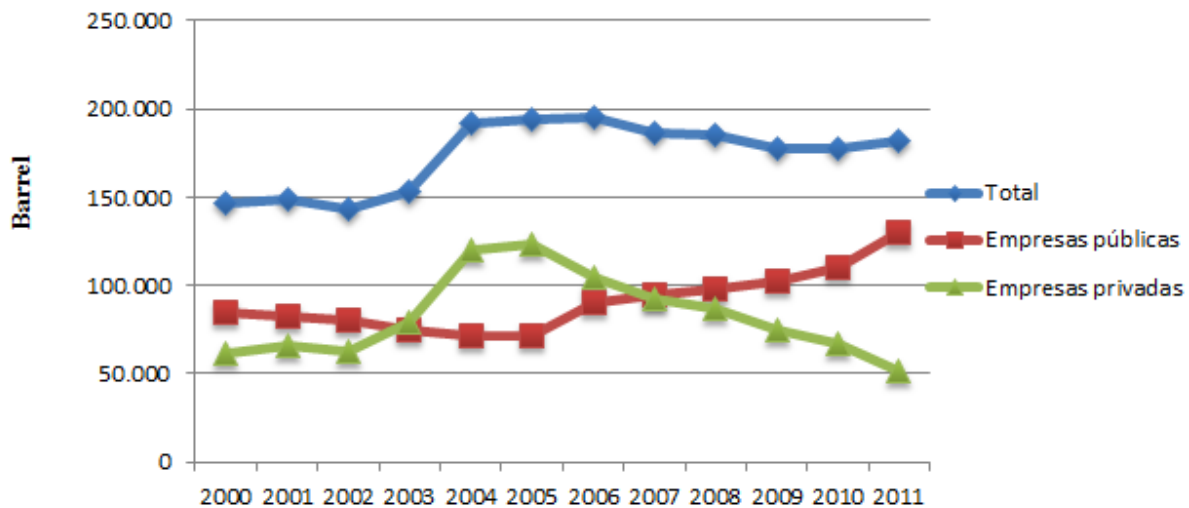
Bis in die 1990-er Jahre bestimmten britische und US-amerikanische Erdölunternehmen wie Texaco, Arco (BP) und Occidental den ecuadorianischen Erdölsektor, mittlerweile werden die meisten Konzessionen von lateinamerikanischen Konzernen übernommen und auch China ist stark präsent. Die derzeit dominierenden Unternehmen, die in Ecuador tätig sind, sind neben Petroecuador die brasilianische Petrobras, die argentinische „Compañía General de Combustibles“(CGC), die argentinisch-spanische Repsol-YPF und Andes Petroleum, ein Konsortium aus der „Chinese National Petroleum Corporation“ (CNPC) und der ebenso chinesischen Sinopec.

Festzustellen ist ein Ausbau der Produktion von Petroecuador und auch der Anteil ausländischer staatlicher Unternehmen, die die viele Jahre dominierenden TNUs in den letzten Jahren verdrängt haben (Feldt 2008: 32 f.). Dies wird mit einem Blick auf die Produktion seit dem Regierungswechsel 2007 deutlich und so überstieg ab dem Jahr 2008 die öffentliche erstmals seit 2002 wieder die private Produktion (vgl. Abb.5). Dies ist eine Folge der neu ausgehandelten Verträge zwischen dem Staat Ecuador und privater Erdölkonzerne, aber auch die vermehrte Produktion der staatlichen Firmen im Erdölsektor.

Im Land selber gibt es drei Raffinerien: Shushufindi, Esmeraldas und La Libertad (Santa Elena). Diese können die nationale Nachfrage längst nicht decken und daher muss Ecuador 60% des nationalen Konsums an Erdölderivaten importieren (Varela 2010: 132).

Um die Abhängigkeit von Importen zu reduzieren, wurde 2008 gemeinsam mit Venezuela ein Vertrag unterzeichnet, der den Bau einer weiteren Raffinerie an der Pazifikküste vorsieht. Die Anlage soll 2013 fertiggestellt werden und täglich bis zu 300 000 Barrel Rohöl verarbeiten. Ecuador soll sich dadurch rund drei Milliarden Dollar pro Jahr an Importen ersparen (Graubner 2008).

Abbildung 5: Private und öffentliche Erdölproduktion



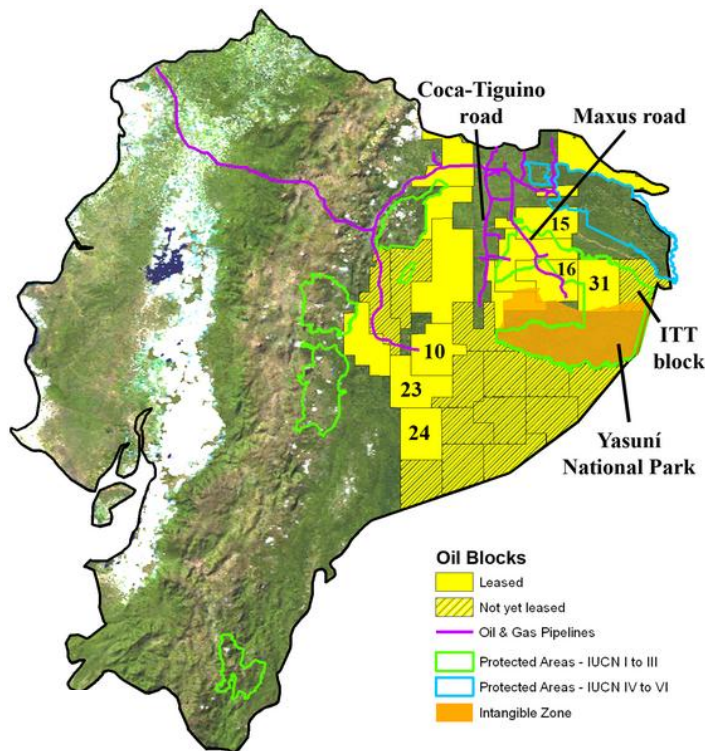
Quelle: Banco Central del Ecuador 2012b

4.4 Erdölgebiete und –vorkommen in Ecuador

Die wichtigsten Erdölfelder, eingeteilt in Blöcke, befinden sich im Osten von Ecuador, im westlichen Amazonasgebiet. Dieser Teil des Amazonas schließt Teile von Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Peru und Brasilien mit ein. Abbildung 6 zeigt die Einteilung der Regionen mit Erdölvorkommen in Blöcke. Verschiedene Blöcke werden durch Konzessionen an Erdölunternehmen für eine bestimmte Zeit unter gewissen Konditionen vergeben. Die Regierung hat rund 65% des ecuadorianischen Amazonasgebiets für Erdölaktivitäten freigegeben, was einer Fläche von rund 52 300 km² entspricht.

Im YNP, wo auch der ITT-Block liegt, hat die Regierung Correas 2007 eine knapp 7500 km² große Zone („zona intangible“) unter Schutz gestellt und diese auch laut aktueller Verfassung von jeglichen Erdöl- und Erdgasaktivitäten ausgenommen (Finer et al 2008: 4 f.). Diese Zone und der gesamte YNP sind Gebiete mit einer enormen ökologischen Vielfalt und auch Lebensraum zweier in freiwilliger Isolation lebender indigener Völker, der Tagaeri und der Taromenane. Darauf wird jedoch später noch genauer eingegangen.

Abbildung 6: Aufteilung der Erdölblöcke in Ecuador



Quelle: Finer et al 2008: 5

Die zwei wichtigsten Provinzen Ecuadors im Hinblick auf die Erdölförderung sind Sucumbíos und Orellana. Beide liegen im nordöstlichsten Teil von Ecuador und im Amazonasbecken. Die Hauptstadt von Sucumbíos ist Nueva Loja oder auch Lago Agrio genannt, wo die ersten Erdölvorkommen des Landes entdeckt wurden. Von der Provinzhauptstadt führt auch die SOTE („Sistema de Oleoducto Transecuatoriano“), die 1972 von Texaco erbaute Pipeline, über die Anden bis nach Esmeraldas an der Pazifikküste (Valdivia 2008: 460 f.).

4.5 Ökologische und soziale Folgen von Erdölaktivitäten

Neben der starken Abhängigkeit vom Weltmarktpreis, von ausländischem Kapital und TNUs hat die Erdölförderung jedoch noch weitere negative Dimensionen. Vor allem durch Exploration, Förderung und Transport entstehende ökologische Schäden sowie soziale Auswirkungen stehen im Mittelpunkt.

Es werden direkte Folgen von indirekten Folgen der Erdölförderung unterschieden. Direkte Folgen sind neben Unfällen von Öltankern, Pipelines und auf Bohrinseln die Abholzung großer Waldflächen für die Infrastruktur, aber auch die direkten Abfälle der Erdölproduktion richten enorme ökologische Schäden an. Indirekte Folgen ergeben sich vorwiegend aus der Abholzung der Wälder durch den Bau von Infrastruktur, illegaler Entwaldung und Besiedelung. Der Erdölkonzern Texaco hat allein eine Fläche von fünf Hektar abgeholzt, um eine einzige Bohrplattform zu errichten¹⁵.

Bereits für die Probebohrungen werden große Flächen abgeholzt, dann müssen Straßen zu den Bohrplattformen gebaut werden und es entstehen auch temporäre Lager für die ArbeiterInnen und Maschinen. Für mögliche Pipelines müssen ebenso beträchtliche Mengen an Bäumen gerodet werden, um Platz zu schaffen. Neben der Entwaldung richten vor allem die durch die Bohrungen entstehenden Erdölabfälle, die oft in den Boden und ins Grundwasser gelangen, großen Schaden an. Pro Bohrloch fallen in etwa 500 Kubikmeter fester und rund 2500 bis 3000 Kubikmeter flüssiger Abfall an (Oilwatch 2007: 19).

Weitere ökologische Schäden sind die Luftverschmutzung durch das Verbrennen des entstehenden Erdgases und die Wasserverschmutzung, die über das Grundwasser auch das Trinkwasser verseucht und oft zu Erkrankungen der ansässigen Bevölkerung führt (Feldt 2008: 78 f.). Das Formationswasser, das in die Bohrlöcher gepumpt wird um das Erdöl zu fördern, enthält große Mengen an Natriumchlorid und Schwermetallen. Der hohe Salzgehalt ist verantwortlich für die Löslichkeit einiger Bestandteile des Erdöls und die beigemengten Chemikalien sollen einerseits das Wasser vom Öl trennen und andererseits die Bohrinstallationen schützen (Oilwatch 2007: 21). Die Degradierung des Bodens entsteht durch die Abfälle und den Lecks an Pipelines, die schlecht gewartet oder durch Erdbeben zerstört wurden. Allein ein Leck in der SOTE Pipeline war verantwortlich für das Auslaufen von knapp 64 Millionen Liter Öl.

Beim großen Tankerunglück der Exxon Valdez 1989 in Alaska liefen im Vergleich etwa 40 Millionen Liter Rohöl aus (Kimerling 2006: 458).

Die Folgen von Erdölaktivitäten sind für die lokale Bevölkerung meist schwerwiegend. Oft wird von den Erdölunternehmen behauptet, dass ihre Aktivitäten sehr positive Auswirkungen auf den regionalen Arbeitsmarkt hätten, was jedoch meist nur von kurzer Dauer ist, da

¹⁵Mit dem Dekret 1215 (Umweltbestimmungen für Erdöl- und Kohleförderungen in Ecuador) liegt die Obergrenze an erlaubter Abholzung heute bei 1,5 Hektar pro Plattform, inklusive Camp und Hubschrauberlandeplatz (Oilwatch 2007: 20 f.).

unausgebildete lokale Arbeitskräfte meist nur für die Errichtung der Infrastruktur und bei den Explorationen eingesetzt werden.

Am meisten leidet die betroffene Bevölkerung jedoch unter den gesundheitlichen Schäden, die durch die Erdölproduktion verursacht werden; erwähnt wurde bereits die Trink- und Grundwasserverschmutzung. Jedoch auch bei der Extraktion von Erdöl kommt es zu einer Anhäufung gesundheitsschädlicher Substanzen, wie Schmiermittel, toxisches Wasser, das mit dem Erdöl hochgepumpt wird, Schadstoffe durch die Verbrennung des überschüssigen Gas und Öls und natürlich das ausgetretene Rohöl selbst. Immer wieder versuchen Studien zu belegen, dass es einen Zusammenhang zwischen flüchtigen Kohlenwasserstoffen im Trinkwasser und Leukämie gibt (vgl. Gerin et al. 1998). Auch bekannt ist, dass Benzol, welches im Erdöl vorhanden ist, ein karzinogener Stoff ist und eine Studie (vgl. San Sebastián et al. 2004) belegt, dass ein direkter Hautkontakt mit Rohöl bei Mäusen Hautkrebs auslösen kann.

Die meisten negativen Auswirkungen von Erdölaktivitäten in Ecuador, und auch einigen anderen Ländern Südamerikas, betreffen die jeweiligen indigenen Gemeinschaften. Neben dem Verlust ihres Lebensraumes durch die Umweltzerstörung und der Enteignung ihrer Landflächen werden auch soziale und traditionelle Strukturen der betroffenen Gemeinschaft zerstört. Dies geht mit Alkoholismus, Prostitution und einer zunehmenden Abhängigkeit von externer Unterstützung einher (Fontaine 2003: 185 f.). Ebenso kommt es durch die Erdölproduktion zu einer Überlagerung verschiedener Produktionsweisen, wie beispielsweise im Amazonasgebiet, wo eine vorwiegend regionale Subsistenzwirtschaft, mit dem Ziel der Erhaltung der Natur, auf eine individuelle Privatwirtschaft, mit dem Ziel der Kapitalakkumulation und Profitmaximierung und der Aneignung der Natur für diese Zwecke, trifft. Vor allem für indigene Völker sind Territorien gemeinsames kollektives Eigentum und sie richten sich nach langfristigen, die Natur schonenden Optimierungsinteressen (Müller-Plantenberg 2003:101 ff.).

4.6 Erdölförderung und die indigene Bevölkerung

Die institutionalisierten Vertretungen der indigenen Bevölkerung setzen sich mittlerweile jedoch hauptsächlich für Widerstand auf juristischer Ebene ein. In folgendem Abschnitt werden daher die rechtlichen Möglichkeiten der indigenen Bevölkerung gegen die

Erdölindustrie ausgelotet und anschließend drei Fallbeispiele von rechtlichen Konflikten zwischen diesen beiden Akteuren vorgestellt.

4.6.1 Freie, frühzeitige und informierte Konsultation

Auseinandersetzungen zwischen der Erdölindustrie und verschiedenen indigenen Gemeinschaften gibt es in Ecuador seit einigen Jahrzehnten. Immer wieder haben sich verschiedenste Gemeinden zusammengeschlossen, um die Unternehmen für ihre zerstörerischen Aktivitäten zur Verantwortung zu ziehen. Dies geschieht vorwiegend auf dem juristischen Weg mit einer Anklage im Ursprungsland des jeweiligen Konzerns oder vor der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (IACHR). Mehr Mitbestimmung der indigenen Bevölkerung sollte durch die sogenannte „freie, frühzeitige und informierte Konsultation“ durch die Regierung erreicht werden, die im Rahmen der Konvention 169 der ILO im Jahr 1989 beschlossen wurde und auch wie folgt unter Artikel 84 in der Verfassung von 1998 artikuliert wurde:

Ser consultados sobre planes y programas de prospección y explotación de recursos no renovables que se hallen en sus tierras y que puedan afectarlos ambiental o culturalmente; participar en los beneficios que esos proyectos reporten, en cuanto sea posible y recibir indemnizaciones por los perjuicios socio-ambientales que les causen (vgl. Political Database of the Americas 1998)¹⁶

Jedoch gibt es seit vielen Jahren einen Streit über die Auslegung dieses Rechts, nämlich ob es um Konsens oder lediglich Konsultation der betroffenen indigenen Gemeinschaft geht. In Lateinamerika wird dies eher als Informations-, jedoch nicht als Mitbestimmungsrecht gedeutet und genau hier kollidieren auch die Vorstellungen der Indigenen und der Unternehmen. Während für erstere die Konsultation die Zustimmung beinhaltet, da sie vom Selbstbestimmungsrecht über ihr Territorium ausgehen, sind die Unternehmen der Meinung, dass lediglich informiert und die Meinung eingeholt werden müsse, jedoch kein Vetorecht für die indigene Gemeinschaft besteht (Feldt 2008: 61 f.). Wie die unterschiedliche Auslegung in die Praxis umgesetzt wird und welche sozialen Praktiken die Ölonternehmen anwenden, sollen die folgenden Fallbeispiele verdeutlichen.

¹⁶ Sie (die indigenen Völker) haben das Recht zu geplanten Explorationen und Förderungen von nicht erneuerbaren Ressourcen, die sich auf ihrem Territorium befinden und die (Exploration und Förderung) sie auf ökologische oder kulturelle Weise betreffen, konsultiert zu werden; sie haben das Recht an den Einnahmen der Projekte beteiligt zu werden und müssen für die verursachten sozialen und ökologischen Folgeschäden eine Entschädigung erhalten (Übersetzung des Autors).

4.6.2 Fallbeispiele von rechtlichen Konflikten

Die Lateinamerikaexpertin Heidi Feldt sieht die Strategien der Erdölunternehmen als heterogen, jedoch definiert sie trotzdem bestimmte allgemeine Strategien. Eine davon ist die der „guten Nachbarschaft“, wo sich die Konzerne durch Geschenke die Unterstützung der indigenen Gemeinschaften zu sichern versuchen, wie dies auch bei den davor beschriebenen Beispielen der Fall war. Oft werden diese Anreize auch zur Spaltung der Gemeinschaften verwendet. Ab den 1980-er Jahren begann beispielsweise die staatliche Firma CEPE mit dem sogenannten „*fondo de desarrollo comunal*“, einen Teil der Einnahmen durch die Erdölförderung in diesen Fonds einzuzahlen, um damit regionale Entwicklungsprojekte zu finanzieren. In letzter Zeit hat der Begriff Corporate Social Responsibility (CSR) Einzug in die Unternehmenswelt gehalten und auch in der Erdölbranche ist die soziale Verantwortung von Unternehmen, zumindest am Papier, ganz oben auf der Agenda. Das Ziel der Unternehmen ist es „best practice-Beispiele“ zu geben und sie beauftragen sogar eigens EthnologInnen für den Dialog mit den indigenen Gemeinschaften (Feldt 2008: 91 f.). Alle großen Player im Erdölbusiness haben mittlerweile eigene Büros, Beauftragte und Berichte für ihre CSR-Aktivitäten. Auch die Nachhaltigkeit der Projekte wird besonders betont und so haben Petrobras, Shell und BP beispielsweise einen eigenen jährlichen „Sustainability Report“, wo sie ihre nachhaltige Arbeit in den Fördergebieten loben¹⁷.

FIPSE Shuar Volk vs. Arco, Burlington und Staat Ecuador:

Die ecuadorianische Regierung beauftragte 1998 den US-amerikanischen Erdölkonzern ARCO (Atlantic Richfield Company) das Öl im Block 24 im südlichen Amazonas zu fördern. In dieser Region lebt die indigene Gemeinschaft der Shuar, die der „Federación Independiente del Pueblo Shuar del Ecuador“ (FIPSE) angehört, welche wiederum eingebettet ist in die „Confederación de las Nacionalidades Indígenas de la Amazonia Ecuatoriana“ (CONFENIAE), dem Dachverband der indigenen Gemeinschaften des Amazonas. Der Vertrag kam ohne dem Wissen und der Zustimmung der betroffenen Gemeinden zustande, woraufhin FIPSE eine Versammlung abhielt. Dort wurde beschlossen, dass keine

¹⁷ vgl. <http://www.petrobras.com/en/environment-and-society/> [18.02.2013]
<http://reports.shell.com/sustainability-report/2011/servicepages/welcome.html> [18.02.2013]
http://www.bp.com/assets/bp_internet/globalbp/STAGING/global_assets/e_s_assets/e_s_assets_2010/downloads_pdfs/bp_sustainability_review_2011.pdf [18.02.2013]

Verhandlungen und Gespräche mit dem Erdölunternehmen ohne das Mandat der Versammlung eingegangen werden dürfen. Diese Entscheidung wurde auch öffentlich gemacht, jedoch ignorierte ARCO den Beschluss und begann individuell kleine Geldbeträge, Trinkwasserversorgung und Gesundheitszentren an einige Familien und einzelne Gemeinden innerhalb der Region anzubieten, um im Gegenzug Zugang zum Land für „Umweltstudien“ zu erhalten (Fundación para el Debido Proceso Legal 2010: 32).

Daraufhin reichte der Dachverband eine Verfassungsklage ein, welcher auch stattgegeben wurde, da das Unternehmen ohne Zustimmung der Versammlung mit den Aktivitäten begonnen hatte. ARCO ignorierte die Entscheidung des Gerichts und verhandelte weiter über individuelle Verträge mit kleinen Gruppen und versuchte so die Einheit der gut organisierten indigenen Gemeinschaften zu spalten. Als nächsten Schritt verfasste FIPSE gemeinsam mit anderen Institutionen eine Klage bei der ILO gegen den Staat Ecuador wegen Nichteinhaltung der Konvention 169 über die Anerkennung der Rechte indigener Völker. Die ILO forderte Ecuador dazu auf die Rechte der FIPSE und anderer Völker im Amazonasgebiet zu garantieren und effektive Maßnahmen dafür zu treffen. Nach knapp zwei Jahren Streit verkaufte ARCO seine Lizenzen an das texanische Ölunternehmen Burlington Resources, jedoch wurde die Auseinandersetzung mit der Shuar und auch der Achuar Gemeinschaft fortgesetzt, da trotz mehrerer Aufforderungen der Vertrag zwischen Ecuador und Burlington nicht außer Kraft gesetzt wurde (Figueroa 2006: 4).

Sarayaku vs. CGC und ecuadorianische Regierung:

Im Jahr 1996 bekam das argentinische Erdölunternehmen CGC die Konzession für die Förderung im Block 23 in der Provinz Pastaza, im östlichen Amazonasgebiet Ecuadors. In diesem Block liegt die Kichwa-Gemeinde Sarayaku, die aus fünf Dörfern mit rund 2000 Menschen besteht. Sie alle sind Teil der „Organization of the Pastaza Indigenous Peoples“ (OPIP) und waren von Beginn an gegen die Erdölaktivitäten in diesem Gebiet. Nach einigen Übernahmen und Verkäufen war der Block 23 gänzlich in den Händen eines internationalen Konsortiums bestehend aus der argentinischen CGC, Burlington Resources aus Texas und der anglo- französischen Firma Perenco. Wie schon viele andere Konzerne versuchten auch diese mit Geldangeboten und kleinen Projekten die Zustimmung der lokalen Bevölkerung zu erkaufen. Die Versammlung von Sarayaku lehnte jedoch alle Angebote ab und beschloss gegen alle geplanten Aktivitäten entschlossenen Widerstand zu leisten, was sie in ihrem „March for the Jungle“, von ihrer Heimatregion in die Hauptstadt Quito, öffentlich zum

Ausdruck brachten. CGC begann daraufhin die Nachbargemeinden von Sarayaku zu unterstützen, um eine Isolierung dieser innerhalb der Region zu erzielen und die Gemeinschaft zu spalten. Dies ist eine häufig angewandte Methode von Erdölunternehmen im Amazonasgebiet, um interne Konflikte zu erzeugen. Die Sarayaku-Gemeinde reichte bei der IACHR eine Klage ein, mit der Begründung, dass der Vertrag zwischen dem Staat Ecuador und der argentinischen Erdölfirma ohne vorherige Konsultation der betroffenen Bevölkerung zustande gekommen war. Die Kommission verpflichtete den Staat Ecuador die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Schutz der lokalen Bevölkerung zu gewährleisten. Nachdem dieser Aufforderung nicht nachgekommen wurde und die BewohnerInnen Opfer von Übergriffen, Hausdurchsuchungen und Morddrohungen wurden, kontaktierte die IACHR den Inter-Amerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte, welcher Ecuador erneut aufforderte die Bedrohungen gegen die Menschen von Sarayaku einzustellen und weitgehenden Schutz zu gewährleisten (Figueroa 2006: 5 f.).

Der Fall Chevron-Texaco

Das US-amerikanische Konsortium Chevron-Texaco war von 1964 bis 1992 in Ecuador tätig und förderte insgesamt rund 1,5 Milliarden Barrel Öl (Kimerling 2006: 449). Durch ihre Tätigkeit ohne jegliche Rücksicht auf Umwelt und Bevölkerung gelangten rund 64 Millionen Liter Rohöl und 70 Milliarden Liter verunreinigtes, toxisches Wasser in die natürliche Umgebung (vgl. Amazon Watch o.J.). Die Kontamination der Böden, Flüsse und des Grundwassers hatten enorme gesundheitliche Auswirkungen wie Krebserkrankungen und Missbildungen, für die lokale Bevölkerung zur Folge (Kimerling 2006: 466). Diese Auswirkungen auf Mensch und Natur wurde von Amazon Watch als „Tschernobyl im Amazonas“ bezeichnet. Dies bestätigte auch eine Umweltprüfung und so wurde 1993 von vielen Betroffenen in New York eine Massenklage eingereicht, die zuerst angenommen, jedoch durch einen Richterwechsel dann doch abgewiesen wurde. Der neue Richter war überzeugt, dass auch ein ecuadorianisches Gericht den Fall übernehmen könnte und verhinderte somit einen Prozess in den USA (Lambert 2000: 114 ff). Nach langem Hin und Her wurde schließlich 2003 vor einem ecuadorianischen Gericht eine neue Klage eingebracht. Nach über zwei Jahrzehnten der Auseinandersetzung und intensiver Kampagnenarbeit von Umwelt-NROs¹⁸ wurden innerhalb kurzer Zeit (2010 und 2011) zwei wegweisende Urteile in diesem Prozess gefällt. Das Konsortium wurde zu einer Geldstrafe von 19 Milliarden USD für

¹⁸ Amazon Watch startete 2002 die Kampagne „Clean Up Ecuador“

die Aufräumarbeiten in den kontaminierten Gebieten verurteilt. Dies stellt ein historisches Novum dar, denn noch nie hat die indigene Bevölkerung eine Klage gegen ein US-amerikanisches Unternehmen gewonnen (vgl. Amazon Watch o.J.). Chevron-Texaco erkennt dieses Urteil nicht an und versucht mit allen (rechtlichen) Mitteln der Strafe zu entgehen. Dieses Urteil ist auch weit über Ecuador hinaus von Bedeutung, sowohl für andere von der Erdölförderung betroffene Gemeinden, als auch für die gesamte Erdölindustrie.

4.7 Erdöl und Identität

Erdöl ist in Ecuador nicht bloß ein Export- und Konsumprodukt, sondern hat eine maßgebliche identitätsstiftende Aufgabe, sowohl für Regierende, als auch für die Bevölkerung. Das „schwarze Gold“ ist ein wichtiges Steuerungsinstrument des sozialen Lebens in Ecuador. Es hat den ecuadorianischen Nationalstaat geformt und bestimmte polit-ökonomische Interessen im Laufe des 20. Jahrhunderts haben Ecuador zu einem „Ölstaat“ gemacht (Valdivia 2008: 473). Das Öl formt die Beziehung zwischen Staat und BürgerInnen und so sehen diese beispielsweise Privatisierungen in diesem Sektor als Bedrohung ihrer Lebensgrundlage. Auf den Punkt gebracht bedeutet das, dass „[...] petroleum has become the body through which state and citizen meet, contest and legitimize each other“ (Valdivia 2008: 460).

Mit dem Beginn der Erdölförderung in den 1970-er Jahren versuchte Ecuador ausländisches Kapital anzulocken und Investitionen in den Erdölsektor zu erleichtern. Von da an protestierten amazonische SiedlerInnen und ErdölarbeiterInnen gegen den unpatriotischen Umgang der natürlichen Ressource seitens der Regierung. Ziel beider Akteure war nicht die Einstellung der Erdölproduktion, sondern die Einführung von Strukturen und Mechanismen, durch die das Erdöl der ecuadorianischen Bevölkerung dient und nicht dem transnationalen Kapital. Für sie ist die Ressource gleichgesetzt mit Territorium, das es zu beschützen gilt und von dessen Reichtümer alle, die in diesem leben, profitieren sollen (Valdivia 2008: 457).

Mit der Nationalisierung des Erdölsektors Anfang der 1970-er Jahre wurden auch erste Institutionen im Rohstoffsektor geschaffen, so auch das staatliche Erdölunternehmen CEPE, das von da an für die Finanzierung öffentlicher Projekte aus den Mitteln der Erdölrente zuständig war. Mit dem Verfall des Ölpreises in den 1980-er Jahren, den auferlegten SAPs und den damit einhergehenden Privatisierungen und Liberalisierungen wurde auch der Erdölsektor geöffnet. Die SiedlerInnen im Amazonasgebiet und die ErdölarbeiterInnen antworteten darauf mit lang andauernden Protesten und Streiks und forderten einen Stopp von

Privatisierungen der Installationen für die Erdölproduktion und ein besseres Management der natürlichen Ressourcen. Proteste, Besetzungen und Streiks sind Instrumente, um die Verknüpfung von Staat, Erdöl und transnationalem Kapital zu schwächen und dienen auch zur Artikulation der sogenannten „petro-citizenship“, einer „Erdöl-Staatsbürgerschaft“, als Ausdruck einer politischen Identität (Valdivia 2008: 465 f.).

Dieser gemeinsame Widerstand dient jedoch nicht nur der Identitätsbildung, sondern beeinflusst auch die Art und Weise wie die Regierung versucht die Proteste darzustellen, um ihre Erdölpolitik zu legitimieren. Oft wird von Terrorattacken seitens der AktivistInnen gesprochen und deren Maßnahmen als Angriff auf den Nationalstaat, der sich über das Erdöl konstituiert, dargestellt (vgl. Aussagen von Correa unter 7.1.1). So wurden Orte wie Esmeraldas, mit der größten Raffinerie, zu höchst politischen Orten, wo sich der Widerstand gegen den „*entreguismo*“ – den Ausverkauf – an ausländische Unternehmen artikulierte (Perreault und Valdivia 2009: 692). An diesem und anderen strategisch wichtigen Orten für die Erdölproduktion kamen unter den ArbeiterInnen das Bewusstsein der schon genannten „petro-citizenship“, und auch ein politisches Bewusstsein auf. Ein Gewerkschaftsführer der ArbeiterInnen in Esmeraldas fasste dies so zusammen:

We had an incomparable militancy. We were 140 communist militants in the refinery out of 600 workers. We were there from the beginning, when the refinery was just a few pipes. There was a confluence of politics there. It wasn't only about wages, it was a fight, a political vision. From Esmeraldas, we were able to unionize the rest (Marcelo Román zitiert nach Perreault und Valdivia 2009: 692 f.).

Abschließend kann man festhalten, dass Erdöl das soziale Leben in Ecuador in verschiedenen Bereichen beeinflusst und bestimmt. Es hat den ecuadorianischen Nationalstaat im Lauf der Geschichte geformt und bildet den Referenzrahmen für ein Territorium. Ebenso bildet es ein Feld, auf dem Identität artikuliert wird. Dies geschieht mit Hilfe von Protesten, Streiks und Blockaden von Infrastruktur für die Erdölproduktion und diese wurden zu wichtigen Orten politischer Artikulation der SiedlerInnen und ErdölarbeiterInnen. Während diese ihre Aktionen als Ausdruck ihrer Staatsangehörigkeit, ihres Patriotismus sehen, verurteilen RegierungsvertreterInnen solche als unpatriotisch und gefährlich für die Sicherheit des Landes und des Erdöls, der Quelle des Wohlstandes (Valdivia 2008: 473 f.).

4.8 Sozialausgaben und Verringerung der Ungleichheit

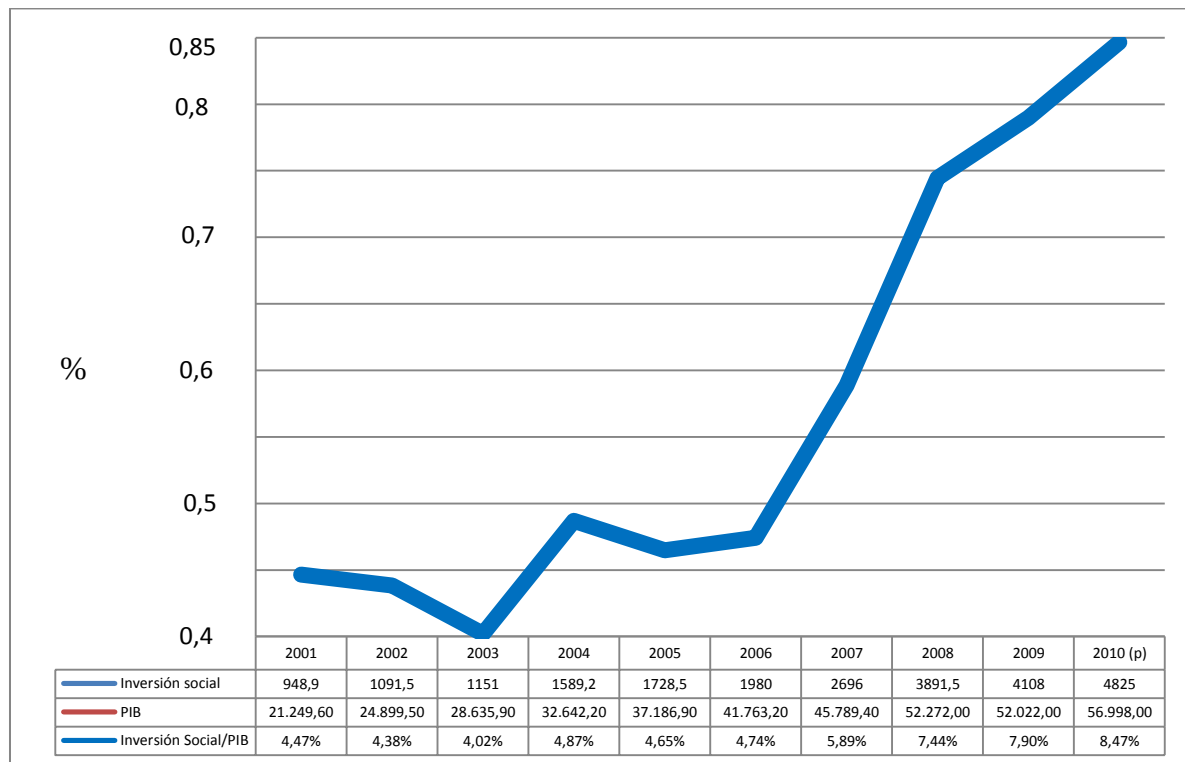
Wie schon im Kapitel zu Extraktivismus ausgeführt wurde, kennzeichnet gegenwärtig viele lateinamerikanische Länder eine rohstoffbasierte Ökonomie, die die Gewinne aus den Rohstoffexporten zur Umverteilung und für eine Reihe von Sozialpolitiken nutzen.

Das extraktivistische Entwicklungsmodell spielt also auch bei den neuen Regierungen eine genauso, wenn nicht noch bedeutendere Rolle als unter früheren neoliberalen Präsidenten.

Die Regierung unter Rafael Correa, die seit 2007 im Amt ist, wendet große Summen für Soziales, Gesundheit und Bildung auf, was auch teilweise zur Verringerung der sozialen Ungleichheit beigetragen hat. Dies ist ein Trend, der neben Ecuador in vielen Ländern Lateinamerikas mit progressiven Regierungen, festgestellt werden kann, allen voran Bolivien und Venezuela. Der Neo-Extraktivismus, wie ihn Gudynas charakterisiert, ist durch einen aktiveren Staat gekennzeichnet, was sich in der Erdölpolitik vor allem durch Neuverhandlungen von bestehenden Verträgen, höheren Abgaben der TNUs und eine stärkere Position staatlicher Unternehmen widerspiegelt. Dadurch hat der Staat einen viel größeren Verteilungsspielraum als in der Vergangenheit und so wird die Finanzierung staatlicher Sozialprogramme an die Erdölförderung geknüpft, wodurch eine starke Legitimität für extraktivistische Aktivitäten, vor allem unter den ärmeren Bevölkerungsschichten, erreicht wird. Finanzielle Kompensation ist die wichtigste Maßnahme, um auch heikle Projekte zu legitimieren, denn wer den Extraktivismus kritisiert, ist gegen wirtschaftliche Entwicklung und gefährdet somit auch die Finanzierung der Sozialprogramme, so der Tenor der BefürworterInnen (Gudynas 2012a: 55 f.).

Die erhöhten Investitionen im Sozialbereich sind seit dem Amtsantritt von Correa signifikant angestiegen (vgl. Abb. 7). Waren es in den Jahren 2005 und 2006 noch rund 4,7% des BIPs, so waren dies 2009 bereits 7,9 und 2010 sogar 8,5% vom BIP.

Abbildung 7: Sozialinvestitionen in Prozent des BIPs



Quelle: BCE 2012b

Die Armut in Ecuador wurde zwischen 2000 und 2011 von 64,4% auf 28,4% reduziert (BCE 2012a: 16). Noch immer ist die ländliche Armut um ein Vielfaches größer als die städtische; so betrug die Armut in den Städten 2010 rund 22,5% und im ländlichen Raum war sie mit 53% mehr als doppelt so hoch (BCE 2011: 26 f.). Der Gini-Koeffizient oder Gini-Index, ein Maß für die Darstellung von Ungleichverteilung in einer Volkswirtschaft, ist für ein rohstoffexportierendes Land wie Ecuador ein guter Indikator für die Messung der gerechteren Verteilung der Einnahmen durch Primärgüterexporte.

In Ecuador betrug der Gini-Koeffizient im Jahr 2000 noch 0,56, was eine eher ungerechte Verteilung bedeutet (0 bedeutet Gleichverteilung und je näher zu 1, desto ungleicher). Genau elf Jahre später, mit einer Zäsur in der politischen Landschaft und einer Neuausrichtung der öffentlichen Ausgaben im Jahr 2007, beträgt der Gini-Index im Jahr 2011 um fast zehn Punkte weniger, nämlich 0,47 (BCE 2012a: 18). Dies ist sicher eine Folge der erhöhten Sozialausgaben, jedoch ist Ecuador trotzdem ein Land mit einer sehr ungleichen Verteilung verglichen mit anderen Ländern Lateinamerikas und zwischen 2008 und 2010 hat sich der Gini-Koeffizient sogar um 0,5 Prozentpunkte verschlechtert.

Venezuela, Uruguay und auch Mexiko schneiden im lateinamerikanischen Vergleich besser ab als Ecuador, was eine gerechte Verteilung betrifft. In diesen Ländern fällt der Grad der Ungleichverteilung sogar jährlich um mehr als zwei Prozent (CEPAL 2011b: 54).

Ohne die Einnahmen aus den Exporten von Erdöl(-produkten) wären die Investitionen im Gesundheits-, Bildungs- und Infrastrukturbereich nicht möglich. Laut einer Studie von UNICEF („United Nations International Children's Emergency Fund“) hat Ecuador mit 10,3% des BIPs den höchsten Anteil an öffentlichen Ausgaben im Sozialbereich unter den Ländern Lateinamerikas und allein für Bildung wurde 2011 rund 6% des BIPs ausgegeben. Weitere Bereiche sind Gesundheit und soziales Wohlergehen, wofür jeweils 2,3 bzw. 1,8% des BIPs investiert wurden (UNICEF 2011: 25).

Als eine Maßnahme wurden 2011 rund 40% der Sozialausgaben für die Gehälter von ÄrztInnen und LehrerInnen verwendet und weitere 16% für den sogenannten „Bono de Desarrollo Humano“ (BDH), ein spezielles Finanzierungsprogramm für die Gesundheit und Entwicklung sehr junger Kinder (vgl. Fernald und Hidrobo 2011). Ebenso gibt es von der Regierung initiierte „Programas Sociales Especificos“, die innerhalb der Sektoren Bildung, Gesundheit oder soziales Wohlergehen angesiedelt sind. Rund 23% der gesamten Ausgaben im Sozialbereich sind für diese Spezialprogramme vorgesehen. Im Bereich Bildung beispielsweise das Programm zur Ernährung an Schulen, das Programm zur Verbesserung der Infrastruktur in Schulen oder zur Eliminierung des Analphabetismus, das im Vergleich zu 2010 von rund vier auf 38 Millionen USD angehoben wurde (UNICEF 2011: 41 f.).

4.9 Zwischenfazit

Nach dieser Bestandsaufnahme der Situation in Ecuador soll ein kurzes Zwischenfazit die weitere Vorgehensweise in dieser Arbeit strukturieren und die Perspektive für die Akteursanalyse darstellen.

Insgesamt wurden im Kapitel zur Bedeutung des Extraktivismus und im Speziellen des Erdöls für Ecuador viele relevante Kategorien für die Analyse dargestellt. Deutlich wird vor allem die große Abhängigkeit, die ein extraktivistisches Entwicklungsmodell mit sich bringt, nicht nur im Hinblick auf den Weltmarkt und seinen volatilen Preisen, sondern auch die Abhängigkeit von ausländischem Kapital, Wissen und Technologie. Diese sichert den TNUs eine sehr mächtige Stellung innerhalb des ecuadorianischen Staates, seiner Wirtschaft und auch seiner Gesellschaft, auch wenn ihr Einfluss durch den Regierungswechsel 2007 etwas

eingegrenzt wurde. Die Hegemonie der vorwiegend ausländischen Erdölunternehmen wird durch stark ausgeprägte klientelistische Strukturen und der Bedeutung von lokalen Elitenunterstützt, die gemeinsam mit den Unternehmen an einer Beibehaltung des auf Ressourcen basierenden Modells interessiert sind. Für die Akteursanalyse bedeutet das einen hohen Grad an Aufmerksamkeit für diese Akteure und ihr Handeln vor dem Hintergrund ihrer Stellung innerhalb der Arena der Erdölpolitik und der YII.

Nicht zu unterschätzen ist auch die Bedeutung des Erdöls in Bezug auf die Ausgaben für Soziales, Gesundheit und Bildung und der damit einhergehenden Legitimität für das politische Projekt der Regierung von Rafael Correa, das zu einem sehr großen Teil von den Einnahmen durch den Export verschiedener Rohstoffe abhängt. Die daraus resultierende Zustimmung großer Teile der ecuadorianischen Bevölkerung zu diesen Aktivitäten rahmt und beeinflusst natürlich auch die Haltung der Regierung. Dies wird in der Analyse vor allem bei der Position der staatlichen Akteure zu berücksichtigen sein. Auch die Rolle des Erdöls als identitätsstiftendes Instrument für die sogenannten „petro-citizens“ (vgl. Valdivia 2008) wurde im vorigen Kapitel beleuchtet und wie dies die Beziehung zwischen Staat und Bevölkerung formt. Da dies jedoch vorwiegend die ArbeiterInnen im Erdölsektor und die SiedlerInnen im Amazonasgebiet betrifft, wird das für die Akteursanalyse eine eher untergeordnete Rolle spielen, da dies „sekundäre Akteure“ (Hufty 2011: 412) darstellen.

Es wird allerdings bei der Position der Erdölindustrie mitzudenken sein, denn die gewerkschaftlich gut organisierten ArbeiterInnen beeinflussen natürlich auch die Position dieses Akteurs in Bezug auf die YII.

Auch die unter 3.6 erwähnten Konflikte zwischen der indigenen Bevölkerung und ausländischen Erdölunternehmen beeinflussen die Haltung dieser Akteure und prägen deren Interaktionen. Der Widerstand der indigenen Bevölkerung ist natürlich ein wichtiges Instrument, das möglicherweise die Kräfteverhältnisse im Feld der Erdölpolitik und in weiterer Folge vielleicht auch im Hinblick auf die YII verschiebt. Der beispielgebende Prozess gegen den Erdölmagnaten Chevron-Texaco könnte ein Indiz dafür sein.

5. Yasuní Nationalpark

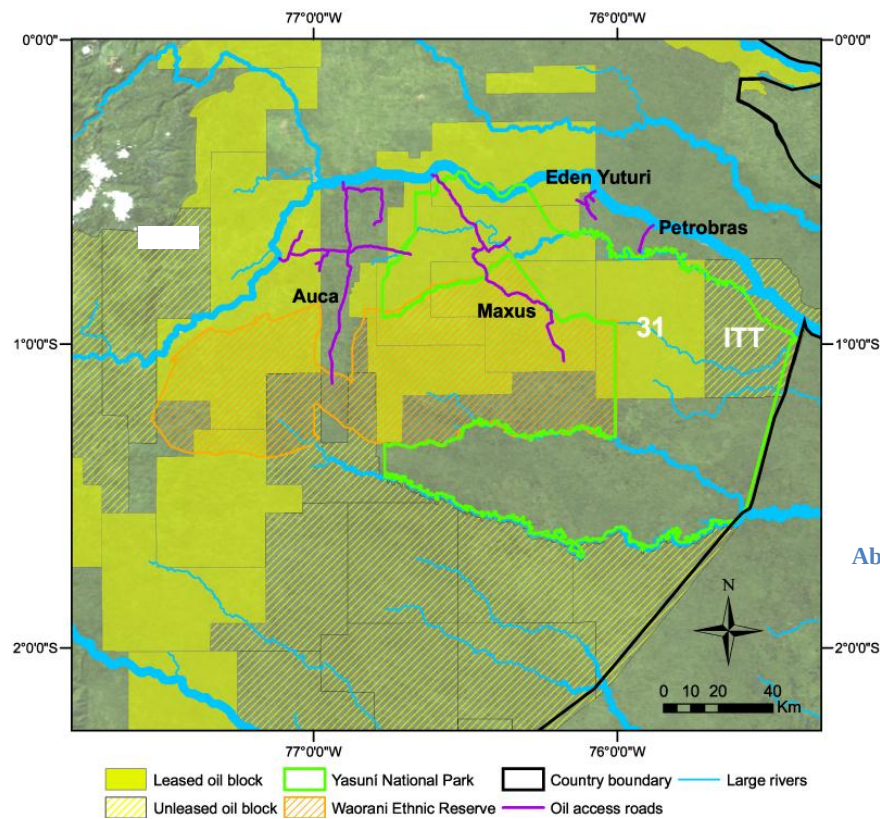
Der YNP ist mit seiner Fläche von rund 9820km² der größte Nationalpark Ecuadors. Offiziell gegründet wurde er im Jahr 1979 und zehn Jahre später wurde diese Region von der UNESCO zum Biosphärenreservat erklärt. Ein solches Reservat muss nicht gänzlich geschützt werden, jedoch müssen die Management-Praktiken innerhalb der Region dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung folgen (Warnars 2010: 56).

Der Nationalpark liegt an einer Schnittstelle von Amazonas, Anden und Äquator im westlichen Amazonasgebiet, in den Provinzen Orellana und Pastaza und zwischen den beiden Flüssen Napo und Curaray. Die gesamte Region besitzt eine außerordentliche biologische Vielfalt und sie ist Lebensraum der indigenen Gemeinschaft der Waorani. Yasuní ist geprägt von warmen Temperaturen (immer rund 24-27°C), hohen Niederschlagsmengen und einer Luftfeuchtigkeit, die durchgehend zwischen 80 und 94% liegt (Bass et al 2010: 2).

Im YNP liegen große unberührte Erdölvorkommen, aber auch einige bereits erschlossene Ölfelder, darunter der umstrittene Block 31, der zur Exploration und Förderung im Jahr 2002 an die brasilianische staatliche Erdölfirma Petrobras vergeben wurde. Der Vertrag mit Ecuador wurde jedoch sechs Jahre später aufgrund großer Widerstände beendet, obwohl Petrobras bereits 200 Millionen USD in den Straßenbau und Errichtung von Infrastruktur investiert hatte (Finer et al 2009: 12). Derzeit gibt es heftige Kontroversen um die geplante Förderung des Blocks 31, da dieser sich fast gänzlich innerhalb des Nationalparks befindet und daher nicht weniger schützenswert ist als die ITT-Felder.

Bis heute wurden insgesamt vier verschiedene Straßen in den Park beziehungsweise in die zehn Kilometer Pufferzone, die ihn umgibt, gebaut (vgl. Abbildung 8). Die erste Straße war die Auca Road, die bereits in den frühen 1980-er Jahren von dem US-amerikanischen Konzern Texaco errichtet wurde. Ein Jahrzehnt später folgte dann die Maxus Road, die weit ins Reservat der Waorani und in den YNP hineinführt. Petrobras begann 2000 dann mit dem Bau zweier neuer Straßen vom Napo Fluss in den Nationalpark (Finer et al 2009: 4).

Abbildung 8: Straßenbau im YNP



Quelle: Finer et al 2009: 7

Die Maxus Straße ist für viele WissenschaftlerInnen der „entry point for migration, colonization and deforestation“ und so wurden viele Farmen und sogar eigene Siedlungen im Park entlang dieser Straße errichtet. Zudem sehen sie auch illegales Jagen, Abholzung und Entwaldung als Folge dieses Straßenbaus (Scientists concerned for the future of Yasuní 2007: 25).

5.1 Biodiversität

Alle ForscherInnen, die sich mit dem YNP beschäftigen, sind sich einig, dass die Region „[...] one of the most biodiverse places on earth“ ist (Finer et al 2009: 7). Die Artenvielfalt von Vögeln, Säugetieren und Amphibien beträgt hier das Maximum und dies gilt auch für die Vielfalt der Baumarten. Vor allem der Artenreichtum innerhalb einer kleinen Fläche ist außerordentlich; allein auf einem Hektar befinden sich 655 verschiedene Baumarten, das sind mehr als in Kanada und den Vereinigten Staaten zusammen.

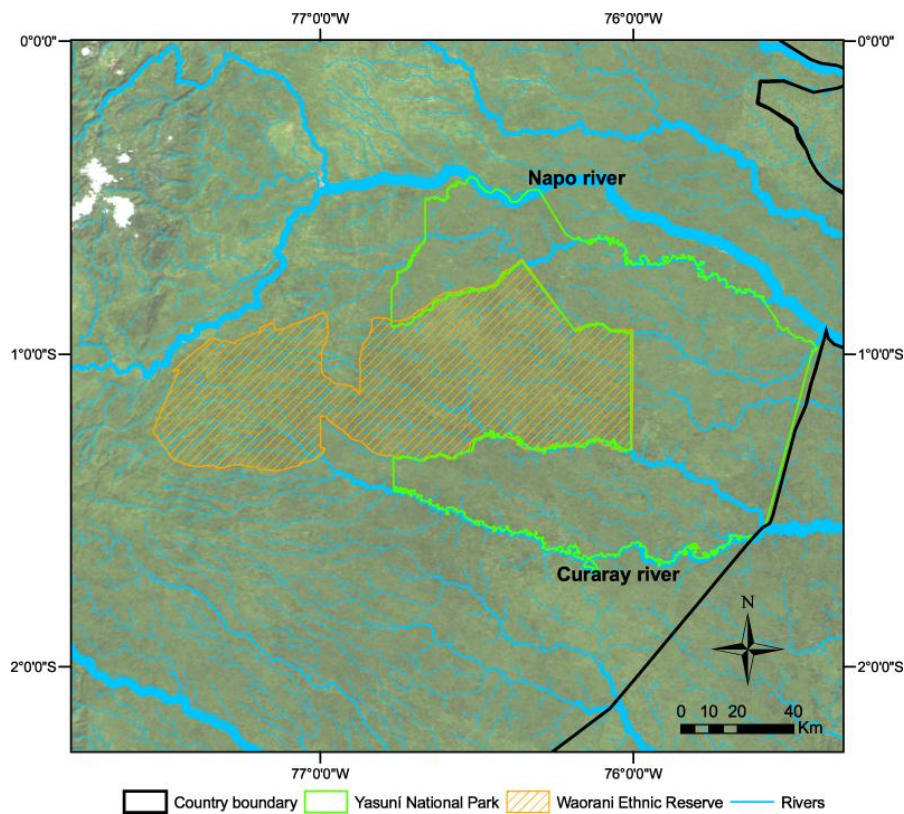
Neben der Artenvielfalt von Amphibien, Reptilien, Säugetieren und Bäumen dokumentierten die Ökologin Margot Bass und ihre KollegInnen in den Flussbecken des Parks rund 500 verschiedene Fischgattungen. Unter so vielen verschiedenen gibt es auch bedrohte Arten, darunter vor allem Pflanzen und einige Säugetiere, für die der Yasuní Park durch das ganzjährig konstante Klima ein wichtiges Schutzgebiet darstellt. Zusätzlich kommen in diesem Gebiet ungefähr 43 regional endemische Amphibien, Vögel und Säugetiere vor (Bass et al 2010: 5). Der prognostizierte Temperaturanstieg aufgrund des Klimawandels ist vergleichsweise sehr moderat, was die Region zu einem strategisch wichtigen Ort für die Erhaltung der Arten machen könnte. Die einzigartigen Bedingungen des Nationalparks resultieren aus dem Zusammenspiel verschiedener Faktoren, wie dem stabilen Klima, dem hohen Niederschlag und den warmen Temperaturen (vgl. Bass et al 2010).

5.2 Indigene Gemeinschaften

5.2.1 Die Waorani

Das gesamte Yasuní Biosphärenreservat, das aus dem YNP und dem *Waorani Ethnic Reserve* besteht, ist seit langem Territorium der indigenen Gemeinschaft der Waorani. Das Gebiet erstreckt sich vom Napo Fluss im Norden und Westen bis zum Curaray Fluss im Süden und Osten des Landes, an der Grenze zu Peru (vgl. Abb. 9).

Abbildung 9: Reservat der Waorani



Quelle: Finer et al 2009: 3

Traditionell sind die Waorani ein semi-nomadisches und autarkes JägerInnen- und SammlerInnenvolk, das ursprünglich auf Hügeln und Anhöhen rund um die Hauptflüsse der Region lebte. Sie werden als „societies of abundance“ bezeichnet, da sie vor dem ersten Kontakt mit der Zivilisation trotz wenig Arbeit und Aufwand ihre Bedürfnisse befriedigen konnten. Sie nutzten ihr produktives Potential nie gänzlich, erlegten nicht alle Tiere, ernteten nicht alle Früchte und konnten so ein Leben in Harmonie mit der Natur führen (Bonilla 2007: 26 f.). Im Laufe der Geschichte gab es vier Perioden des Kontakts mit den Waorani, die bis dahin isoliert lebten und jeglichen Kontakt mit Menschen von außen vermieden (Rival 2002: 156). Die erste Phase war der Kautschuk-Boom um 1900, gefolgt von den ersten Erdölexplorationen des Konzerns Royal Dutch Shell in den 1940-er, die dritte Phase bildete die Missionsarbeit ab den 1950-er und die bis heute anhaltende Phase begann in den 1970-er Jahren mit dem Beginn der großflächigen Erdölproduktion in Ecuador (Ziegler-Otero 2004: 48 ff.). Bis zur Ankunft der ErdölarbeiterInnen von Royal Dutch Shell kontrollierten die Waorani das Gebiet und waren auch für ihre meist tödlichen Angriffe gegen ungewollte Eindringlinge bekannt. So wurden in den 1940-er und 50-er Jahren auch einige ArbeiterInnen von Shell und christliche MissionarInnen getötet.

Im Jahr 1958 stellte die evangelische Missionarin Rachel Saint den ersten friedlichen Kontakt mit einer Gruppe der Waorani her. Sie war es auch, die mit der als Sprachinstitut getarnten Organisation „Summer Institute of Linguistics“ (SIL) ein kleines Protektorat im Territorium der Waorani errichtete, um die Missionierung voranzutreiben und indirekt den Weg für die Interessen US-amerikanischer Erdölunternehmen zu ebnen. So gelang es ihr und dem SIL gemeinsam mit der ecuadorianischen Regierung, dem Militär und der finanziellen Unterstützung vom Erdölkonsortium Texaco-Gulf, die Waorani möglichst fern von erdölreichen Gebieten zu halten (Ziegler-Otero 2004: 64; Kimerling 2006: 461). So konnte Texaco-Gulf unbehindert Erdölexplorationen durchführen, die Missionsstation war froh viele Waoranis bekehrt und dank dem Reservat unter Kontrolle zu haben und die Regierung konnte die unerschöpflich scheinenden Erdölvorkommen im Amazonasgebiet ausbeuten und damit ihr Wirtschaftswachstum ankurbeln. Eine Win-Win Situation für fast alle Beteiligten.

5.2.1 Tagaeri und Taromenane

Jedoch gelang es nicht, alle indigenen Gruppen in dieses „Protektorat“ zu locken und einige Untergruppen blieben isoliert in ihrem Territorium. Darunter auch die Tagaeri und Taromenane, die bis heute im mittleren und unteren Teil des YNP in freiwilliger Isolation leben. Beide sind sprachlich verwandt mit den Waorani, die Tagaeri werden sogar als Teil ihrer Familie gesehen. Nach Rival leben die Tagaeri versteckt im Wald und beschränken auch das Kochen auf die Nacht, um nicht entdeckt zu werden (Rival 2002: 192 f.).

Der Lebensraum beider Gruppen wurde 1999 zu einer offiziell geschützten Zone, der sogenannten „unberührbaren Zone“ („zona intangible“), einem Gebiet wo jegliche Extraktion von Rohstoffen und Abholzung verboten sind.

Damals wurden jedoch keine fixen Grenzen festgesetzt¹⁹, was in den darauffolgenden Jahren zu einer enormen illegalen Abholzung führte. Als Reaktion wurden einige der HolzarbeiterInnen von den Tagaeri und Taromenane getötet, was ein enormes Medienecho auslöste und eine Klage bei der IACHR zur Folge hatte, die daraufhin die Regierung Ecuadors zu präventiven Maßnahmen zum Schutz der beiden indigenen Gruppen anhielt. Im Jahr 2007 wurde dann ein Dekret unterzeichnet, welches die Grenzen der Zone endgültig fixierte. Sie bedeckt jedoch nicht nur die Hälfte des YNP und einen großen Teil des Waorani Reservats,

¹⁹So war auch der Block 16 mit der neuen Grenzziehung nicht mehr Teil des YNP, sondern des Waorani Reservats und damit für eine Erdölförderung verfügbar, die auch von dem Unternehmen Maxus vorgenommen wurde (Rival 2012: 158).

sondern auch Teile von bereits verpachteten Öl-Blocks (Finer et al 2009: 9 ff.). Es gibt mittlerweile jedoch Belege, dass die Tagaeri und Taromenane auch Gebiete nördlich der Zonengrenze bewohnen und somit die geschaffene Zone nicht ausreicht, um das gesamte Territorium dieser indigenen Gruppen unter Schutz zu stellen (Proaño und Colleoni 2008: 66 f.).

6. Die Yasuní-ITT-Initiative – Eine Initiative gefangen in ihrem eigenen Erfolg

Die YII ist ein Vorschlag, der 2007 von der ecuadorianischen Regierung vorgestellt wurde und bei der es um die Nicht-Förderung der Erdölvorkommen in den ITT-Feldern im YNP geht. Im Folgenden wird die Initiative mit ihren Zielen, Ideen und Mechanismen kurz vorgestellt, jedoch auch auf ihre Schwächen, Kritikpunkte und Schwierigkeiten bei der Entwicklung eingegangen.

6.1 Ideen und Ziele

Die UrheberInnen der ersten Form der Initiative waren die WissenschaftlerInnen und NRO-AktivistInnen Esperanza Martinez und Carlos Larrea und der Ökonom und damalige Minister für Energie und Bergbau Alberto Acosta. Sie formulierten eine erste Idee und präsentierten diese dem Präsidenten Rafael Correa, der auch vorschlug sie weiterzuentwickeln. Im September 2007 präsentierte er das Proposal vor den Vereinten Nationen und beauftragte parallel ein prominentes Team aus ExpertInnen und PolitikerInnen die Initiative zu bewerben (Warnars 2010: 63). Konkret geht es bei dem Vorschlag darum, das Erdöl, das unter der Erde in den ITT-Feldern liegt, im Boden zu belassen und nicht zu fördern, wenn die internationale Staatengemeinschaft sich bereit erklärt die Hälfte der Summe, die durch die Extraktion des Erdöls generiert werden würde, bereitzustellen. Die Initiative basiert auf dem Konzept der „common but differentiated responsibility“ (CBDR)²⁰, die 1992 auf dem Klimagipfel in Rio de Janeiro als Teil des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung formuliert wurde. Ebenso liegt dieser Initiative das Prinzip der „ökologischen Schuld“ zugrunde, die die Industrieländer seit der Kolonialzeit durch ihren Umgang mit der Natur bei den Ländern des Südens angehäuft haben (Acosta 2009a: 197).

²⁰ Dabei geht es um die bewusste Verantwortung von Ländern des Nordens, die gemeinsam mit Ländern des Südens Verantwortung für globale Umweltprobleme übernehmen müssen, jedoch aufgrund ihrer historisch gewachsenen Unterschiede auch unterschiedliche finanzielle und technologische Beiträge dazu leisten müssen (vgl. Centre for International Sustainable Development Law 2002)

Der ursprüngliche Vorschlag beinhaltet drei Kernthemen:

1. Bekämpfung der globalen Erwärmung, da das Erdöl nicht gefördert und auch nicht weiterverarbeitet wird. Zusätzlich wird mit dem Wald ein großer Kohlendioxid-Speicher aufrechterhalten, der im Zuge von Erdölaktivitäten teilweise abgeholzt werden würde.
2. Der Schutz der Biodiversität Ecuadors und der in freiwilliger Isolation lebenden indigenen Gemeinschaften, die Tagaeri und Taromenane.
3. Armutsbekämpfung und soziale Entwicklung, Bewahrung der natürlichen Umwelt und die Forcierung erneuerbarer Energiequellen als Teil einer Strategie, die zu einer nachhaltigeren und gerechteren Entwicklung beitragen soll (Larrea et al 2009: 7).

Die Gründe für den Vorschlag sind also auf drei Ebenen anzusiedeln: auf einer nationalen, einer regionalen und einer globalen. Die YII muss zwar auf nationaler Ebene implementiert werden, jedoch beeinflusst sie maßgeblich auch die zwei anderen Ebenen und muss vor diesem Hintergrund verstanden werden (Acosta et al 2009: 435 f.).

Konkret würde Ecuador hiermit auf die Förderung, den Export und die Weiterverarbeitung von rund 846 Millionen Barrel Erdöl verzichten und so direkt und indirekt Emissionen von rund 407 Millionen Tonnen Kohlendioxid einsparen. Das Erdöl würde über 13 Jahre mit einem täglichen Volumen von 107 000 Barrel gefördert werden. Die Menge entspricht zwar einem Viertel der ecuadorianischen Erdölvorkommen, würde weltweit, beim derzeitigen globalen Verbrauch, jedoch gerade einmal für rund acht Tage ausreichen (Acosta 2009b: 4f).

6.2 Finanzierung

Die Summe, die von der internationalen Gemeinschaft bereitgestellt werden müsste, betrug bei der Ausarbeitung des Vorschlags 350 Millionen USD pro Jahr über zehn Jahre, was jedoch vom aktuellen Ölpreis abhängt²¹. Für diese Zahlungen wurde bereits ein Kapitalfonds eingerichtet, der von den Vereinten Nationen, VertreterInnen der Regierung, der Zivilgesellschaft und der internationalen Gebergemeinschaft verwaltet wird. Das Geld des Fonds soll für Projekte im Bereich erneuerbarer Energien unter Miteinbeziehung von

²¹ Es wurden die Kosten für ein Barrel Öl mit 2-7 USD und die Kosten für eine Tonne Kohlendioxid mit 20 USD berechnet, was einen ungefähren Wert von 5 USD pro nicht gefördertes Barrel bedeuten würde (vgl. Rival 2012).

Ecuadors hydroelektrischem, geothermischem und solarem Potential verwendet werden. Die Zinsen, die durch den Fonds generiert werden, sollen für die Erhaltung, die Wiederaufforstung und einem geeigneten Management der Wälder, für die Steigerung der Energieeffizienz des Landes und für die soziale Entwicklung in den von der Initiative betroffenen Regionen eingesetzt werden. Die Beiträge für diesen Fonds kommen aus verschiedenen Kanälen, nämlich aus der Restrukturierung von Auslandsschulden, freiwilligen Zahlungen und dem Emissionszertifikatshandel. Beiträge sollen von Regierungen, multilateralen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, sozial und ökologisch verantwortlichen Privatunternehmen und von Einzelpersonen aus der ganzen Welt in den Fonds einfließen. Länder, Regierungen und internationale Finanzinstitutionen können ihren Beitrag in Form von Geld, Emissionszertifikaten, Entschuldung oder spezifischen Projekten im Bereich erneuerbarer Energie, Schutz vor Entwaldung oder sozialer Entwicklung, leisten (Larrea und Warnars 2009: 221).

Für die Restrukturierung der Auslandsschulden sollen von Ecuador Boni an Gläubigerländer ausgegeben werden. Das Land setzt seine Schuldzahlungen so lange aus, wie das Erdöl im ITT-Block nicht gefördert wird und zahlt dafür in den Treuhandfonds ein. Sollte eine zukünftige Regierung die Erdölvorkommen doch ausbeuten, würden die Boni wieder zu Schulden umgewandelt werden (Acosta und Gudynas 2010: 73).

Die marktbasierten Beiträge sollen über den Verkauf von Yasuni-Garantiezertifikaten (CGYs), entsprechend der Menge an vermiedenen Emissionen – ähnlich wie bei Emissionszertifikaten – eingenommen werden. Die Zertifikate beinhalten sowohl den Wert der Beitragszahlung, als auch den Wert des vermiedenen Kohlendioxids, der anhand des aktuellen Preises am Leipziger Kohlenstoffmarkt berechnet wird (Arsel 2012: 158 f.). Diese Art der Finanzierung wurde erst 2008 in die modifizierte Initiative eingearbeitet, mit dem Ziel, die CGYs im freiwilligen Emissionszertifikatshandel und dem Europäischen Emissionshandel zu verankern, um vor allem europäischen Geberländern einen Anreiz zu bieten. Jene könnten die CGYs, wie auch andere Zertifikate, kaufen und damit handeln²². Es wurde auch bedacht, dass wenn zukünftige Regierungen das Erdöl doch fördern sollten, diese Zertifikate eingetauscht werden können und der Fonds den Betrag rückerstattet. Das sollte durch den eingerichteten Treuhandfonds des UNDP („United Nations Development Programme“) garantiert werden (Finer 2010: 64).

²²Mit den Instrumenten innerhalb des Kyoto Protokolls, wie beispielsweise dem „Clean Development Mechanism“ (CDM), können die CGYs nicht anerkannt und gehandelt werden. Ein Grund dafür ist, dass viele Staaten das Kyoto-Protokoll nicht ratifiziert haben und somit auch der CDM nicht gültig ist.

Die Idee mit dem Handel von Zertifikaten wurde vorwiegend von NGOs (v.a. Acción Ecológica), aber auch anderen UnterstützerInnen der Initiative kritisiert.

Ihrer Meinung nach kann der Kauf von eingesparten Emissionen in Form eines Kredites die notwendige Reduzierung von Treibhausgasen in allen Ländern der Erde nicht ersetzen, sondern trägt eher zum Gegenteil bei. Kritisiert wird auch die Struktur der CGYs, wodurch deren KäuferInnen nicht viel mehr besitzen als ein gut gemeintes Versprechen. Patrick Wieland analysiert aus einer marktwirtschaftlichen Perspektive, dass diese Zertifikate auf nicht europäischen Kohlenstoffmärkten nicht messbar und nicht handelbar sind und sie im Gegensatz zu den Zertifikaten des CDM „[...] not the product of a real, effective, and measurable sustainable development project aimed to reduce carbon emissions“ sind. Ebenso beinhalten sie keine rechtliche Garantie, dass Ecuador tatsächlich sein Versprechen einlösen werde und können auch nicht vor Gericht eingeklagt werden (Wieland 2011: 36).

6.3 Entstehung, Schwierigkeiten und Kritik

Entstanden ist die Idee für ein Erdölmoratorium nicht irgendwo in den Räumen der Regierung, auch nicht an den Tischen von ExpertInnen, sondern direkt in den betroffenen Gemeinden des Amazonasgebietes und der ecuadorianischen Zivilgesellschaft. Zusammengefasst wurde diese Forderung in dem Buch „El Ecuador post-petrolero“, das von der AE im Jahr 2000, also bereits sieben Jahre vor der Präsentation der Initiative, herausgegeben wurde (Acosta 2010: 2).

Seit der Vorstellung der Initiative 2007 hat Rafael Correa mehrmals seinen Unmut über die zurückhaltende Unterstützung und die Bedingungen einiger Geberländer geäußert und spart hier auch nicht mit scharfer Kritik, wie folgendes Zitat zeigt: „[They] come to impose conditions ... they think we're still a colony ... there is a terrible arrogance ... keep your millions ... keep your money and in June we are going to begin exploiting ITT!“ (Correa zitiert nach Gross 2010). Daraufhin hat der Vorsitzende des „*Consejo Administrativo y Directivo de la Iniciativa Yasuní ITT*“ Roque Sevilla, trotz seiner zahlreichen Erfolge für die YII, seinen Rücktritt erklärt und mit der destruktiven Haltung des Präsidenten begründet. Sevilla glaubt neben anderen BefürworterInnen der Initiative, dass Correa starkem Druck seitens der Erdölindustrie ausgesetzt ist (Sevilla zitiert nach Gross 2010). Ebenso legte der Außenminister Fander Falconí, ein Verfechter der Initiative der ersten Stunde, seine Funktion als Außenminister nieder und auch die Umweltaktivistin Yolanda Kakabadse verließ aufgrund

der Kritik Correas das Führungsteam der Initiative. Die Nachfolgerin von Sevilla wurde Ivonne Baki, eine ehemalige Ministerin und Botschafterin mit einer umstrittenen politischen Vergangenheit, in der sie unter anderem die Interessen des Erdölkonzerns Texaco vertrat (Acosta 2010: 8 f.). In dem Wechsel des Vorsitzes und einigen dem Präsidenten wohlgesinnten MitgliederInnen spiegelt sich auch die plötzlich veränderte Position von Präsident Correa wider, der durch seine Meinungsänderung und Kritik die Glaubwürdigkeit und Entschlossenheit dieser Initiative einen Rückschlag versetzte. Ebenso herrschte lange Zeit Unsicherheit über die institutionelle Ausgestaltung, vor allem in Bezug auf die Finanzierung und die Zusammenstellung eines Teams und die Zuständigkeit. Anfangs war dafür das Ministerium für Energie und Bergbau unter Acosta zuständig, dann wechselte sie vom Vizepräsidenten weiter ins Außenministerium und schlussendlich ist das Ministerium für Natur- und Kulturerbe dafür verantwortlich (Martin 2011: 67).

Das von Correa gesetzte erste Etappenziel für den Fonds betrug 100 Millionen US-Dollar, welches im Dezember 2011 auch knapp erreicht wurde und somit vorerst das Erdöl des ITT-Blocks nicht ausgebeutet wird (vgl. El Telégrafo 2011). Jedoch ist das nur eine erste Hürde, da ja insgesamt 3,5 Milliarden USD zusammenkommen sollen und somit bleibt die Option für „Plan B“, das Erdöl doch zu fördern, offen. Mittlerweile gibt es jedoch Stimmen in Ecuador, die für eine „Option C“ sind, also das Öl im Boden zu belassen, auch wenn nicht genügend finanzielle Mittel bereitgestellt werden sollten. Die Position wird vor allem mit dem Argument verteidigt, dass jegliche Extraktion in einer Region wie dem YNP laut Artikel 407 der neuen Verfassung von 2008 untersagt ist (Acosta 2010: 12).

Ein häufiger Kritikpunkt der Initiative ist auch die Tatsache, dass die Berechnungen nicht darauf basieren, wie viel Kohlendioxid der geschützte Teil des Regenwalds aufnehmen kann, sondern rein auf dem Marktwert der Erdölreserven. Dies schwächt die Glaubwürdigkeit der Regierung in Bezug auf die Kernpunkte des Vorschlags, nämlich die Erhaltung der Biodiversität und den Schutz der indigenen Rechte, wie ein Kritiker anmerkt: „No es pago por conservación de biodiversidad, ni pago por derechos indígenas respetados, puesto que estas son obligaciones nacionales. Es pago a manera de compensación, por el crudo que permanecerá en el subsuelo“²³ (Pérez 2007). KritikerInnen sind also der Ansicht, dass Ecuador Kompensation für etwas fordert, das sie nicht tut anstatt für etwas, das sie tut.

²³ Es ist weder eine Zahlung für die Erhaltung der Biodiversität, noch für die Respektierung indigener Rechte, das alles sind nationale Pflichten. Es ist eine Kompensationszahlung für das Erdöl, das im Boden bleiben soll (Übersetzung des Autors)

Ebenso die kaum bis gar nicht vorhandenen Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung bei der Entwicklung der Initiative werden häufig kritisiert. Vor allem umweltpolitische und indigene Bewegungen wurden kaum bis gar nicht in den Gestaltungsprozess der Initiative miteingebunden. Genauer ausgeführt wird diese Kritik in der Akteursanalyse innerhalb der Position der indigenen Bewegungen (vgl. 7.4).

BefürworterInnen und KritikerInnen streiten, ob die Initiative eine Utopie oder eine realistische Option sei. Guillaume Fontaine (2007) positioniert sie als Gegenstück zwischen einem „ecologismo utopico“ und einer „politica petrolera nacionalista“. Für Acosta et al (2009: 437) kann sie jedoch keine Utopie sein, da das Projekt indirekt durch die neue Verfassung und damit durch das ecuadorianische Volk legitimiert worden sei. Ebenso muss sie kein Widerspruch zu einer nationalistischen Erdölpolitik sein, da die Initiative gerade die Zurückgewinnung der Kontrolle über die Ressourcen durch den Staat – der sie dann im besten Fall nicht ausbeutet – fordert.

Aus der Entwicklung der Initiative von 2007 bis heute kann gefolgert werden, dass sie sich gegenwärtig sehr stark von dem ursprünglichen Vorschlag das Erdöl nicht auszubeuten unterscheidet. Die erste Version des Vorschlags, welche eine Kompensation für die verlorenen Einnahmen aus der Erdölförderung beinhaltet hat, basierte auf dem Prinzip globaler ökologischer Gerechtigkeit und appellierte vorwiegend an die Länder des Nordens einen Beitrag für den Schutz globaler Ressourcen zu leisten. Die neuere Ausgestaltung des Vorschlags folgt einer marktwirtschaftlichen Logik, die mit der Einbindung in den Emissionshandel am ehesten als „commercialization of nature conservation“ gesehen werden kann (Arsel 2012: 159 f.).

7. Akteursanalyse– Positionen der Akteure

Die Erdölpolitik in Ecuador ist ein Feld von sehr unterschiedlichen sozialen Kräfteverhältnissen, die durch das extraktivistische Entwicklungsmodell konstituiert und geprägt wurden. In folgendem Abschnitt wird versucht diese Kräfteverhältnisse offen zu legen beziehungsweise die Akteure zu beschreiben und mit Hilfe der Ansätze des AI und des GAF ihre Stellungen in diesem umkämpften Feld an einem konkreten Beispiel, nämlich der YII, darzustellen. Hierzu werdender institutionelle Kontext, also die Handlungsressourcen und -orientierungen der Akteure beschrieben und anschließend ihre Positionen innerhalb der Debatte um die Initiative anhand des empirischen Materials dargestellt.

7.1 Regierung Ecuadors

Zum institutionellen Kontext dieses Akteurs zählt vor allem die 2008 verabschiedete Verfassung mit dem Leitbild des Buen Vivir. Darin vor allem die Artikel über die Rechte der Natur (Derechos de la Naturaleza) und auch die Garantie aller unterirdischen Ressourcen als Eigentum des Staates. Dieser Artikel 408 der Verfassung ist wohl die größte Handlungsressource des Staates, da er andere Vereinbarungen, wie beispielsweise die Konvention 169 der ILO zum Schutz der indigenen Völker, außer Kraft setzt und somit auch eine Erdölförderung auf indigenem Territorium durchsetzen kann. Wieland sieht die Ursache dieses Widerspruchs in der Tatsache „in Ecuador the law creates a difference between subsurface titleholders (natural resources belong to the nation, meaning that there is no private property over them) and surface titleholders (it allows private property but does not grant control over subsurface resources)”(Wieland 2011: 38). Besonders zu erwähnen ist auch der Artikel 407 der aktuellen Verfassung, der jegliche Extraktion von nicht erneuerbaren Ressourcen in geschützten Gebieten, wie es die “zona intangible” im YNP ist, verbietet, außer dies liegt im nationalen Interesse²⁴.

²⁴“Se prohíbe la actividad extractiva de recursos no renovables en las áreas protegidas y en zonas declaradas como intangibles, incluida la explotación forestal. Excepcionalmente dichos recursos se podrán explotar a petición fundamentada de la Presidencia de la República y previa declaratoria de interés nacional por parte de la Asamblea Nacional, que, de estimarlo conveniente, podrá convocar a consulta popular” (Asamblea Nacional 2008: 180).

Somit kann der Präsident einen Sonderantrag stellen und das Parlament oder in weiterer Folge das Volk, mittels einer Volksabstimmung, entscheiden, ob die Ressourcen doch ausgebeutet werden sollen. Die beeinflusst nicht nur die Beziehung zwischen der Regierung und der indigenen Bevölkerung in Ecuador, sondern prägt auch das gesellschaftliche Verhältnis zwischen Staat und Natur, wobei ersterer eine dominante Position einnimmt.

In diesem Fall sind es (verfassungs)rechtliche Normen, die einem Akteur durch seinen Handlungsspielraum Dominanz über andere verleiht. Die Verfassung und ihre Artikel macht den Staat also zum mächtigsten Akteur, da „no other public or private body is capable of matching the state’s unique capability to create and enforce a constitution (Arsel und Angel 2012: 222).

Eine weitere Handlungsressource, die die Regierung zum einem strategischen Akteur (vgl. Einteilung der Akteure im GAF) in dieser Akteurkonstellation macht, ist das Militär.

Es ist für die amtierende Regierung eines der wichtigsten Instrumente, um Konflikte und Proteste gegen extraktivistische Projekte niederzuschlagen oder schon im Keim zu ersticken. Das Militär steht in einer engen Kooperation mit der Regierung, aber auch den Erdöl- und Infrastrukturunternehmen in den Provinzen. Diese versorgen das Militär mit Unterkünften, Essen, Treibstoff und medizinischer Versorgung als Gegenleistung für ihren Schutz vor Protesten und Blockaden (vgl. Baird 2008). Daraus resultiert, dass das Militär ebenso an einer Ausweitung der extraktiven Industrien in Ecuador interessiert ist. So schreiben Denise und Anthony Bebbington (2010:8): „[...] the military having had at different times economic (income), strategic (border security) and territorial reasons for wanting to see the expansion of extractive industry.”

Neben der Repression ist auch die Kriminalisierung von Protesten eine Strategie der Regierung, wo in einigen Fällen Personen nach einem alten Terrorgesetz verhaftet wurden, weil sie Demonstrationen oder Streiks organisiert haben. So auch die Gouverneurin der Provinz Orellana Guadalupe Llori, die im Dezember 2007, nachdem sie einen Streik von ErdölarbeiterInnen organisierte, wegen Terrorismus, Sabotage und Betrug festgenommen wurde (vgl. Baird 2008). Dies geht einher mit einer Stigmatisierung von Umwelt-AktivistInnen, die Correa zunehmend stärker attackiert und sie für die Proteste in einzelnen Provinzen verantwortlich macht. Im Jahr 2007 meinte er in einer Radiosendung dazu: „The ecologists are extortionists. It is not the communities that are protesting, just a small group of terrorists. People from the Amazon support us. It is romantic environmentalists and those infantile leftists who want to destabilize the government” (vgl. Correa: 2007).

Diese Angriffe auf die gesellschaftlichen Gruppen, die maßgeblich für die Wahl von Correa und seiner Alianza Pais verantwortlich waren, spiegeln deutlich den Richtungswechsel wider, den er seit seinem Amtsantritt vollzogen hat. Der Journalist Raúl Zibechi sieht Repression und Kriminalisierung als typisches Merkmal vieler lateinamerikanischer Regierungen und als „co-sustanciales al modelo de desarrollo extractivista [...]“ (Zibechi 2011: 87).

Wie jedoch beim Ansatz des AI beschrieben, ist die Handlungsorientierung eines Akteurs nicht nur von Normen, sondern auch von Interessen bestimmt. Das primäre Interesse der Regierung ist der Machterhalt, der durch die Zustimmung des Großteils der Bevölkerung gesichert ist. Zwei Bedingungen für diese Zustimmung sind die Reduktion der Armut und möglichst gerecht verteilter Wohlstand, der hauptsächlich durch die Einnahmen aus den extraktiven Sektoren möglich wird. Ein Ziel der Regierung ist es also eine Umverteilung in Gang zu setzen. Dafür sind die Sozialausgaben ein wesentliches Instrument und diese wiederum können nur in dem Maße aufrechterhalten werden, wenn die Einnahmen aus dem Export fossiler Rohstoffe und Mineralien nicht abreißen. Somit muss das extraktivistische Modell beibehalten und teilweise sogar forciert werden (vgl. neue Großprojekte im Bergbausektor), um die Zustimmung der Bevölkerung, sprich der potentiellen WählerInnen, zu sichern. Natürlich wird die Notwendigkeit der Einnahmen aus der Erdölförderung und dem Bergbau geschickt thematisiert und wird meist in einen Diskurs über Souveränität gepackt (vgl. Moore/Velásquez 2012). Ein Beleg für die Verknüpfung von der Notwendigkeit der Erdölförderung und den öffentlichen Ausgaben ist ein Satz von Correa in einer öffentlichen Rede an die Bevölkerung, in der er unter anderem sagt: „Wenn ihr nichtwollt, dass wir Erdöl fördern, bittet mich auch nicht um Gesundheit, Schulen oder Bildung!“ (Correa zitiert nach McAvoy 2011).

7.1.1 Präsident Rafael Correa

Die Position der Regierung im Hinblick auf die YII ist eine sehr ambivalente. Daher wird auf die Position und das Handeln des Präsidenten Rafael Correa gesondert eingegangen und anschließend auch auf die involvierten Ministerien. Vor allem die unklare Positionierung des Präsidenten hat sicherlich nicht zur Stärkung der Initiative beigetragen. Viel mehr schwächen die „inkonsistenten und widersprüchlichen Positionen der Regierung“ die Initiative (Acosta et al 2009: 433). Anfangs setzte Correa eine Frist von einem Jahr, um die nötige finanzielle Unterstützung sicherzustellen.

Nachdem diese nach Ablauf der Frist in weiter Ferne lag verlängerte er sie um ein halbes Jahr, um schließlich im Februar 2008 mit einem Erlass (vgl. Decreto 1572) die Suche nach finanzieller Unterstützung auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Ein weiterer Faktor war die vermeintliche Doppelstrategie von Correa, der immer wieder von der Option B sprach, also das Erdöl in den ITT Feldern im YNP doch zu fördern, sollten nicht genügend Kompensationszahlungen zusammenkommen. Ebenso verhandelte Correa und sein Minister für nichterneuerbare Ressourcen parallel immer wieder mit verschiedenen staatlichen Erdölunternehmen anderer Staaten (Brasilien, China, Chile) über die mögliche Förderung der ITT Felder und des direkt angrenzenden Blocks 31. Zusätzlich zeugten die Überlegungen, den Vorschlag eines Erdölmoratoriums im YNP einem nationalen Referendum zu unterziehen, um das ecuadorianische Volk darüber abstimmen zu lassen, nicht unbedingt von bedingungsloser Unterstützung seitens des Präsidenten.

Dem Unmut über die zögerliche Unterstützung seitens der internationalen Staatengemeinschaft ließ Correa freien Lauf und betonte des Öfteren, sofort mit der Förderung anzufangen, sollte der geplante Betrag der Kompensationszahlungen nicht zustande kommen (vgl. 6.3). In meinem Gespräch mit Alberto Acosta meint dieser über die Haltung des Präsidenten: „[...] el presidente tiene la cara del diablo y la cara del angel a la vez y permanente da señales de desconfianza“²⁵ (Interview Acosta 2012). KritikerInnen glauben mittlerweile, dass Correa den Vorschlag das Erdöl nicht zu fördern, der ja ursprünglich aus der Zivilgesellschaft beziehungsweise von der AE und dieser Organisation nahestehenden ExpertInnen stammt, für populistische und machterhaltende Zwecke benutzte und diese Doppelstrategie bewusst gewählt wurde. Das bestätigt indirekt auch Acosta wenn er meint „el [Correa] es muy inteligente, el entiende lo que significa la iniciativa, todo el potencial, y le gusta que aplaudan a nivel internacional“²⁶ (Interview Acosta 2012).

Nachdem schon deutlich wurde, dass die Aufrechterhaltung des vorherrschenden Wirtschaftsmodells für die ecuadorianische Regierung essentiell ist, kann angenommen werden, dass die finanziellen Einnahmen, sei es durch die Förderung des Öls oder durch die Kompensationszahlungen, von großer Bedeutung für die Regierung sind.

²⁵ “Der Präsident trägt abwechselnd das Gesicht des Teufels und das Gesicht des Engels und gibt dauernd Zeichen des Misstrauens“ (Übersetzung des Autors)

²⁶ “Er (Correa) ist sehr intelligent, er weiß genau, was die Initiative bedeutet, weiß um ihr enormes Potential und es gefällt ihm, wenn sie auf internationaler Ebene dafür applaudieren“ (Übersetzung des Autors)

Acosta, als ehemaliger Bergbauminister an der Seite Correas, geht auch davon aus, dass für den Präsidenten die finanzielle Dimension der Initiative dominiert. Neben dieser geht es vor allem auch um die Sicherung der WählerInnenstimmen. Acosta sieht dies vor allem in der Tatsache, dass Correa die Initiative nach außen hin, vor allem auf internationaler Ebene (vor der UN-Generalversammlung 2007, auf der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009), bewirbt, um Aufmerksamkeit zu bekommen. Auf nationaler Ebene zeigt er jedoch ganz offen, dass er hauptsächlich am Geld, also den Kompensationszahlungen, interessiert sei, um es dem ecuadorianischen Volk, den potentiellen WählerInnen, zukommen zu lassen²⁷.

Die wechselnde und zögerliche Positionierung des Präsidenten und die fast erpresserisch wirkende Rhetorik („Ihr zahlt oder wir fördern!“) gegenüber der internationalen Gemeinschaft nach dem Klimagipfel in Kopenhagen hat die Aussage Acostas in Bezug auf die Präferenzen von Correa untermauert. Es hat sich also die Annahme bestätigt, dass die Regierung und vor allem der Präsident primär an der Sicherstellung der finanziellen Einnahmen und nicht an der Erhaltung der Biodiversität und am Schutz der indigenen Bevölkerung im YNP interessiert sind. Dabei scheint es dem Präsidenten gleichgültig zu sein, ob diese Einnahmen aus den Beiträgen der YII oder aus dem Export des Erdöls aus den ITT-Feldern stammen.

7.1.2 Ministerien

Nachdem die Position des Präsidenten erläutert wurde, wird kurz auf die beteiligten Ministerien der Regierung Correas eingegangen. Das Ministerium für nicht erneuerbare natürliche Ressourcen ist für eine Förderung des Öls unter den ITT-Feldern. Es besteht eine enge Verflechtung zwischen diesem Ministerium und der Erdölindustrie, wie auch die Funktion des zuständigen Ministers Wilson Pastor-Morris als ehemaliger Geschäftsführer von Petroamazonas, der Tochterfirma der staatlichen Petroecuador, verdeutlicht. Ein weiteres Indiz für diese Verflechtung ist die geplante Förderung im Block 31, der an den ITT-Block angrenzt und ebenso im YNP liegt. Bei dieser Frage gehen der Minister und die neue Führungsperson von Petroamazonas, Oswaldo Madrid, Hand in Hand und weisen die Kritik aus den Reihen der Umweltbewegung, dass sich die Aktivitäten im Block 31 früher oder später auch auf die angrenzenden Blöcke ausweiten werden, vehement zurück.

²⁷ „[Correa],„habla de la iniciativa sobretodo afuera para conseguir votos y a dentro demuestra que lo interesa es el dinero para atender la demanda del pueblo“ (Interview Acosta 2012)

Die Argumentation von Madrid ist, dass die geplante Extraktion im Block 31 schon seit vielen Jahren vorbereitet wird, und dass die ITT-Felder eine „ökologisch viel sensiblere Zone“²⁸ wäre. Auch der ehemalige Geschäftsführer von Petroecuador, Carlos Pareja, versuchte alles in seiner Macht stehende zu tun, um eine Entscheidung über die Erdölförderung im ITT-Block zu beschleunigen und begann im Sommer 2007 Verhandlungen mit anderen staatlichen Erdölunternehmen (PDVSA, Sinopec, Petrobras) zu führen. Er lieferte sich einen Schlagabtausch mit dem damaligen Minister für Energie und Bergbau Alberto Acosta, der sich strikt gegen eine Ausbeutung des Blocks positionierte (Rival 2012: 162).

Das zweite Ministerium, das untersucht wurde, ist das Umweltministerium, welches auch offiziell für das Management im YNP verantwortlich ist. Meinen Recherchen zufolge gibt es keine offizielle Positionierung dieses Ministeriums zum Vorschlag der Nicht-Förderung im YNP, auch wenn in einem veröffentlichten Artikel von „in Angriff genommenen Herausforderungen, wie der YII oder dem Programm Socio Bosque“ die Rede ist²⁹. Auf der Website des Ministeriums unter „Programme und Projekte“ wird jedoch lediglich das Programm „Socio Bosque“ angeführt, nicht aber der Vorschlag oder die YII selbst. „Socio Bosque“ ist das Vorzeigeprojekt des Umweltministeriums, wo es um den Schutz von Wäldern nach einer merkantilistischen Logik geht, wie es auch beim Klimaschutzinstrument REDD („Reducing Emissions from Deforestation and Degradation“)³⁰ der Fall ist. BäuerInnen und indigene Gemeinschaften bekommen ökonomische Anreize für die Erhaltung der Wälder. Es geht dabei also um eine „Finanzialisierung der Natur“ (vgl. Tricarico/Löschmann 2012) in großem Stile und eine Auslagerung staatlicher Aufgabenbereiche auf private Akteure. Die erfolgreiche Implementierung dieses Projekts ist für das Ministerium von großer Bedeutung und sicherlich auch ein Grund, warum wenig Interesse an der Förderung der YII besteht³¹.

²⁸Madrid zitiert nach SELVA - Vida sin fronteras;
in: <http://selvavidasinfronteras.wordpress.com/2012/01/12/yasuni-itt-ultimas-noticias/>

²⁹ [...]en los últimos años ha asumido importantes desafíos como es la iniciativa Yasuni ITT y el Programa Socio Bosque [...](Santillán Salas 2011).

³⁰REDD ist ein Programm der Vereinten Nationen, das durch ein ökonomisches Anreizsystem den Schutz von Wäldern sichern soll. Der Erhalt von Waldflächen ist auch in den internationalen Emissionshandel eingebunden.

³¹„el ministerio del Medio Ambiente no se interesa el tema del ITT. No es un tema por el el Ministerio del Medio Ambiente. Nunca fue. [...]el ministerio no entiende el tema. El unico proyecto importante para el ministerio del Medio Ambiente es el socio bosque.“ (Interview Acosta 2012)

Der ehemalige Außenminister Fander Falconí, der 2010 aufgrund der heftigen Kritik Correas an den laufenden Verhandlungen der Initiative zurücktrat, war von Anfang an für den Vorschlag eines Erdölmoratoriums im YNP und unterstützte diesen auch während seiner gesamten Zeit als Minister.

Der Regierung und Präsident Correa kann zusammengefasst ein fehlender Wille auf politischer Ebene, diese Initiative umzusetzen, unterstellt werden. Die Gründe dafür sind sehr verschieden. Einerseits ist der Druck seitens der gesamten Erdölindustrie und nationaler Eliten ein sicher nicht zu unterschätzender Faktor, andererseits aber auch die „despotische Rolle“ Correas mit dem Ziel des Machterhalts. Der neueste Stand der Dinge ist, dass Correa 21 neue Lizenzen für die Erdölförderung vergeben will und bereits im November 2012 einige Verträge unterzeichnet hat. Gerade als diese Zeilen geschrieben werden, wird bekannt, dass Correa eine Fläche von vier Millionen Hektar im Amazonas für die Erdölförderung freigeben will und bereits eine Delegation auf Weltreise geschickt hat, um diese Flächen ausländischen InvestorInnen anzubieten. Darunter ist auch das Gebiet Sani Isla, das sich teilweise im YNP befindet und Lebensraum eines Kichwa-Stammes ist. Der Stamm hat kollektiv beschlossen keinerlei Erdölaktivitäten auf ihrem Territorium zuzustimmen und es mit allen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, zu verteidigen (vgl. Watts 2013).

Auf der Ebene der Ministerien sind keine eindeutigen Zeichen für die Durchsetzung der YII zu erkennen, was Rival (2012: 162) auch mit einem „lack of clarity around responsibilities and remits between the various ministries involved“ begründet.

7.2 Erdölindustrie

Neben der Regierung ist die Erdölindustrie mit Sicherheit die mächtigste Akteurin in der Debatte um die Nicht-Förderung des Erdöls der ITT-Felder. Durch die enorme Verflechtung verschiedenster Interessen in diesem Sektor ist es sehr schwer diese auch getrennt zu analysieren. In der Beschreibung wird der Fokus hauptsächlich auf die staatlichen Erdölunternehmen, die an einer Förderung im YNP interessiert sind beziehungsweise dies bereits durchführen, gelegt, aber auch die privaten transnationalen Konzerne miteinbezogen. Die Aufgabe eines Ölunternehmens ist es natürlich Gewinne mit der Förderung von Erdöl zu erzielen. Im Sinne des Konzepts des AI wäre dieses Streben nach Gewinnmaximierung eine subjektive Präferenz oder das handlungsleitende Interesse des Unternehmens.

Die größte Handlungsressource ist die enorme Summe an finanziellen Mitteln, die diesem Akteur aufgrund von Investitionen und den Verträgen mit Staaten, aber auch anderen Unternehmen, zur Verfügung stehen. Aber nicht nur die finanzielle Ausstattung macht die Erdölindustrie zu einem mächtigen Player, sondern auch ihre Struktur. Es handelt sich hauptsächlich um TNUs, sei es in der Erdölbranche selber oder im Infrastrukturbereich, der für den Bau von Straßen, Pipelines, Installationen auf den Ölfeldern und vielem mehr verantwortlich ist. Wichtig zu erwähnen ist auch die Rolle nationaler und privater Erdölunternehmen in der Region, wo das schwarze Gold aus dem Boden geholt werden soll. In vielen abgelegenen Provinzen mit großen Erdölvorkommen ersetzen diese Unternehmen die Funktion staatlicher Institutionen (Crabtree und Crabtree-Condor 2012: 47). Sie versorgen die lokale Bevölkerung mit Infrastruktur, bauen Schulen und Krankenhäuser, sie ermöglichen einem Großteil der meist armen ruralen Bevölkerung zumindest einen befristeten Arbeitsplatz und immer öfter werden auch finanzielle Beiträge für die Gemeinde oder für einzelne Familien angeboten. Das „Fehlen“ des Staates führt zu einer immer größer werdenden Abhängigkeit von der Erdölindustrie, die in Folge auch das enorme Machtpotential dieses Akteurs ausmacht. Anthony und Denise Bebbington (2010: 13) meinen dazu, dass diese Unternehmen so mächtig sind, dass nicht nur die Beziehung zwischen ihnen und den Gemeinden, sondern auch zwischen den Unternehmen und der Regierung asymmetrisch ist.

Eine große Rolle spielt das staatliche Unternehmen Petroecuador, der Nachfolger der 1972 gegründeten staatlichen CEPE. Das Unternehmen ist in drei Filialen unterteilt, die die verschiedenen Aufgaben übernehmen. *Petroproducción* ist zuständig für die Exploration und die Extraktion des Erdöls, *Petrocomercial* für den Transport des Rohöls und der Derivate und *Petroindustrial* für die Verarbeitung und Vermarktung der Produkte (Petroecuador 2010: 31f.). Derzeit ist es in den Gebieten Libertador, Shushufindi, Pucuna, Auca y Lago Agrio und in den Blöcken 1 und 11 tätig (Petroecuador 2010: 56). Die Aktivitäten im Amazonasgebiet führt die ebenso staatliche *Petroamazonas* durch, die beispielsweise auch für die Blöcke 7,15,18,21 zuständig sind und die Entwicklung des Blocks 31 planen³². Die Verbindung zwischen Regierung und dem staatlichen Unternehmen ist sehr eng, da dieses Einnahmen aus der Erdölproduktion direkt an den Staat weiterleitet, die die Grundlage für die sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung darstellen.

³²vgl. <http://www.petroamazonas.ec/en/la-institucion/quienes-somos> [19.01.2013]

Diese Verflechtung mit der Regierung und einigen Ministerien besteht vor allem in der Strukturierung des Unternehmens, die einen maximalen Profit aus den Erdölaktivitäten als Regierungseinnahmen sicherstellt, die neben den Sozialausgaben auch in das Staatsunternehmen reinvestiert werden (Rival 2012: 163). Der Umstand, dass es sich bei Petroecuador um ein staatliches Unternehmen handelt, sollte immer mitbedacht werden, denn auch bei autonomen Entscheidungsprozessen ist in letzter Instanz der ecuadorianische Staat für die Aktivitäten verantwortlich.

Die Erdölindustrie mit all ihren AkteurInnen ist natürlich an einer Förderung des Erdöls der ITT-Felder interessiert und positioniert sich in der Debatte gegen den Vorschlag das Erdöl im Boden zu belassen. Für die an einer Förderung der ITT-Felder beteiligten Akteure würde eine Nicht-Förderung der Verlust vieler mit dem Erdöl verbundener Geschäfte, vieler Arbeitsplätze und auch vieler direkter Einnahmen aus dem Export bedeuten. Acosta formuliert diesen ausschließlichen Fokus auf die Förderung, Weiterverarbeitung Vermarktung von Erdöl etwas radikaler. Er meint, dass diese Industrie ihre Einstellung zur Erdölproduktion, auch wenn es sich um Aktivitäten in einem höchst sensiblen Gebiet handelt, nicht verändern wird, da ihre Vorstellungen von der Welt an den Grenzen ihrer technischen Einrichtungen für die Erdölförderung enden und nicht darüber hinaus reichen³³. Dies muss sicher auch im Hinblick auf die identitätsstiftende Wirkung des Erdöls, wie unter Kapitel 4.7, beschrieben, gesehen werden. Vor allem die ArbeiterInnen in der Erdölindustrie verbinden Erdöl mit Nation und Heimat und diese dürfen nicht mit dem Ausverkauf des Öls an private, ausländische Interessen verraten werden.

Klar ist aber auch, dass Petroecuador oder Petroamazonas die Vorkommen der ITT-Felder nicht alleine ausbeuten könnte, sondern Allianzen mit anderen staatlichen oder privaten Unternehmen nötig wären. Die staatliche chinesische Sinopec hat bereits ihr Interesse bekundet, aber auch die brasilianische Staatsfirma Petrobras, die ja ursprünglich mit den Explorationen im Block 31 begonnen hatte. Beide besitzen bereits mehrere Konzessionen von Blöcken im ecuadorianischen Amazonasgebiet. Sowohl Petroecuador als auch Sinopec haben Pläne für die Förderung des Erdöls im ITT-Gebiet vorgelegt. Beide schlagen vor in Form von joint ventures zu arbeiten und beide sind für eine umfangreiche Erkundung des Gebiets und seiner Erdölvorkommen.

³³ “el mundo del petroleo no entiende su realidad más alla de los margenes físicos de sus instalaciones. Para un petrolero el mundo es su refinería, para un petrolero el mundo es su torre de perforación, para un petrolero el mundo es el patio de despacho de combustibles y el resto no existe.” (Interview Acosta 2012)

Das chinesische Unternehmen möchte zusätzlich seismische Untersuchungen in diesem Gebiet durchführen.

Dies verdeutlicht das zunehmende Interesse Chinas an den fossilen Ressourcen Lateinamerikas und erklärt die zunehmende Präsenz dieses Players in der Region. Während Petroecuador für die Förderung im ITT-Gebiet 130 Bohrlöcher plant, geht Sinopec von der Notwendigkeit von 214 Bohrlöchern aus (Oilwatch 2007: 17). Eine Kooperation von Seiten Petroecuadors ist vor allem Hinblick auf das sehr schwere Öl der ITT-Felder (vgl. Kapitel 4.3) nötig, da dieses mit einem API von 15° ein sehr zähflüssiges Öl ist und die technischen Mittel des ecuadorianischen Staatsunternehmens, vor allem für den Transport, nicht ausreichen würden. Zusätzlich sind beide verfügbaren Pipelines SOTE und OCP nicht in der Lage das ITT-Öl zu transportieren ohne es mit anderem Öl zu mischen oder die technische Leistung der Pumpen zu erhöhen. Beides ist von Petroecuador alleine nicht zu bewerkstelligen (Valdivia 2008: 471). Dieser Umstand verdeutlicht die enge Verflechtung von staatlichen, aber auch privaten Interessen in der Erdölindustrie, auch wenn von einem verstaatlichten Erdölsektor die Rede ist. Petroecuador ist also eindeutig für eine Ausbeutung der ITT-Felder. Für Rival (2012: 166) liegt das auch daran, dass das Staatsunternehmen zu wenig in die Verhandlungen um die YII eingebunden wurde und nicht genügend von seiner Rolle, die es in einer zukünftigen „Post-Erdöl-Ökonomie“ spielen könnte, überzeugt wurde.

Offiziell unterstützt auch die OPEC die Initiative, was in einer Resolution bei einer Konferenz 2008 in Wien – und auch bei einigen späteren Treffen – folgendermaßen formuliert wurde:

The Conference welcomed the Yasuni-ITT Initiative presented by Ecuador and expressed its interest and support, considering that this proposal is consistent with the energy and environment-protection objectives established at the Third Summit of OPEC Heads of State and Government which took place in Riyadh, Kingdom of Saudi Arabia, on 17 and 18 November 2007 (OPEC 2008).

Jedoch meint Acosta, dass Ecuador sich zu wenig bemüht hätte, um eine weitreichende Unterstützung seitens der OPEC zu erreichen und dass ein stärkerer Rückhalt möglich gewesen wäre³⁴. In einem Bericht der OPEC im Jahr 2011 meint der Generalsekretär El Badri, dass OPEC die Initiative zwar unterstützt, jedes Mitgliedsland aber selbst entscheiden müsse, ob und in welcher Form es in die Initiative investiert (OPEC nach El Badri 2011a: 10).

³⁴ „Sí defiende (la iniciativa), pero no hubo suficiente capacidad ecuatoriana para conseguir el respaldo. Porque yo creo que si el Ecuador se comprometía mucho, conseguía un respaldo. Un mayor respaldo de la OPEP.” (Interview Acosta 2012).

Dies ist auch das letzte offizielle Dokument in dem die Initiative erwähnt wird, was zur Annahme veranlasst, dass der Vorschlag von Seiten der OPEC, möglicherweise aufgrund der Turbulenzen und der Unentschlossenheit der Regierung nach dem Klimagipfel in Kopenhagen, nicht mehr die volle Unterstützung genießt.

7.3 Umweltpolitische-NROs

Nun kommen wir zu einem ebenso strategisch relevanten Akteur, der jedoch im Gegensatz zu den beiden oben beschriebenen nicht genügend Handlungsressourcen besitzt, um seine Position leicht durchzusetzen. Der institutionelle Einfluss bei umweltpolitischen NROs ist sehr groß und es bestimmen vor allem Präferenzen und Interessen das Handeln dieses Akteurs. Diese Interessen sind, wie der Ansatz des AI beschreibt, auch institutionell geprägt und ordnen die Präferenzen des Akteurs. Im Falle einer Umweltschutzorganisation steht an oberster Stelle sicher der Schutz der Umwelt – ein wirtschaftliches Wachstum, das rein auf der Ausbeutung der Natur geschieht, wozu auch der Extraktivismus gehört, wird klar abgelehnt werden. Die umweltpolitische Bewegung in Lateinamerika generell ist tief in den lokalen Gemeinden und auch in der indigenen Bewegung verwurzelt und ist Ausdruck des Widerstandes gegen eine kapitalistische Naturaneignung (Escobar 1999: 5). Vor allem in Bezug auf Ecuador mit den zahlreichen Gemeinden, die gegen die Erdölförderung auf ihrem Gebiet Widerstand leisten, ist das eine wichtige Anmerkung.

Die Hauptakteure, die im Zusammenhang mit der YII analysiert werden sollen, sind das Netzwerk „Oilwatch“ und die 1986 gegründete ecuadorianische NRO „Acción Ecológica“³⁵, die ein Teil dieses Netzwerkes ist und vor allem deren Vorsitzende Esperanza Martinez, die, wie schon erwähnt, maßgeblich für die Entstehung eines Erdölmoratoriums im Amazonas und in weiterer Folge des Vorschlags das Erdöl im YNP im Boden zu belassen, verantwortlich ist. Die Idee eines Erdölmoratoriums und ihrer konkreten Umsetzung stammt neben vielen anderen UnterstützerInnen vor allem aus den Reihen von AE und Esperanza Martinez³⁶. Die Aktivitäten von AE konzentrieren sich hauptsächlich auf Kampagnenarbeit, direkte Aktion, die Zusammenarbeit mit lokalen Gemeinden und Kommunikation auf internationaler Ebene (Fontaine 2007: 235).

³⁵ AE und Oilwatch fasse ich, wie schon erwähnt, als homogen agierenden Akteur

³⁶Im Jahr 2000 wurde das Buch „El Ecuador post petrolero“ vorgestellt.

Ein Ergebnis ihrer Arbeit ist beispielweise die 1989 ins Leben gerufene Kampagne „*Amazonía por la vida*“, die auf die Problematik der Zerstörung des Regenwaldes durch Erdölaktivitäten aufmerksam machen soll, wie AE auf ihrer Website schreibt³⁷. Im Rahmen dieser Kampagne wird unter dem Titel „*Yasuní depende de ti*“³⁸ auch für die YII mobilisiert. Einerseits wird sehr viel Informations- und Aufklärungsarbeit, vorwiegend in Ecuador selbst, in Form von Workshops an Schulen geleistet und andererseits wird auch auf internationaler Ebene bei diversen Konferenzen und Treffen zur Unterstützung des Vorschlags aufgerufen. Die Mobilisierungsanstrengungen von AE und anderen Umwelt- NROs wie die „Fundación Pachamama“ auf nationaler Ebene scheinen Früchte zu tragen, denn rund 70% der Menschen in Ecuador, die die Initiative kennen, unterstützen diese auch (Interview Acosta 2012). Dies bestätigt auch eine Umfrage Anfang September 2011, die in den Städten Quito und Guayaquil durchgeführt wurde. Laut dem Institut „Perfiles de Opinión“ (2011: 2) kennen rund 63% der Befragten die Initiative und davon sind rund 84% dafür und 14% dagegen.

Die Position von AE, Oilwatch und auch anderen ökologischen Organisationen liegt auf der Hand: Eine Förderung des Erdöls im YNP und den ITT Feldern darf nicht in Frage kommen. Im Fall von AE gibt es jedoch auch Vorbehalte und Kritik an der derzeitigen Form der YII. Vor allem in der Einbindung der Garantie-Zertifikate in den CO2-Emissionshandel sieht AE ein großes Risiko. Die Organisation legt ihre Position dazu in einem allgemein zugänglichen Dokument offen und schreibt: „[...] those of us who support the campaign to leave oil underground as a path towards a post-petroleum civilization are radically opposed to the carbon market, voluntary or otherwise“ (vgl. Oilwatch 2008).

“Die ursprüngliche Initiative war eine Kritik am Handel mit CO2-Emissionen“, sagt Esperanza Martinez in einem Interview im New Internationalist und übt auch Kritik am Kyoto-Protokoll³⁹, das den enormen CO2-Ausstoß der meisten Industrieländer nicht in Frage stellt, sondern diesen durch den Handel mit Emissionen sogar noch vermehrt (McAvoy nach Martinez 2011). Ihrer Ansicht nach steht jedweder Handel mit CO2-Emissionen – ob nach den Prinzipien des Kyoto Protokolls oder freiwillig – dem Vorschlag das Erdöl im Boden zu lassen diametral entgegen, da solche Märkte nicht dafür entwickelt wurden und auch nicht funktionieren würden, wenn keine fossilen Ressourcen mehr gefördert werden würden (vgl.

³⁷ <http://www.accionecologica.org/petroleo>

³⁸ „Yasuní braucht dich“ (Übersetzung Autor), <http://www.sosyasuni.org>

³⁹ Das Protokoll wurde 1997 in Kyoto von der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen geschaffen und verpflichtet die Industrienationen zu einer Reduzierung der Treibhausgase.

Oilwatch 2008). Für Martinez müssen die Zahlungen in den Fonds der Initiative unbedingt von Zahlungen im Rahmen des Emissionshandels oder von REDD getrennt werden, da sie hauptsächlich für Investitionen in Großprojekte verwendet werden würden, die das extraktivistische Modell aufrechterhalten (vgl. Martinez o.J.).

Die Kampagnen und Mobilisierungsstrategien laufen hauptsächlich über zwei Diskurselemente: die enorme Biodiversität und den Schutz der indigenen Bevölkerung in der Region. Cristina Espinosa (2012) von der Universität Freiburg führte eine Diskursanalyse über die Debatte zur Yasuní-ITT-Initiative durch und kam zu dem Schluss, dass umweltpolitische Organisationen und MenschenrechtsaktivistInnen den Diskurs vorwiegend auf der Basis von „*moralization*“ (Moralisierung) führen und Erdölaktivitäten als Auslöser für die Zerstörung von Natur und Kultur sehen und damit an die Moral der Menschen appellieren. Espinosa sieht die oben erwähnte Kampagne „*Yasuní depende de ti*“ als bestes Beispiel dafür, da sie direkt die LeserInnen anspricht und verdeutlicht, dass alles von deren Engagement, „den artenreichsten Ort der Erde und Heimat der letzten freien Völker“ zu schützen, abhängt (Espinosa 2012: 17). Ein weiteres Indiz für das Plädieren an das Individuum ist die Aufforderung *yasunízate!* (übersetzt: *yasunísier dich!*). Das Verb *yasunizar* wurde übernommen und wird nicht mehr nur in Verbindung mit der YII verwendet, sondern meint allgemein die Umwelt zu schützen und zu erhalten, vor allem in Regionen mit hoher biologischer und kultureller Vielfalt, die von Auswirkungen auf die natürliche Umgebung besonders bedroht sind. Es bedeutet darüber hinaus aber auch eine Kritik am wachstumsorientierten Wirtschaftsmodell und an der Abhängigkeit vom Erdöl⁴⁰. Der Vizepräsident von Ecuador, Lenin Moreno, hat sogar vorgeschlagen das Wort in das Wörterbuch der „Academia de la Lengua Española“ aufzunehmen (El Universo 2010).

In letzter Zeit nahmen die Spannungen und Konflikte zwischen der Regierung und den Umweltorganisationen zu, was sich in der aggressiven Rhetorik des Präsidenten Correa widerspiegelt. Immer wieder zielen seine scharfen Worte auf die „infantile Linke“ und „erpresserischen Öko-AktivistInnen“ ab (vgl. Correa 2007). Das Ganze gipfelte 2009 dann in der vorübergehenden Entziehung des legalen Status von AE, da diese indigene Massenproteste und Blockaden offiziell unterstützte (vgl. Denvir 2009).

⁴⁰<http://www.yasunizate.org/>

Zusammenfassend kann man also die Annahme bestätigen, dass die Umwelt-NROs durch ihre Öffentlichkeitsarbeit und diversen Kampagnen versuchen, den Vorschlag des Erdölmoratoriums im YNP bekannter zu machen und dafür zu mobilisieren.

Da dieser Akteur maßgeblich an der Ausarbeitung der Idee eines Erdölmoratoriums im Amazonas beteiligt war ist er natürlich dafür das Erdöl im YNP im Boden zu lassen. Jedoch hat sich in der Analyse gezeigt, dass vor allem AE, eine große umweltpolitische und am meisten in die Initiative involvierte Organisation in Ecuador sich gegen eine Umsetzung der derzeitigen Ausgestaltung der Initiative ausspricht.

Kritik gilt vor allem der geplanten Einbindung in den CO²-Emissionshandel, da dieser keine Reduzierung des Verbrauchs zum Ziel hat, sondern im Gegenteil die größten Schadstoffemittenten durch Zertifikate noch mehr verbrauchen lässt.

7.4 Indigene Bevölkerung

Von einem Erfolg oder Scheitern der YII wohl am meisten direkt betroffen ist die indigene Bevölkerung Ecuadors, die mit einem Anteil von rund 35% an der Gesamtbevölkerung relativ hoch ist. Wie schon bei der Operationalisierung des AI und GAF beschrieben liegt die institutionelle Verankerung dieses Akteurs vor allem in den Verbänden und offiziellen Vertretungen der Bewegungen. Dazu gehören vor allem der Dachverband der indigenen Bevölkerung Ecuadors CONAIE oder die CONFENIAE, die Vertretung der indigenen Völker im ecuadorianischen Amazonasgebiet und auch die linksgerichtete indigene Partei Pachakutik. Die offiziellen Positionen und Stellungnahmen erfolgen meist über diese Institutionen.

Wie schon unter Kapitel 3.3 beschrieben spielen im Zusammenhang mit der indigenen Bevölkerung auch die Verfassungen (von 1998 und 2008) und andere Abkommen, wie die Konvention 169 der ILO und da vor allem die freie, frühzeitige und informierte Konsultation (vgl. 4.6.1) eine wichtige Rolle. Diese Konsultation ist auch unter Punkt 7 des Artikels 57 zu den kollektiven Rechten in der Verfassung von 2008, sowie in Artikel 84 der alten Verfassung, vorgeschrieben (vgl. Asamblea Nacional 2008: 41 und Political Database of the Americas 1998). Wie schon aus den Fallbeispielen (vgl. Kapitel 4.6.2) hervorgeht, wird diese Konsultation meist gar nicht oder nur sehr mangelhaft durchgeführt. In einem offenen Brief an die Regierung kritisiert das Volk der Sarayaku das Vorgehen der Behörden und sieht die freie, frühzeitige und informierte Konsultation in ihrem Fall als nicht erfüllt an, da die

Verhandlungen über eine Erdölförderung bereits abgeschlossen sind (nicht frühzeitig), da sich die Regierungsbeamten teilweise mit Gewalt Zutritt verschaffen (nicht frei) und da nie ausreichend über die negativen Auswirkungen der Erdölförderung gesprochen wurde (nicht informiert). „Die Konsultation beschränkt sich nur auf das Anbieten von Geld und Prunk“, heißt es in dem Brief (Gualinga 2010: 1f.).

Wie schon bei der Regierung spielt auch bei diesem Akteur der Verfassungsartikel 407 eine wichtige Rolle. Nach diesem wäre die YII gar nicht notwendig, da im ITT-Block, als Teil des YNP und der „zona intangible“ ohnehin kein Erdöl gefördert werden dürfte. Außer es liegt im nationalen Interesse, dann stimmt das Parlament oder das Volk darüber ab.

Ebenso wird in der Verfassung (Artikel 57) formuliert, dass in Territorien von Völkern, die in freiwilliger Isolation leben, keinerlei extraktive Aktivitäten durchgeführt werden dürfen (vgl. Asamblea Nacional 2008). Da es sich bei der indigenen Bevölkerung im YNP um zwei solcher freiwillig isolierten Völker (Tagaeri und Taromenane) handelt, würde eine Förderung der ITT-Felder und des Blocks 31 gegen die Verfassung verstoßen und vermutlich auch eine Klage beim IACHR nach sich ziehen. Darauf beruft sich auch der Vorsitzende der indigenen Partei Pachakutik, Cléver Jiménez, der gegen den Präsidenten Correa aufgrund einer Verletzung der Verfassung rechtliche Schritte einleiten will (vgl. Ecuadorinmediato 2010).

Ein weiteres wichtiges rechtliches Instrument für die indigene Bevölkerung ist auch das Recht Widerstand zu leisten, das unter Artikel 98 angeführt wird (Asamblea Nacional 2008: 68). Dieses Recht ist vor allem im Hinblick auf die Repression und Kriminalisierung seitens der Regierung entscheidend, da es den betroffenen Gemeinden ermöglicht sich geplanten Erdöl- oder Bergbauaktivitäten auf ihrem Territorium in den Weg zu stellen und diese möglicherweise zu verhindern. Esperanza Martinez sieht dieses Recht als „a new tool to move from denunciation to action“ (Martinez 2009: 5).

In Bezug auf die Präferenzen des Akteurs wird der Natur, oder *Pachamama* wie der Begriff auf Kichwa heißt, eine zentrale Bedeutung beigemessen. Ihr gilt die größte Aufmerksamkeit und ein Leben in Einklang mit ihr hat oberste Priorität. Diese Vorstellung von Natur und dem Umgang mit ihr findet unter anderem auch in der Kosmologie des Buen Vivir oder *Sumak Kawsay*, also des „guten Lebens“, ihre Verankerung. Daraus ergeben sich unter anderem die Forderungen der indigenen Bevölkerung, zusammengefasst in einer Deklaration des Bündnisses der Kichwa-Völker (ECUARUNARI).

Im Zusammenhang mit der Implementierung des Sumak Kawsay in der Verfassung fordern sie eine Agrarreform, eine Entprivatisierung des Wassers, den Bergbau zu stoppen und das Erdöl der ITT-Felder nicht zu fördern (vgl. ECUARUNARI 2011: 2). Weiter fordert die CONAIE in einem Papier von 2012 einen Stopp für die Ausweitung der Erdölgrenze, die Selbstbestimmung der freien Völker, die Umsetzung der von der IACHR geforderten Schutzmaßnahmen, den Stopp für Aktivitäten im Block 31 und eine Garantie für die Nichtausbeutung der ITT-Felder (vgl. Charupi 2012: 1). Die Befürwortung des Erdöls im YNP im Boden zu belassen scheint eindeutig, jedoch äußert auch die indigene Bewegung ihre Bedenken über die konkrete Ausgestaltung der YII. Der Treuhandfonds der Initiative müsse in Einklang mit den kollektiven Rechten und der Natur stehen und dürfe nicht als Verkauf von ökologischen Dienstleistungen gesehen werden⁴¹. Wie auch AE und Oilwatch kritisiert die CONAIE ebenso die Ausgestaltung der Initiative nach Vorbild des REDD-Programms. In einem Brief an den Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban-Ki Moon kritisiert Humberto Cholango, Präsident der CONAIE, den REDD-Mechanismus und sieht darin eine Gefahr für die indigene Bevölkerung und ihre Territorien und für das Gleichgewicht der Mutter Erde⁴². Das Hauptargument gegen REDD ist, dass die kollektiven Landrechte der indigenen Bevölkerung mit der Unterzeichnung von REDD-Verträgen verpfändet werden. Ähnlich wie die Erdölunternehmen versuchen VerfechterInnen von REDD die Gemeinden davon zu überzeugen, ihr Land für REDD-Projekte zur Verfügung zu stellen (Lang 2012: 122).

Kritisiert werden nicht nur die derzeitige Form, sondern auch die kaum vorhandenen Partizipationsmöglichkeiten für die indigene Bevölkerung bei der Entwicklung und Umsetzung der Initiative. Gestützt wird diese Kritik durch das in der neuen Verfassung von 2008 in Artikel 95 verankerte Recht auf „Partizipation der BürgerInnen bei allen Angelegenheiten des öffentlichen Interesses [...]“ (Asamblea Nacional 2008: 67). Anfangs wurde der Vorschlag nur zwischen dem ecuadorianischen Staat und internationalen Akteuren diskutiert. Carlos Larrea, einer der führenden Köpfe bei der Entwicklung des Vorschlags begründet dies mit der Tatsache, dass es zu Beginn des Vorschlags vorwiegend um technische

⁴¹ „[...] así mismo el movimiento indígena analiza con cautela y objetividad esta iniciativa, pues considera que el fidecomiso debe ser negociado en el marco del respeto a los derechos colectivos y de la naturaleza; y no como venta de servicios ambientales (CONAIE 2010a: 2).

⁴² vgl. Brief der CONAIE an UN-Generalsekretär Ban-Ki Moon unter:
<http://www.aininoticias.org/2011/07/%C2%A1no-dejemos-que-la-redd-del-mercado-atrape-a-la-madre-naturaleza/> [11.02.2013]

und politische Abkommen innerhalb der Regierung ging und der Vorschlag zu dieser Zeit noch nicht ausgereift war (Larrea zitiert nach Arsel und Angel 2012: 217).

Sigrid Vasconez von der Umweltorganisation „Grupo Faro“ sieht genau in der fehlenden Mitsprache der Zivilgesellschaft eine Ironie, da der Vorschlag ja ursprünglich von indigenen und umweltpolitischen Organisationen entwickelt wurde. Vasconez meint, dass sich der Staat den Vorschlag angeeignet und zu seiner Strategie gemacht hat (Vasconez zitiert nach Arsel und Angel 2012: 217 f.). Diese Aneignung durch den Staatsapparat veranschaulicht die asymmetrische Machtbeziehung zwischen diesem und Bewegungen aus der Zivilgesellschaft sehr deutlich. Unter den verschiedenen Organisationen und Bewegungen herrscht jedoch ein hohes Maß an Kooperation und so haben diverse indigene Völker und Bewegungen, umweltpolitische Organisationen, lokale und regionale Autoritäten und Intellektuelle aus Ecuador, aber auch aus anderen Teilen der Welt eine „Grundsatzerklärung zur Verteidigung des Yasuní“ verabschiedet. Unter anderem wird darin gefordert, dass kein neues Bohrloch mehr im Nationalpark entsteht, dass die Konvention 169 der ILO eingehalten wird und dass bei jeder Verhandlung über den YNP die Partizipation von RepräsentantInnen der indigenen Bevölkerung, der lokalen Regierungen und anderen Organisationen des Amazonasgebiets gewährleistet ist⁴³. Weitere Forderungen gibt es vom Volk der Waorani, die bereits viele Jahre vor der ecuadorianischen Regierung die Idee des Erdölmoratoriums im YNP hatten und unter dem Namen „Iniciativa Yasuní-ITT Kawimeno“ formulierten. Sie fordern hauptsächlich auch Mitsprache und Teilnahme in der technischen Kommission der offiziellen Initiative, den Schutz ihrer Stammesangehörigen, der Tagaeri und Taromenane, und die Einrichtung eines eigenen Entwicklungsfonds für das Volk der Waorani (CONAIE 2010b: 2). Nach der Präsidentenwahl im Februar 2013 machte Humberto Cholango, Vorsitzender der CONAIE eine Presseaussendung, in der er Rafael Correa zum erneuten Wahlsieg gratulierte, jedoch auch explizit die Umsetzung des Sumak Kawsay/Buen Vivir, der Agrarreform, des Wassergesetzes und auch die Nichtförderung der ITT-Felder im YNP forderte (Cholango 2013).

An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass nicht alle Personen und Gruppen, die der indigenen Bevölkerung angehören, sich gänzlich gegen die Erdölförderung aussprechen. Viel mehr „[ist] das Verhältnis zu den Erdölunternehmen [...] ein zentraler Streitpunkt zwischen und in den indigenen Organisationen“ (Feldt 2008: 44).

⁴³vgl. „Manifiesto nacional por la defensa del Yasuní“, in: <http://www.amazoniaporlavida.org/es/Otras-Cartas-de-Apoyo-a-la-Propuesta/manifiesto-nacional-por-la-defensa-del-yasuni-declaracion-del-coca.html>

Die Anthropologin und Kennerin indigener Bewegungen Ecuadors Laura Rival meint, dass die indigene Bevölkerung teilweise sehr pragmatisch ist und sie zwar über die Folgen der Erdölförderung Bescheid wisse, jedoch das angebotene Geld dringend benötigt und darin einen Ausweg aus ihrer Armut sieht. Rival nennt dies, angelehnt an Joan Martinez-Alier (vgl. 1991), „the ecology of the poor“⁴⁴.

In Bezug auf die YII gehen die Meinungen ebenso auseinander. Viele kennen den Vorschlag gar nicht und andere wiederum kennen ihn zwar, sind jedoch wie schon erwähnt, eher pragmatisch und mehr an der Befriedigung unmittelbarer Bedürfnisse, wie der Ernährungssicherung der Familie, interessiert (vgl. McAvoy 2012).

Die Position der indigenen Bevölkerung in Bezug auf den Vorschlag das Erdöl nicht zu fördern ist also eine heterogene. Die institutionalisierten Vertretungen, wie die CONAIE oder die CONFENIAE sprechen sich, wie anfangs angenommen, klar gegen jegliche Erdölaktivitäten im YNP aus. Die von einer Erdölförderung im ITT-Gebiet direkt betroffenen Völker Tagaeri und Taromenane haben durch ihre freiwillige Isolation keine offizielle Position, aber aufgrund ihrer Verweigerung von Kontakt mit jeglicher Zivilisation ist anzunehmen, dass sie alle Eingriffe in ihren Lebensraum ablehnen. Es gibt innerhalb dieses Akteurs aber auch Stimmen, die sich für eine Erdölförderung aussprechen. Ein Umstand, der durch die starke Präsenz der Erdölindustrie in den vom Staat vernachlässigten Regionen, verursacht wird. Und auch die Sozialprogramme, die das Leben vieler indigener Gemeinden verbessern, treiben einen Keil zwischen die Basis und die politische Vertretung der indigenen Bevölkerung und ihre Einstellung zur Regierung (Lander 2012: 88f.).

Um jedoch eine differenziertere und genauere Analyse der verschiedenen Positionen innerhalb der indigenen Bevölkerung Ecuadors zu machen ist eine intensive Feldforschung vor Ort nötig.

7.5 Internationale Gemeinschaft

Ein sekundärer, aber wichtiger Akteur im Hinblick auf die YII ist die internationale Gemeinschaft. Diese wird ja mit dem Vorschlag von Präsident Correa direkt angesprochen und soll den Großteil der 3,5 Milliarden USD in Form von Kompensationszahlungen

⁴⁴ „They (indigenous people) are more pragmatic in fact. There are no identity ideologies attached with positioning on the oil industry as there is for the mestizo population. A lot of indigenous people have told me: ‘I know it’s dirty, I know it pollutes and I know I will die of cancer but I still need the money.’ So, if you want, that’s a kind of political ecology of the poor” (Interview Rival 2012).

bereitstellen. Als der Vorschlag 2007 publik gemacht wurde, haben sich sofort einige Geberländer, wie Deutschland, Spanien oder Italien bereiterklärt einen Beitrag zu leisten.

Im Fall von Deutschland haben im Juni 2008 alle Fraktionen geschlossen einen Antrag im Bundestag eingebracht, mit dem von der Bundesregierung eine Unterstützung der Initiative und eine finanzielle Beteiligung gefordert wird (vgl. Deutscher Bundestag 2008).

Mit den Bundestagswahlen 2009 wurde dann Dirk Niebel von der FDP neuer Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dessen Ministerium auch für die Angelegenheiten rund um die YII zuständig ist. Niebel äußerte Bedenken über eine langfristige Garantie des Moratoriums und über die Art der Finanzierung. Seine Argumentation ist rein betriebswirtschaftlich und er schlägt Alternativen vor, die sich an Programmen wie REDD oder am „Socio Bosque“ Programm des ecuadorianischen Umweltministeriums orientieren und die die Inwertsetzung von Natur und „Umweltdienstleistungen“ beinhalten (vgl. World Rainforest Movement 2010: 21f. und Lang 2012: 118). In einem Artikel in einer deutschen Tageszeitung schreibt Niebel:

„Ich teile die Ziele der ecuadorianischen Regierung, aber ich teile ausdrücklich nicht das angestrebte Instrument. [...] Deshalb schaffe ich ganz bewusst keinen Präzedenzfall, der in immer neuen Forderungen mündet, finanzielle Mittel zum Unterlassen von Umweltschädigungen bereitzustellen. [...] Wir haben der ecuadorianischen Regierung deshalb vorgeschlagen, den Rahmendes bestehenden REDD-Engagements in Ecuador auf die Region Yasuní auszudehnen“ (Niebel 2011).

Diese Handlungsorientierung (Scharpf 2000: 110) ist institutionell geprägt und muss vor dem Hintergrund seiner Verankerung in der wirtschaftsliberalen „Freien Demokratischen Partei Deutschlands“ (FDP) verstanden werden. Auch Alberto Acosta sieht in Niebel einen Gegner der Initiative und meint, dass seine Präferenz verständlich ist, da Niebel ein Kaufmann ist und nach einer merkantilistischen, nicht nach einer staatlichen Logik handelt⁴⁵. Ähnlich beschreibt dies Miriam Lang, die in REDD eine Logik zur Merkantilisierung der Natur sieht und Niebel als FDP-Technokraten beschreibt, der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) nur als Wirtschaftsförderung und Erweiterung der Märkte für Deutschland versteht (Lang 2012: 120).

Die anderen Parteien halten an ihrer Unterstützung fest und mittlerweile wurden von der deutschen Bundesregierung 47 Millionen USD zugesagt, die jedoch nicht für den Treuhandfonds der Initiative, sondern für diverse andere Projekte, wie „Socio Bosque“, im

⁴⁵ „Dirk Niebel está totalmente contra, pero es entendible. Dirk Niebel es un ‘Kaufmann’, es un mercader. No ve el mundo con una logica d’estadista” (Interview Acosta 2012).

Amazonasgebiet und für den Schwerpunkt Umwelt- und Ressourcenschutz der deutschen EZA für Ecuador verwendet werden sollen (Acosta 2012: 107; Lang 2012: 123).

Neben Deutschland war Italien einer der ersten Staaten, der seine Unterstützung für die YII angekündigt hat. Wie im Falle Deutschlands wird aber auch Italien nicht direkt in den Fonds einzahlen, sondern einen Beitrag von 50 Millionen USD in Form einer Entschuldung leisten. Kritik daran gibt es, da diese Entschuldung auch sogenannte illegitime Schulden⁴⁶ beinhaltet (Acosta 2012: 107).

Andere Länder Europas beteiligen sich auch in verschiedensten Formen, so soll sich auch Norwegen mit rund 46 Millionen USD, aus einem Projekttopf für den Schutz vor Entwaldung tropischer Wälder, beteiligen (vgl. Oilwatch 2008b). Auch Belgien will die Initiative unterstützen, fordert jedoch eine außenstehende Kommission, die die Initiative leiten, deren Arbeit beurteilen und falls die Ziele nicht erreicht werden, die Finanzierung unterbrechen soll (vgl. Diario Hoy 2012). Ivonne Baki, die neue Präsidentin der Kommission zur YII, hat 2011 eine Liste mit Beiträgen von rund 116 Millionen USD vorgelegt, davon sind jedoch nur 2,5 % effektive Zahlungen. Generell waren viele europäische Länder anfangs begeistert von dem Vorschlag, als es jedoch um konkrete Zusagen ging ruderten die meisten wieder zurück. Baki meint „the global economic crisis is part of the problem and in Europe things are worse [...]“ (OPEC nach Baki 2011b: 37).

Ein bedeutender nichteuropäischer Geber ist auch Chile, das bereits im September 2010 rund 100 000 USD in den Treuhandfonds der Vereinten Nationen eingezahlt hat und damit der erste Unterstützer aus Südamerika war.

Über eine Beteiligung von Regierungen anderer großer Geberländer, wie den Vereinigten Staaten von Amerika (USA), Großbritannien oder Frankreich konnten keine Informationen gefunden werden. Jedoch liegen laut dem neuesten Bericht über die individuellen Beiträge

⁴⁶ Unter diese Kategorie fallen zum Beispiel:

- Kredite, die bereits mehrfach zurückgezahlt wurden,
- Schulden, die ohne demokratische Zustimmung zustande gekommen sind,
- Gelder, die aufgrund von Korruption versickert sind,
- Kredite, die im Rahmen der SAPs von IWF und Weltbank die Schulden vergrößert haben, die jedoch den Schuldnern keine Chance bieten, die Institutionen zur Verantwortung zu ziehen,
- Historische und ökologische Schulden (Ambrose 2005: 276 ff.).

gelistet nach Ländern, das Vereinigte Königreich und die USA mit großem Abstand vor den restlichen Ländern (vgl. UNDP 2013).

Generell bekundete die internationale Gemeinschaft von Anfang an reges Interesse an dem Vorschlag das Erdöl nicht zu fördern und so einen Beitrag zum globalen Klimaschutz zu leisten. Durch die vielen Änderungen und Unsicherheiten seitens der ecuadorianischen Regierung, stieg jedoch auch das Misstrauen vieler Länder, die ihre Zusagen wieder revidierten. Ebenso wird zunehmend auf andere Finanzierungsformen als den Treuhandfonds gesetzt und Zahlungen in die bilaterale EZA integriert. Auch die internationale Finanzkrise und die damit verbundenen Sparmaßnahmen vieler europäischer Regierungen dürfte für die Beteiligung der Geberländer eine Rolle spielen. KritikerInnen meinen hingegen, dass die ecuadorianische Regierung die Finanzierung und somit die Verantwortung für das Zustandekommen der YII nicht auf andere Staaten abwälzen kann. Die Erdölförderung der ITT-Felder wäre ohnehin rechtlich illegal, da die Region als Biosphärenreservat mit der „unberührbaren Zone“ und die dort lebenden indigenen Völker laut Verfassung geschützt werden müssen (vgl. Moscoso Álvarez 2012). Diese Perspektive auf die YII nehmen wohl auch viele potentielle Geberländer ein und sie beeinflusst möglicherweise deren Bereitschaft einen Beitrag zu leisten.

7.6 Fazit der Analyse

Aus dieser Analyse ergeben sich vor allem konfliktreiche, sprich nicht-kooperative, aber auch kooperative Akteurkonstellationen (vgl. Mayntz/Scharpf 1995: 60 f.). Die meisten Konflikte stehen in Verbindung mit dem Einflussbereich des Staates bzw. der Regierung. So schreibt Rival (2012: 157) in ihrer Analyse, dass „the Ecuadorian state and its contradictory policies have led to serious tensions between groups of actors at various scales“.

Ein Konflikt herrscht zwischen der Regierung – die jedoch auch keine homogene Position vertritt – auf der einen Seite und zivilgesellschaftlichen, umweltpolitischen Organisationen und indigenen Bewegungen auf der anderen Seite.

Wie schon in der Analyse herausgearbeitet versucht der Staat sich die YII, die aus der Zivilgesellschaft kommt, anzueignen und nutzt dafür alle ihm zu Verfügung stehenden Handlungsressourcen. Sei es die Repression durch das Militär gegenüber der indigenen Bevölkerung, die ihr Territorium verteidigen und schützen wollen, sei es die Kriminalisierung des Protests gegen extraktive Aktivitäten oder die „diskursive sowie physische Gewalt“

(Bebbington 2012b: 221) gegen den Großteil indigener und sozialer Bewegungen oder Umweltschutz-AktivistInnen. Eine wichtige Rolle bei der Aneignung der Initiative spielt Präsident Rafael Correa, der mit dem Vorschlag vor allem auf internationaler Ebene punkten will, jedoch an einer konkreten Umsetzung nicht allzu sehr interessiert ist. Arsel und Angel (2012: 221) sprechen hier von einer „Kolonisierung“ der Rolle der Zivilgesellschaft und die Einnahme ihres Platzes seitens des Staates im gesellschaftlichen Raum. Diese Aneignung durch den Staat spiegelt sich auch in der Kritik zivilgesellschaftlicher und indigener Organisationen, die mangelnde Partizipations- und Mitsprachemöglichkeiten bei der Entwicklung der Initiative beklagen, wider. Carlos Larrea fasst diesen Konflikt, aufgrund der institutionellen Überlegenheit (Handlungsressource) des Staates, in folgendem Zitat präzise zusammen:

Once the policy is defined as the state's – because according to the constitution and the Ecuadorian laws the only one that can take decisions about the extraction of oil is the state – the only one that has the political ability to promote or not the initiative is the state (Larrea zitiert nach Arsel und Angel 2012: 222).

Der Konflikt zwischen den indigenen Bewegungen und der Regierung ist aber auch noch anders geprägt. Ein weiterer Konfliktgrund ist, dass sich gültige gesetzliche Richtlinien gegenseitig aufheben und überlagern. Diese „contradictory legislation has resulted in the fragmentation of the Yasuní National Park into an intricate patchwork of extractive concessions, protected areas and indigenous territories“ (Rival 2012: 166).

Ein anderer Konflikt ist zwischen der Erdölindustrie und der indigenen Bevölkerung, die direkt von den Folgen der Erdölförderung betroffen ist, auszumachen. Aufgrund der langen Präsenz, vorwiegend privater ausländischer Unternehmen, die oft verheerende soziale und ökologische Schäden in einigen Regionen Ecuadors verursachten, ist der Widerstand gegen diese groß.

Viele indigene Gemeinschaften sind aber von der Präsenz und der damit einhergehenden Versorgung durch die Erdölindustrie abhängig und so wird mit diversen, meist ökonomischen Anreizen, ihre Zustimmung quasi erkaufte. Bebbington (2012b: 219) behauptet, dass diese Abhängigkeit durch die Abwesenheit des Staates, der eigentliche Grund für Konflikte sei.

Jedoch schlossen sich in der Vergangenheit immer mehr Bewegungen und Gemeinden dem wachsenden Widerstand gegen extraktivistische Aktivitäten, sei es die Erdölförderung oder der Bergbau, an. Seit dem Amtsantritt von Correa gewannen die staatlichen Erdölunternehmen, die in „joint ventures“ mit privaten Konzernen zusammenarbeiten, wieder

an Bedeutung und so ergibt sich eine weitere Konfliktlinie zwischen dem Staat und der indigenen Bevölkerung. Besonders die meist gar nicht oder nur mangelhaft durchgeführten Konsultationsverfahren und die Nichtbeachtung elementarer Verfassungsrechte in Bezug auf den Schutz und der Partizipation der indigenen Bevölkerung stoßen auf scharfe Kritik nicht nur von den betroffenen Gruppen selber, sondern auch von anderen umweltpolitischen und sozialen Bewegungen Ecuadors. Diese mobilisieren gegen geplante, kritische Aktivitäten seitens der Erdölindustrie und arbeiten oft eng mit indigenen Organisationen zusammen, um gemeinsam ihre meist ähnlichen Forderungen zu artikulieren.

Ebenso gibt es auch kooperative Akteurkonstellationen, wie beispielsweise zwischen der indigenen Bevölkerung und den Umweltorganisationen, deren gemeinsames Ziel die Nichtförderung des Erdöls generell und im Speziellen der ITT-Felder ist. Dies wird auch anhand einiger in der Analyse erwähnter Deklarationen und Positionspapiere deutlich, in denen sich eine zivilgesellschaftliche Allianz (Umwelt-NROs, indigene Bewegung, Intellektuelle) für den Vorschlag das Erdöl im Boden zu lassen und nicht zu fördern, ausspricht.

Eine weitere kooperative Konstellation bilden die Regierung und die Erdölindustrie. Eine enge Verflechtung besteht nicht nur aufgrund der Re-Nationalisierung der Erdölproduktion und der Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen den staatlichen und privaten Konzernen. Diese Konstellation ist vor allem von einer enormen gegenseitigen Abhängigkeit der Akteure geprägt. Die Erdölindustrie ist abhängig von den vom Staat geschaffenen Rahmenbedingungen, die eine Erdölförderung und -produktion erleichtern oder erschweren. Zu diesen Rahmenbedingungen gehören neben Gesetzen und Richtlinien auch der Umgang mit Widerstand und Protest. Für die Unternehmen ist es von großer Bedeutung wie sehr es ihnen der Staat ermöglicht oder erschwert Investitionen zu tätigen, Untersuchungen und Tests auf Erdölfeldern durchzuführen und zu welchem Grad die Exekutive das Vorgehen der Konzerne schützt und Widerstand abwehrt. Umgekehrt ist die Regierung von Correa aber sowohl von den erwirtschafteten Einkommen der staatlichen Unternehmen, als auch von den getätigten Investitionen und Steuerabgaben privater Erdölunternehmen abhängig. Diese benötigt die Regierung, wie schon öfters erwähnt wurde, für die Ausgaben in den Bereichen Soziales, Bildung und Gesundheit und damit indirekt für die Sicherung von WählerInnenstimmen. Aber die Renten aus der Erdölproduktion sind nicht nur für die Umverteilungspolitiken nötig, sondern generell essentiell für die Wirtschaft Ecuadors, die ja fast ausschließlich auf den Export von Rohstoffen ausgerichtet ist.

Mit der derzeitigen Einbindung in den Weltmarkt über Ressourcen bleibt die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen also aufrecht und die geplante Diversifizierung der ökonomischen Strukturen und der Umstieg auf erneuerbare Energien eine Utopie.

Zur verwendeten Methodologie ist zu erwähnen, dass diese für die zu bearbeitende Problemstellung sehr nützlich und zielführend war. Der Ansatz des AI bietet einen guten Forschungsansatz wenn es um die Beschreibung verschiedener Akteure, Positionen, Handlungen innerhalb eines bestimmten Problemfeldes geht. Sein Potential liegt vor allem in seiner flexiblen Anwendung auf verschiedenste Bereiche. Er ist eine sinnvolle Erweiterung zur politikwissenschaftlichen Spieltheorie (vgl. Behnke 2012, Scharpf 1997, McCarty/Meirowitz 2007). Er gibt einen lockeren Erklärungsrahmen vor und das vorhandene Wissen über die Akteure wird mit Hilfe des Ansatzes strukturiert und zueinander in Bezug gesetzt. In dieser Arbeit wurde vorwiegend auf die institutionelle Verankerung der Akteure Bezug genommen und die damit einhergehende Ausstattung mit unterschiedlichen Handlungsressourcen skizziert. Verschiedene Akteure besitzen verschiedene Handlungsressourcen, die zu einem großen Teil deren Position in der Akteurkonstellation bestimmen. In der vorliegenden Analyse hat sich gezeigt, dass diese institutionellen Rahmenbedingungen einen enormen Einfluss auf die Akteure und ihre Positionen haben. Ergänzt wurde der AI mit einem weiteren Governance-Ansatz, nämlich dem GAF. Der GAF erlaubt eine sehr genaue Beschreibung eines Untersuchungsfeldes. Mit seiner Hilfe können die Problemfelder, die beteiligten Akteure und die eingeschriebenen Prozesse identifiziert werden. Durch die Operationalisierung des GAF werden die vorgeschlagenen theoretischen Kategorien anwendbar und konkret. Natürlich haben diese beiden methodologischen Ansätze auch ihre Schwächen. Vor allem ihr Verständnis von Governance als rein staatliche Steuerung kann dazu führen, dass bestimmte Dimensionen außer Acht gelassen werden.

Auch die Konstituierung der Akteure durch bestimmte, historisch gewachsene gesellschaftliche Verhältnisse wird dabei ein wenig außer Acht gelassen.

Um diese Verhältnisse genauer zu analysieren, wäre jedoch intensive Feldforschung vor Ort nötig. In der vorliegenden Arbeit wurde versucht dieses Defizit mit der Kategorie des Extraktivismus zu kompensieren.

8. Conclusio

Ziel dieser Arbeit war es die verschiedenen Akteure, die vom Vorschlag das Erdöl im YNP im Boden zu belassen und nicht zu fördern direkt oder indirekt betroffen sind zu beschreiben und ihre Positionen zu analysieren.

Dazu wurde zu allererst der Begriff Extraktivismus erklärt und als spezifische Entwicklungsweise identifiziert, die sich in verschiedenen historischen Phasen unterschiedlich ausgeprägt hat. Ebenso wurde auf die aktuelle Debatte um Extraktivismus, die vor allem in Lateinamerika intensiv geführt wird, eingegangen und verschiedene Positionen und Interpretationen dargestellt. Dieses Kapitel stellt den analytischen Rahmen dar, in den ich die vorliegende Forschung einbette bzw. die Brille mit der ich die Problemstellung betrachte. Dabei hat sich gezeigt, dass sich das extraktivistische Entwicklungsmodell in Lateinamerika historisch entwickelt hat und ein dominantes Akkumulationsmodell darstellt. Seit der kolonialen Expansion Europas ist Lateinamerika als Rohstofflieferant der kapitalistischen Zentrumsökonomien, in die Weltwirtschaft eingebunden. Charakterisiert wird diese subalterne Stellung in der internationalen Arbeitsteilung durch eine starke Abhängigkeit von den Rohstoffpreisen und ausländischem Kapital, eine wenig diversifizierte Produktionsstruktur und das Vorherrschen von klientelistischen Strukturen in diesen Ökonomien. Dies sind konstante Faktoren des Extraktivismus, auch wenn er sich in verschiedenen historischen unterschiedlich entwickelt hat. Auch die aktuelle Form, der Neo-Extraktivismus, stellt in seinen Grundmerkmalen eine Kontinuität zu den Formen des klassischen Extraktivismus dar. Ein Unterschied ist jedoch die Aneignung der Rohstoffrente, die größtenteils vom Staat absorbiert und für Investitionen im Sozialbereich verwendet wird. Diese Einnahmen sind für die progressiven Regierungen von strategischer Relevanz, da es indirekt viele WählerInnenstimmen sichert und das ressourcenbasierte Entwicklungsmodell legitimiert. Dies führt wiederum dazu, dass der Extraktivismus forciert und auf neue Bereiche ausgeweitet werden muss (vgl. Bergbau-Boom in vielen Ländern Lateinamerikas). Diese Ausweitung geht mit der Entstehung neuer sozialer und ökologischer Konflikte in den betroffenen Regionen einher, wie anhand des TIPNIS-Konflikts in Bolivien, den geplanten Erdölförderungen im ecuadorianischen Amazonasgebiet oder die Landnutzungskonflikte in Argentinien verdeutlicht wurde.

Um das extraktivistische Entwicklungsmodell Ecuadors zu skizzieren, wurde anhand von Merkmalen einer erdölbasierten Ökonomie die Bedeutung dieses Rohstoffes für Ecuador erläutert. In diesem Kapitel wurde auch die Struktur und historische Entwicklung des Erdölsektors in Ecuador und die Dominanz von vorwiegend ausländischen Erdölunternehmen, beschrieben. Die hohe Abhängigkeit von dieser Ressource schlägt sich auch in den Statistiken nieder und unterstreicht seine strategische Bedeutung, sowohl auf wirtschaftlicher, als auch auf politischer Ebene. Neben der ökonomischen und politischen Bedeutung hat Erdöl für einige Bevölkerungsgruppen Ecuadors eine enorme identitätsstiftende Funktion. Vor allem für die ArbeiterInnen in der Erdölindustrie hat der Rohstoff eine tiefere Bedeutung als nur die eines Exportguts. Er ist Ausdruck nationaler Souveränität und ein Gut, das die gesellschaftlichen Verhältnisse in Ecuador und die in dieser Arbeit analysierten Akteure und deren Positionen formt. Es hat sich also gezeigt, dass das extraktivistische Modell Ecuadors einen Einfluss auf die Positionen der Akteure und somit auch auf das Zustandekommen des Vorschlags, das Erdöl im YNP nicht zu fördern, hat.

Die Positionen der Akteure werden aber nicht nur vom vorherrschenden Entwicklungsmodell beeinflusst, sondern auch von den institutionellen Rahmenbedingungen, innerhalb derer ein Akteur agiert. Um auf diese ermöglichenden oder begrenzenden Rahmenbedingungen bei der Positionierung der Akteure hinzuweisen, wurde für diese Arbeit das methodologische Konzept des AI gewählt. Dieses wurde mit dem GAF erweitert, da dessen zentrale Analyseinstrumente eine noch bessere Operationalisierbarkeit für die Akteursanalyse ermöglichen.

Im Hauptteil dieser Arbeit wurden die Akteure identifiziert und deren Positionen rund um ein Erdölmoratorium im YNP und die YII analysiert. Ich habe mich hier auf einige, meiner Ansicht nach wichtige Akteure konzentriert, die für den Erfolg oder das Scheitern dieses Vorschlags wesentlich mitverantwortlich sind. Diese sind zum einen der ecuadorianische Staat allgemein und im Speziellen die Regierung unter Rafael Correa, deren Ministerien, die Erdölindustrie und hier vor allem das staatliche Unternehmen Petroecuador, umweltpolitische NROs, die indigene Bevölkerung Ecuadors und die internationale Staatengemeinschaft, an die der Vorschlag hauptsächlich gerichtet ist. Natürlich gibt es große Unterschiede zwischen den Akteuren und auch in Bezug auf deren Potential den Vorschlag zu beeinflussen oder gar durchzusetzen, was sich in deren Handlungsressourcen, die ein Teil der institutionellen

Rahmenbedingungen sind, widerspiegelt. So konnte auch, wie der GAF vorschlägt, eine Reihung in strategisch sehr relevante und weniger relevante Akteure vorgenommen werden.

Der mächtigste und einflussreichste Akteur in Bezug auf die Durchsetzung des Vorschlags bzw. der Initiative ist die ecuadorianische Regierung. Sie könnte den Vorschlag auch alleine auf nationaler Ebene durchsetzen und die Erdölvorkommen der ITT-Felder nicht ausbeuten. Auch wenn von ihrer Seite argumentiert wird, dass die internationale Gemeinschaft durch ihre finanzielle Beteiligung bestimmt, ob das Erdöl gefördert wird oder nicht. Eine klare und glaubwürdige Positionierung der Regierung gegen eine Erdölförderung würde sowohl ein stärkeres Engagement der internationalen Gemeinschaft zur Folge haben, als auch die YII an sich stärken. Stattdessen spiegelt sich vor allem in der Position des Präsidenten immer wieder der Unwille den Vorschlag bedingungslos zu unterstützen wider. In der Einleitung dieser Forschung wurde angenommen, dass die Regierung vorwiegend an den monetären Aspekten des Vorschlags interessiert ist, sei es durch Option A (Erdöl nicht ausbeuten mit finanzieller Kompensation) oder Option B (Erdöl fördern). Das große Interesse an einer Erdölförderung seitens der Regierung hat sich anhand des unter Kapitel 7 analysierten empirischen Materials bestätigt und verdichtet sich in den konflikthafter Beziehungen mit der indigenen Bevölkerung und zivilgesellschaftlicher Organisationen des Landes. Es wird also deutlich, dass die Regierung das extraktivistische Entwicklungsmodell fast um jeden Preis aufrecht erhalten und teilweise ausweiten will um die Staatseinnahmen zu sichern, die für die Sozialpolitiken und in weiterer Folge für den Erhalt von WählerInnenstimmen essentiell sind. Durch die rhetorische aber auch praktische Kriminalisierung von indigenen und sozialen Bewegungen, insbesondere UmweltschutzaktivistInnen, wird diese Annahme weiter untermauert. Diese zentralisierten Staatseinnahmen sind für die Generierung politischen Kapitals natürlich weit attraktiver, als jene aus der Besteuerung der Bevölkerung, wie sie KritikerInnen des extraktivistischen Entwicklungsmodells vorschlagen.

Neben dem Präsidenten wurden auch das Umweltministerium und das Ministerium für nicht erneuerbare natürliche Ressourcen untersucht und es hat sich gezeigt, dass sich diese kaum für die YII interessieren und deshalb auch keine Unterstützung von ihrerseits vorhanden ist. Die fehlende eindeutige Unterstützung des Präsidenten setzt sich also auch in diesen Ministerien fort.

Die Erdölindustrie ist neben der Regierung auch ein strategische sehr relevanter Akteur. Vor allem ihre transnationale Verflechtung, die finanziellen Ressourcen und die Substituierung staatlicher Aufgaben machen sie zu einem mächtigen Player im Energiegeschäft.

Lange Zeit dominierten in Ecuador ausländische Erdölunternehmen, die außer einigen Regierungsadministrationen und nationalen Eliten, dem Großteil der Bevölkerung nicht sehr dienlich waren. Sie verursachten schwere ökologische Schäden, verfestigten klientelistische Strukturen und indirekt auch das extraktivistische Entwicklungsmodell. Dieses ist, wie in Kapitel 4 gezeigt, meist durch politische Instabilität und dem Fehlen demokratischer Institutionen gekennzeichnet. So auch in Ecuador.

Seit dem Regierungswechsel von 2007 spielen die staatlichen Erdölunternehmen wieder eine stärkere Rolle und so wurde in der Analyse vor allem der öffentliche Konzern Petroecuador berücksichtigt. Dieser ist bei fast allen Erdölförderungen im Land beteiligt und so auch bei einer möglichen Förderung der ITT-Felder im YNP. Petroecuador spricht sich klar für eine Ausbeutung dieser Vorkommen aus, was sicher vor dem Hintergrund der engen Verbindung zwischen der Regierung und dem Unternehmen gesehen werden muss. Eine – auch in personeller Hinsicht – enge Verflechtung zwischen Petroecuador und dem Ministerium für nicht erneuerbare natürliche Ressourcen hat sich in der Analyse herauskristallisiert. Das Petroecuador bzw. die Erdölindustrie allgemein für eine Förderung der Vorkommen sind, liegt jedoch in ihrer Natur. Für sie zählt hauptsächlich, dass genügend Erdöl produziert wird und dass die Quellen nicht versiegen und neue Felder erschlossen werden. Jedoch könnte beispielsweise Petroecuador bei einer energetischen Diversifizierung in Richtung mehr erneuerbare Energieträger eine sicherlich veränderte, aber bedeutende Rolle einnehmen.

Der Vorschlag für ein Erdölmoratorium im Amazonasgebiet allgemein stammt ursprünglich aus der Zivilgesellschaft und eine besondere Rolle nimmt dabei die Organisation „Acción Ecológica“ ein, die mit ihrer Arbeit eine breite Öffentlichkeit erreichen konnten und eine beispiellose Kampagne für den Schutz des YNP in Gang setzten. Sie schafften es große Teile der Bevölkerung über die YII zu informieren und für eine Unterstützung dieser zu mobilisieren. Ebenso beteiligt an der Debatte die indigene Bevölkerung und ihre institutionalisierte Vertretung (CONAIE, CONFENIAE, etc.). Viele indigene Gemeinden sind von den Aktivitäten extraktiver Industrien direkt betroffen und die Mehrheit dieser sprechen sich auch gegen eine Erdölförderung in ihrem Lebensraum aus. Was die YII betrifft wurden in dieser Arbeit vorwiegend die offiziellen Stellungnahmen der Verbände und Vertretungen analysiert, da die betroffenen indigenen Stämme der Tagaeri und Taromenane in freiwilliger Isolation leben. In diesen Stellungnahmen wird eine Förderung der Erdölvorkommen im YNP gänzlich abgelehnt. Dieser Akteur beruft sich vor allem auf rechtliche Normen, wie die Konvention 169 der ILO, mit der vorgeschriebenen freien, frühzeitigen und informierten

Konsultation oder einige Artikel in der Verfassung, die ihm Partizipations- und Widerstandsrechte zusichern und eine Extraktion natürlicher Ressourcen in Schutzgebieten rechtlich ausschließen. Den Diskurs dieses Akteurs beeinflusst auch das historische Urteil gegen den Erdölkonzern Chevron-Texaco, die zu hohen Strafzahlungen, aufgrund der über Jahrzehnte verursachten ökologischen Schäden in Ecuador, verpflichtet wurden.

Beide zivilgesellschaftlichen Akteure, sowohl die Umwelt-NROs, als auch die institutionalisierte Vertretung der indigenen Bevölkerung, sprechen sich gegen die derzeitige Ausgestaltung der YII, mit der Einbindung in den Emissionshandel á la REDD oder CDM, aus.

Die internationale Gemeinschaft stellt sich als zurückhaltend und gespalten heraus, was die finanziellen Unterstützungen der YII betrifft. Nach anfänglicher Begeisterung ruderten die meisten Regierungen wieder zurück, vor allem die europäischen, die seit 2008 von einer Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen sind. Die symbolisch bedeutende Unterstützung Deutschlands fiel einem politischen Wechsel im Land zum Opfer und hat eindeutig zu einer Schwächung der Initiative beigetragen.

Die Debatte um den Vorschlag das Erdöl im YNP nicht auszubeuten ist also von verschiedensten Akteuren und deren Positionen geprägt. Daraus ergeben sich Konflikte und auch Kooperationen zwischen den Akteuren. Dies ist aber keine Besonderheit des Vorschlags bzw. der YII, sondern spiegelt die sehr verschiedenen Interessen im Feld der Erdölpolitik im Speziellen und im extraktivistischen Sektor im Allgemeinen wider. Die extraktivistische Entwicklungsweise, in all seinen historischen Ausprägungen, hat diese Interessen geformt und wird sie auch noch in Zukunft formen. In Ecuador hat diese Entwicklungsweise eine lange Geschichte, die mit dem Abbau von Edelmetallen und Kautschuk begonnen hat, mit der Entdeckung der ersten Erdölvorkommen intensiviert wurde und heute mit dem Abbau von seltenen Erzen und Mineralien dominanter denn je erscheint. Die Erkenntnisse dieser Arbeit zeigen, dass mit dem Regierungswechsel von Rafael Correa die erhofften und propagierten Transformationen in Richtung eines post-extraktivistischen Wirtschaftsmodells nicht wahrscheinlicher sind als unter seinen Vorgängern. Die zusätzlichen Einnahmen, die durch die Ausweitung der Erdölproduktion und der Intensivierung des Bergbaus in Ecuador stammen, werden nun zwar nicht mehr, wie früher hauptsächlich zwischen ausländischen Unternehmen, korrupten Beamten und der nationalen Elite aufgeteilt, sondern kommen nun auch vermehrt der ärmeren Bevölkerung zu gute.

Es scheint als wäre die post-neoliberale Entwicklungsstrategie von Correa mehr ein politisches Projekt, als eine ökonomische Neuausrichtung und vom Präsidenten auch so gewollt. Die von ihm gesetzten Maßnahmen deuten nicht in Richtung einer Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse oder den Produktionsbeziehungen, also einer veränderten politischen Ökonomie als gänzlichen Bruch mit dem Neoliberalismus. Diese Strategie dient Correa vor allem im Hinblick auf den Verbleib an der Macht und seiner Beliebtheit im Land. Wie sich bei den Präsidentschaftswahlen im Februar 2013 gezeigt hat, hat diese Strategie Früchte getragen und Rafael Correa wurde mit einer deutlichen Mehrheit von rund 57% der Stimmen als Präsident von Ecuador im Amt bestätigt. Der Vorschlag die Erdölvorkommen nicht auszubeuten und die YII selber, sind sicherlich innovative Ansätze um ein Bewusstsein für die globale Dimension von nationaler Umwelt- und Ressourcenpolitik zu schaffen. Im konkreten Fall muss die Initiative aber auch eher als politisches, denn als Transformationsprojekt hin zu einer post-extraktivistischen Ökonomie und damit zu einer Post-Erdöl-Ära verstanden werden.

9. Literaturverzeichnis

Acosta, Alberto (2009a): La maldición de la abundancia. Quito: Abya-Yala.

Acosta, Alberto (2009b): Auf der Suche nach dem verlorenen Paradies. Bleibt das Erdöl im Boden des ecuadorianischen Nationalparks Yasuní? Bonn: Evangelischer Entwicklungsdienst (EED).

Acosta, Alberto (2010): Tribulaciones de la Iniciativa Yasuní-ITT. Una lectura desde la economía política. Unveröffentlichtes Manuskript.

Acosta, Alberto (2011): Extractivismo y neoextractivismo: Dos caras de la misma maldición. In: Lang, Miriam; Mokrani, Dunia (Hrsg.): Más Allá del Desarrollo. Quito: Fundación Rosa Luxemburg, Abya Yala: 83-118.

Acosta, Alberto (2012): Hindernisse der Yasuní-ITT Initiative. Eine Interpretation aus der Perspektive der politischen Ökonomie. In: FDCL - Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika – Rosa-Luxemburg-Stiftung [Hrsg.]: Der Neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika, Berlin: FDCL-Verlag, 98-114.

Acosta, Alberto; Gudynas, Eduardo; Martinez, Esperanza; Vogel, Joseph (2009): Dejar el crudo en tierra o la búsqueda del paraíso perdido. Elementos para una propuesta política y económica para la Iniciativa de no explotación del crudo del ITT. In: Polis – Revista de la Universidad Bolivariana, Vol.8, Nr. 23, S.429-252.

Acosta, Alberto; Gudynas, Eduardo [u.a.] (2010): Das Erdöl im Boden lassen oder die Suche nach dem verlorenen Paradies. Politische und ökonomische Aspekte zur Unterstützung der Initiative, das Erdöl im Yasuní Nationalpark nicht zu fördern. In: Feldt, Heidi; Müller-Plantenberg, Clarita (Hg.): Gesellschaftliche Bündnisse zur Rückgewinnung des Naturbezuges. Kassel: Kassel University Press, S. 57-79.

Amazon Watch (o.J.): Chevron's Chernobyl in the Amazon. In: <http://amazonwatch.org/work/chevron> [19.02.2013]

Ambrose, Soren (2005): Social Movements and the Politics of Debt Cancellation. In: Chicago Journal of International Law. Nr. 6/1, 267-285.

Arsel, Murat (2012): Between 'Marx and Markets'? The State, the 'Left Turn' and Nature in Ecuador. In: Tijdschrift voor economische en sociale geografie. Nr. 103 (2), 150-163.

Arsel, Murat; Angel, Natalia Avila (2012): "Stating" Nature's Role in Ecuadorian Development. Civil Society and the Yasuní-ITT Initiative. Journal of Developing Societies Nr. 28 (2), 203-227.

Asamblea Nacional (2008): Constitución del Ecuador 2008. In: http://www.asambleanacional.gov.ec/documentos/constitucion_de_bolsillo.pdf [15.10.2012]

Auswärtiges Amt (2012): Wirtschaft Ecuadors. In: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Ecuador/Wirtschaft_node.html#doc396916b odyText2 [26.09.2012]

Baird, Vanessa (2008): Endgame in the Amazon. In: <http://www.newint.org/features/2008/07/01/yasuni-keynote/> [16.12. 2013]

Banco Central del Ecuador (2011): Estadísticas macroeconomicas. Presentación estructural 2011. In: <http://www.bce.fin.ec/documentos/Estadisticas/SectorReal/Previsiones/IndCoyuntura/EstMacroEstruc2011.pdf> [15.10.2012]

Banco Central del Ecuador (2012a): Estadísticas macroeconomicas. Presentación estructural 2012. In: <http://www.bce.fin.ec/documentos/Estadisticas/SectorReal/Previsiones/IndCoyuntura/EstMacroEstruc2012.pdf> [15.10.2012]

Banco Central del Ecuador (2012b): Información Estadística Mensual, No. 1922, Abril de 2012 In: http://www.portal.bce.fin.ec/vto_bueno/servlet/fin.bce.comercio.seguridad.ConexionCex?pagDestino=/seguridad/frameInfEstMensual.jsp [15.01.2013]

Barry, John; Eckersley Robin (2005): The state and the global ecological crisis. Cambridge: MIT Press.

Bass, Margot S.; Finer, Matt; Jenkins, Clinton N; Kreft, Holger et al (2010): Global Conservation Significance of Ecuador's Yasuní National Park. In: PLoS ONE. Nr. 5 (1), 1-22.

Bebbington, Anthony (2012a): Extractive industries, socio-environmental conflicts and political economic transformations in Andean America. In: Bebbington, Anthony (Hg.): Social conflict, economic development and extractive industry. Evidence from South America. New York: Routledge, 3-26.

Bebbington, Anthony (2012b): Conclusions. In: Bebbington, Anthony (Hg.): Social conflict, economic development and extractive industry. Evidence from South America. New York: Routledge, 214-225.

Bebbington, Anthony; Bebbington, Denise H. (2010): An Andean Avatar. Post-neoliberal and neoliberal strategies for promoting extractive industries. BWPI Working Paper 117. Manchester: BWPI.

Becker, Joachim (2002): Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie. Marburg: Metropolis.

Behnke, Joachim (2012): Entscheidungs- und Spieltheorie. Stuttgart: UTB.

Bonilla, Natalia (2007): Tagaeri and Taromenane peoples. Societies of abundance. In: Martinez, Esperanza; Boedt, Piet (Hg.): Keep oil underground. the only way to fight climate change. Bali: Oilwatch, 26-27.

Brand, Ulrich (2008): „Umwelt“ in der neoliberal-imperialen Politik. Sozial-ökologische Perspektiven demokratischer Gesellschaftspolitik. In: Widerspruch. Nr. 54, 139-148.

Brand, Ulrich (2011): Alternativen zu Entwicklung. In:
<http://www.rosalux.de/news/37436/alternativen-zu-entwicklung.html> [26.12.2012]

Brand, Ulrich, Dietz, Kristina (2013): Extraktivismus als Entwicklungsoption? Zu den Dynamiken und Widersprüchen eines sich aktualisierenden Entwicklungsmodells in Lateinamerika. In: Politische Vierteljahresschrift. Baden Baden: Nomos, unveröffentlichtes Manuskript.

Centre for International Sustainable Development Law (2002): The Principle of Common But Differentiated Responsibilities.Origins and Scope. In:
http://cisdl.org/public/docs/news/brief_common.pdf [22.02.2012]

CEPAL (2011a): División de estadísticas: Base de datos de comercio internacional, BADECEL.In:<http://websie.eclac.cl/infest/ajax/cepalstat.asp?carpeta=publicaciones&idioma=i> [27.09.2012]

CEPAL (2011b):Panorama social de América Latina. Santiago de Chile: CEPAL, Naciones Unidas.

CEPAL (2012): Foreign Direct Investment in Latin America and the Caribbean. Santiago de Chile: CEPAL, United Nations.

Charupi, Seberino (2012): Mandato Plurinacional por el Agua, la Vida y la Dignidad de los Pueblos. In: <http://www.conaie.org/component/content/article/2-secundarias/494-seguimos-en-la-construccion-del-mandato-plurinacional-por-el-agua-la-vida-y-la-dignidad-de-los-pueblos?format=pdf> [25.01.2013]

Cholango, Humberto (2013): CONAIE frente a los resultados electorales del 17 de febrero del 2013. In: <http://mindixenes.org/spip.php?article399> [19.02.2013]

CIDOB (2013): Biografías Líderes Políticos. Rafael Correa Delgado.In:
http://www.cidob.org/documentacion/biografias_lideres_politicos/america_del_sur/ecuador/rafael_correa_delgado [13.02.2013]

Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador(2010a): Parlatino discute políticas públicas para pueblos indígenas sin las organizaciones. In:
<http://www.conaie.org/component/content/article/1-ultimas-noticias/196-parlamento-latinoamericano-discute-politicas-publicas-para-el-pueblo-indigena-sin-la-participacion-del-movimiento-indigena?format=pdf>[25.01.2013]

Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador(2010b): Marlon Santi participó en Asamblea de la Nacionalidad Waorani. In:
<http://www.conaie.org/component/content/article/4-noits4/139-marlon-santi-participo-en-asamblea-de-la-nacionalidad-waorani?format=pdf> [29.01.2013]

Correa, Rafael (2007): Cadena Radial, 2 December. In:
<http://redamazon.wordpress.com/2007/12/05/ecuadorian-president-call-ecologists-terrorists>[14.01.2013]

Crabtree, John; Crabtree-Condor Isabel (2012): The politics of extractive industries in the Central Andes. In: Bebbington, Anthony (Hg.): Social conflict, economic development and extractive industry. Evidence from South America. New York: Routledge, 46-64.

Denvir, Daniel (2009): Ecuadorian government shuts down leading environmental group. In: <http://grist.org/article/ecuadorian-government-shuts-down-leading/> [04.12.2012].

Deutscher Bundestag (2008): Antrag: Vorschlag Ecuadors für den globalen Klima- und Biodiversitätsschutz prüfen und weiterentwickeln – Schutz des Yasuní-Nationalparks durch Kompensationszahlungen für entgangene Einnahmen erreichen. In: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/097/1609758.pdf> [05.11.2012]

Diario Hoy (2012): Bélgica apoya la iniciativa ecológica Yasuní-ITT. In: <http://www.hoy.com.ec/noticias-ecuador/center-belgica-apoya-la-iniciativa-ecologica-yasuni-itt-center-566184.html> [01.02.2013]

Dichtl, Erwin; Issing, Ottmar (1993): Durch Disease. In: Dichtl, Erwin; Issing, Ottmar (Hg.): Vahlens Großes Wirtschaftslexikon. Band 1, 2. Auflage. München: Beck, 480.

Ecuadorinmediato (2010): Pachakutik enjuiciará a Jefe de Estado por etnocidio, genocidio y xenophobia. In: <http://www.amazoniaporlavid.org/es/Noticias/pachakutik-enjuiciara-a-jefe-de-estado-por-etnocidio-genocidio-y-xenofobia.html> [02.03.2013]

ECUARUNARI (2011): Resoluciones Consejo Ampliado ECUARUNARI en Cuenca. In: <http://www.conaie.org/component/content/article/1-ultimas-noticias/341-bases-de-ecuarunari-se-reunen-en-cuenca-para-revisar-una-agenda-de-lucha-y-resistencia?format=pdf> [25.01.2013]

El Telégrafo (2011): Ecuador supera la meta del proyecto Yasuní ITT. In: http://www.telegrafo.com.ec/index.php?option=com_zoo&task=item&item_id=23117&Itemid=2 [17.01.2013]

El Universo (2010): Ecuador quiere 'yasunizar' el medio ambiente. In: <http://www.eluniverso.com/2010/08/21/1/1356/ecuador-quiere-yasunizar-medio-ambiente.html> [25.01.2013]

Escobar, Arturo (1999): After Nature: Steps to an Antiessentialist Political Ecology. In: Current Anthropology. Nr. 40(1), 1-30.

Espinosa, Cristina (2012): The riddle of leaving the oil in the soil - Ecuador's Yasuní-ITT project from a discourse perspective. In: Elsevier Editorial System(tm) for Forest Policy and Economics. <http://dx.doi.org/10.1016/j.forpol.2012.07.012>

Europäische Kommission (2008): The raw materials initiative — meeting our critical needs for growth and jobs in Europe. Brüssel: European Commission. In: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0699:FIN:en:PDF> [03.02.2013]

Feldt, Heidi (2008): Konfliktregelung in der Erdölindustrie am Beispiel der Vorhaben im ecuadorianischen Amazonasgebiet und dem venezolanischen Orinokobecken: Bedingungen, Regeln und Instrumente für die Konfliktregelung zwischen indigenen Völkern, Erdölunternehmen und Staat zur Ressourcennutzung auf indigenen Territorien. Kassel: Kassel University Press.

Fernald, Lia C.; Hidrobo, Melissa L. (2011): Effect of Ecuador's cash transfer program (Bono de Desarrollo Humano) on child development in infants and toddlers: a randomized effectiveness trial. In: Social Science & Medicine. Nr. 72(9), 1437-1446.

Figuerola, Isabela (2006): Indigenous Peoples versus oil companies. Constitutional control within resistance. In: SUR-International Journal of Human Rights. Nr. 4 (3), 51-79.

Finer, Matt; Jenkins, Clinton N.; Pimm, Stuart L.; Keane, Brian; Ross, Carl (2008): Oil and Gas Projects in the Western Amazon: Threats to Wilderness, Biodiversity, and Indigenous Peoples. In: PLoS ONE. Nr. 3 (8), 1-9.

Finer, Matt; Vijay, Varsha; Ponce, Fernando; Jenkins, Clinton N.; Kahn, Ted R. (2009): Ecuador's Yasuní Biosphere Reserve. A brief modern history and conservation challenges. In: Environmental Research Letters. Nr. 4, 1-15.

Finer, Matt; Moncel, Remi; Jenkins, Clinton N. (2010): Leaving the Oil Under the Amazon: Ecuador's Yasuní-ITT Initiative. In: Biotropica. Nr. 42 (1), 63-66.

Fontaine, Guillaume (2003): El precio del petróleo. Conflictos socio-ambientales y gobernabilidad en la Región Amazónica. Quito: FLACSO.

Fontaine, Guillaume (2007): Verde y negro. Ecologismo y conflictos por petróleo en el Ecuador. In: Fontaine, Guillaume; van Vliet, G.; Pasquis, R. (Hg.): Políticas ambientales y gobernabilidad en América Latina. Quito: FLACSO, 223-256.

Fundación para el Debido Proceso Legal (2010): Marco normativo internacional y marcos normativos comparados. In: Fundación para el Debido Proceso Legal (Hg.): El derecho a la consulta de los pueblos indígenas en Perú. Washington, D.C.: DPLF, 1-35.

Galeano, Eduardo H. (1985): Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents von der Entdeckung bis zur Gegenwart (4. Auflage). Wuppertal: Hammer.

Gerin, M.; Siemiatycki, J.; Desy, M. et al. (1998): Associations between several sites of cancer and occupational exposure to benzene, toluene, xylene and styrene: results of a case-control-study in Montreal. In: Am J Ind Med. Nr. 34 (2), 144-156.

Gobierno del Ecuador (2009): Decreto 1572. Prorrogar por un plazo indefinido la vigencia de la iniciativa Yasuní-ITT. In: <http://decretos.cege.gob.ec/decretos/decretos.aspx?id=2007> [03.12.2012]

Görg, Christoph (2004b): Postfordistische Transformation der Naturverhältnisse. In: Beerhorst, Joachim et al. (Hrsg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt am Main: Suhrkamp: 199-226.

Graubner, Maxim (2008): Unabhängiger von USA. Ecuador und Venezuela beginnen Bau einer gemeinsamen Groß-Raffinerie. Kooperation soll auch auf andere Wirtschaftsbereiche ausgeweitet werden. In: <http://amerika21.de/nachrichten/inhalt/2008/jul/unabhaenger-von-usa> [25.09.2012]

Gross, Sandra (2010): Roque Sevilla Resigns from Yasuni-ITT Project. In: Suite 101, 31.01.2010, <http://suite101.com/article/roque-sevilla-resigns-from-yasuni-itt-project-a195722> [02.11.]

Gualinga, José (2012): Segunda carta abierta del pueblo originario Kichwa de Sarayaku al gobierno nacional de Ecuador. In: <http://pachamama.org.ec/wp-content/uploads/2012/10/2da-carta-abierta-de-Sarayaku.pdf> [27.01.2013]

Gudynas, Eduardo (2009): Diez tesis urgentes sobre el nuevo extractivismo. Contextos y demandas bajo el progresismo sudamericano actual. In: Schuldt, Jürgen et al. (Hrsg.): Extractivismo, política y sociedad. Quito: CAAP, CLAES: 187-225.

Gudynas, Eduardo (2011a): Alcances y contenidos de las transiciones al Post-Extractivismo. In: Ecuador Debate. Nr. 82, 61-80.

Gudynas, Eduardo (2011b): Neo-Extraktivismus und Ausgleichsmechanismen der progressiven südamerikanischen Regierungen. In: Kurswechsel. Nr. 3, 69-80.

Gudynas, Eduardo (2012a): Der neue progressive Extraktivismus in Südamerika. In: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika; Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): Der Neue Extraktivismus – Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin: FDCL-Verlag, 46-62.

Gudynas, Eduardo (2012b): Post-Extraktivismus und Transitionen auf dem Weg zu Alternativen zu Entwicklung. In: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika; Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): Der Neue Extraktivismus – Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin: FDCL-Verlag, 144-161.

Hufty, Marc (2011): Investigating Policy Processes. The Governance Analytical Framework (GAF). In: Research for Sustainable Development. Foundations, Experiences, and Perspectives, 403-424.

International Labour Organization (1989): C169 - Indigenous and Tribal Peoples Convention. Convention concerning Indigenous and Tribal Peoples in Independent Countries. Genf: ILO.

Karl, Terry L. (1997): The Paradox of Plenty. Oil Booms and Petro-States. Berkeley: University of California Press.

Kimerling, Judith (2006): Indigenous Peoples and the Oil Frontier in Amazonia. The Case of Ecuador, ChevronTexaco, and Aguinda v. Texaco. In: NYU Journal for International Law and Politics. Vol. 38. Nr. 3, 413-664.

Lambert, Lisa (2000): At the Crossroads of Environment and Human Rights Standards. Aguinda vs. Texaco, Inc. using the Alien Tort Claims Act to hold Multinational Corporate Violators of International Laws accountable in U.S Courts. In: Florida State University Journal of Transnational Law and Policy, 109-132.

- Lander, Edgardo (2012): The State in the Current Processes of Change in Latin America. Complementary and Conflicting Transformation Projects in Heterogeneous Societies. In: Journal für Entwicklungspolitik. Vol. 27. Nr.3, 43-73.
- Lang, Miriam (2012): Sieg der Marktlogik. Das Yasuní-Projekt und die deutsche Politik. In: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika; Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): Der Neue Extraktivismus – Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin: FDCL-Verlag, 116-124.
- Larrea, C, Greene, N., Rival, L., Sevilla, E., and Warnars, L. (2009). Ecuador. Towards a new development model. Yasuni-ITT. An initiative to change history. Editor: Adoum, A., Translator: Huber, R., Global Business: Quito.
- Larrea, Carlos; Warnars, Lavinia (2009): Ecuador's Yasuni-ITT Initiative. Avoiding emissions by keeping petroleum underground. In: Energy for Sustainable Development. Nr. 13, 219-223.
- Mantilla, Diego (2010): Los últimos números de BP. In: <http://www.ecuadorsinpetroleo.com/Blog/Blog.html> [28.09.2012]
- Martin, Pamela L. (2011): Oil in the soil. The politics of paying to preserve the Amazon. Plymouth: Rowman & Littlefield.
- Martinez, Esperanza (o.J.): ¿Qué celebramos con la firma del fideicomiso de la iniciativa Yasuní? (revise AQUÍ los documentos del FIDEICOMISO). In: <http://www.amazoniaporlavida.org/es/Dejar-crudo-en-el-subsuelo/ique-celebramos-con-la-firma-del-fideicomiso-de-la-iniciativa-yasuni.html> [12.01.2013]
- Martinez, Esperanza (2009): Ecuador: New oil exploration activities in Yasuní National Park. In: World Rainforest Movement Bulletin. Nr. 138, 4-5.
- Martinez-Alier, Joan (1991): Ecology and the Poor. A Neglected Dimension of Latin American History. In: Journal of Latin American Studies. Vol. 23, Nr. 3, 621-639.
- Mayntz, Renate; Scharpf, Fritz (1995): Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus. In: Mayntz, Renate; Scharpf, Fritz (Hg.): Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung. Frankfurt/Main: Campus Verlag, 39-72.
- McAvoy, Esme (2011): Oil or life? Ecuador's stark choice. In: <http://www.newint.org/features/2011/04/01/yasuni/> [16.12. 2013]
- McCarty, Nolan; Meirowitz, Adam (2007): Political game theory. An Introduction. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ministerio de Energía y Minas de la República del Ecuador (2007): Agenda Energetica 2007 – 2011. Hacia und sistema energetico sustentable. Quito: Ministerio de Energía y Minas.
- Moore, Jennifer; Velásquez, Teresa (2012): Sovereignty Negotiated: Anti-Mining Movements, the State and Multinational Mining Companies under Correa's 'Twenty-First Century Socialism'. In: Bebbington, Anthony (Hg.): Social conflict, economic development and the extractive industry: evidence from South America. Oxford: Routledge, 112-133.

Moscoso Álvarez, Raúl (2010): Debilidades de origen en la iniciativa Yasuní-ITT. In: Boletín ICCI ARY-Rimay, Nr.137, S.7-14.

Müller-Plantenberg, Clarita (2003): Zukunft für Alle ist möglich: soziale Gerechtigkeit und nachhaltiger Naturbezug als grenzübergreifende Herausforderungen. Kassel: Kassel Univ. Press.

Niebel, Dirk (2011): Dschungel statt Öl? In: taz, 23.09.2011.
<http://www.taz.de/!78723/> [10.02.2013]

Nohlen, Dieter (2010): Lexikon der Politikwissenschaft. Band 2, N - Z. München: Beck.

Oilwatch (2007): ITT Project. Option 1: Conserving crude oil in the subsoil. Quito: Oilwatch.

Oilwatch (2008a): Position on voluntary carbon market. Quito: Oilwatch.

Oilwatch (2008b): On suppressed Oil and Ecuadors proposal. One year on from the Ecuadorian proposal. In:
http://www.oilwatch.org/index.php?option=com_content&task=view&lang=en&id=601&Itemid=225 (31.01.2013]

Organization of Petroleum Exporting Countries (2008): Resolution of 148th Meeting of the OPEC Conference. In:
http://www.pdvs.com/index.php?tpl=interface.en/design/biblioteca/readdoc.tpl.html&newsid_obj_id=5662&newsid_temas=111 [26.01.2013]

Organization of Petroleum Exporting Countries (2011a): Ecuador steals the show. In: OPEC Bulletin. Nr. 2, 8-15.

Organization of Petroleum Exporting Countries (2011b): Ecuador steals the show. In: OPEC Bulletin. Nr. 6, 36-37.

Orihuela, José C.; Thorp, Rosemary (2012): The political economy of managing extractives in Bolivia, Ecuador and Peru. In: Bebbington, Anthony (Hg.): Social Conflict, Economic Development and Extractive Industry. Evidence from South America. London: Routledge.

Pérez, Orlando (2007): Correa propone que le compren "petróleo simbólico". In:
<http://www.ar.terra.com/terramagazine/interna/0,,EI8864-OI1988252,00.html> [07.11.2012]

Perfiles de Opinión (2011): Encuesta de Perfiles de Opinión sobre la Iniciativa Yasuní-ITT. In: http://www.amazoniaporlavid.org/es/files/perfiles_de_opinion_Yasuni_ITT_sep11.pdf [26.01.2013]

Perreault, Tom; Valdivia, Gabriela (2009): Hydrocarbons, popular protest and national imaginaries. Ecuador and Bolivia in comparative context. In: Geoforum, Nr. 41, 689-699.

Petroecuador (2010): El Petroleo en Ecuador. In:
<http://www.eppetroecuador.ec/idc/groups/public/documents/archivo/001138.pdf> [03.10.2012]

Political Database of the Americas (1998): Constitution of Ecuador 1998. In: <http://pdba.georgetown.edu/Constitutions/Ecuador/ecuador98.html#mozTocId34836> [15.10.2012]

Proaño García, José; Colleoni, Paola (2008): Taromenane warani nani. Pueblos indígenas en aislamiento voluntario. Tagaeri-Taromenane, en la Amazonía ecuatoriana. Quito: Abya-Yala.

Rival, Laura (2002): Trekking Through History. The Huaorani of Amazonian Ecuador. New York: Columbia University Press.

Rival, Laura (2012): Planning development futures in the Ecuadorian Amazon. The expanding oil frontier and the Yasuní-ITT initiative. In: Bebbington, Anthony (Hg.): Social conflict, economic development and the extractive industry: evidence from South America. Oxford: Routledge, 153-171.

San Sebastián, M.; Hurtig, A.K. (2004): Oil exploitation in the Amazon basin of Ecuador. A public health emergency. In: Rev Panam Salud Publica/Pan Am J Public Health, Nr. 15(3), 205-211.

Santillán Salas, Carmen (2011): “2011-2020 la Década de las Naciones Unidas para la Diversidad Biológica”. In: <http://web.ambiente.gob.ec/?q=node/2276> [16.01.2013]

Scharpf, Fritz (1997): Games Real Actors Play. Actor-Centered Institutionalism in Policy Research. Boulder, Colorado/ Oxford: Westview Press.

Scharpf, Fritz (2000): Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Opladen: Leske & Budrich.

Scientists concerned for the future of Yasuní (2007): The biodiversity of Yasuní. Numbers and threats. In: Martínez, Esperanza; Boedt, Piet (Hg.): Keep oil underground. the only way to fight climate change. Bali: Oilwatch, 24-25.

Sotelo, Vicente; Francke, Pedro (2011): ¿Es económicamente viable una economía post extractivista en el Perú? In: Alayza, Alejandra; Gudynas, Eduardo (Hg.): Transiciones, postextractivismo y alternativas al extractivismo en el Perú. Lima: Ediciones del CEPES, 115-142.

Svampa, Maristella (2012a): Resource Extractivism and Alternatives. Latin American Perspectives on Development. In: Journal für Entwicklungspolitik. Vol. 27. Nr.3, 43-73.

Svampa, Maristella (2012b): Bergbau und Neo-Extraktivismus in Lateinamerika. In: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika; Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): Der Neue Extraktivismus – Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin: FDCL-Verlag, 46-81.

Tricarico, Antoni; Löschmann, Heike (2012): Finanzialisierung - ein Hebel zur Einhegung der Commons. In: Helfrich, Silke; Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. Bielefeld: transcript, 184-195.

UNDP (2013): Country of Individuals that Contributed to the Yasuni ITT Fund. In: <http://mptf.undp.org/document/download/9775> [01.03. 2013]

UNICEF (2011): La inversion social en el presupuesto general del Estado 2011. Asignación presupuestaria en el sector social para el periodo enero – diciembre 2011.
In: http://www.unicef.org/ecuador/Asignacion_PGE_2011_web.pdf [16.10.2012]

Valdivia, Gabriela (2008): Governing relations between people and things: Citizenship, territory, and the political economy of petroleum in Ecuador. In: Political Geography. Nr. 27, 456-477.

Varela, Marcelo (2010): Las actividades extractivas en Ecuador. In: Ecuador Debate. Nr. 79, 127-149.

Warnars, Lavinia (2010): The Yasuni-ITT Initiative: an international environmental equity mechanism? Master-Thesis. Radboud University.

Watts, Jonathan (2013): Ecuadorean tribe will 'die fighting' to defend rainforest. Kichwa villagers from Sani Isla vow to resist oil prospecting by state-backed company Petroamazonas at all costs. In: <http://www.guardian.co.uk/world/2013/jan/13/ecuadorian-tribe-die-fighting-rainforest> [25.01.2013]

Wieland, Patrick (2011): From Kyoto to Quito. Reassessing oil moratorium as an effective climate change policy from a property-based approach. Student Scholarship Papers. Yale Law School.

World Rainforest Movement (2010): Defending the Yasuní initiative, to conserve biodiversity. In: WRM Bulletin. Nr. 159, 21-23.

Zibeche, Raúl (2011): La imposteable lucha contra el extractivismo. In: Palau, Marielle (Hg.): La dimensión represiva y militar del modelo de desarrollo. Asunción: BASE, 87-93.

Ziegler-Otero, Lawrence (2004): Resistance in an Amazonian Community. Huaorani Organizing against the Global Economy. New York: Berghahn Books.

Persönliche Interviews:

Rival, Laura, persönliches Interview, geführt von Christoph Omann, 17.07.2012.

Acosta, Alberto, persönliches Interview, geführt von Christoph Omann, 19.07.2012.

10. Anhang

10.1 Zusammenfassung

Ecuador ist einer der Staaten Lateinamerikas, die außerordentlich abhängig vom Abbau und Export natürlicher Ressourcen sind. Nach einer langen Ära neoliberaler Herrschaft befindet sich das Land in einem Transformationsprozess. Es werden Lösungen gesucht um das ausbeuterische Wirtschaftsmodell zu überwinden und eine Alternative zu rein wirtschaftlicher Entwicklung zu finden. Diese Suche spiegelt sich auch in der 2008 verabschiedeten Verfassung wider, die auf dem Konzept des Buen Vivir, also eines „guten Lebens“ basiert. Erste Anzeichen einer geplanten Transformation sind beispielsweise die Verankerung der Rechte der Natur in der neuen Verfassung und der Vorschlag Erdölvorkommen unter einem Nationalpark im Amazonasgebiet nicht auszubeuten und ein sehr vielfältiges Ökosystem zu schützen. Dieser Vorschlag hat sich in der Yasuní-ITT-Initiative (YII) konkretisiert.

Diese Arbeit untersucht, welche Positionen es rund um diesen Vorschlag der ecuadorianischen Regierung gibt, wie sie zustande kommen und durch welche Rahmenbedingungen auf institutioneller Ebene diese Positionen beeinflusst werden. Ein Schwerpunkt wird dabei auf das extraktivistische Entwicklungsmodell Ecuadors gelegt und geprüft wie sich diese spezielle Entwicklungsweise auf die untersuchten Akteure und ihre Positionen auswirkt. Zuvor wird der Extraktivismus als analytische Kategorie vorgestellt und auf dessen historische Entwicklung in Lateinamerika eingegangen. In diesem Zusammenhang wird auch auf die besondere Bedeutung des Erdöls für Ecuador und die daraus resultierende ökonomische Abhängigkeit hingewiesen. Daran anschließend werden der Yasuní Nationalpark und die YII kurz beschrieben. Den Hauptteil dieser Arbeit stellt die Akteursanalyse dar, die auf einige wichtige Akteure und deren Positionen rund um die YII eingeht. Die Analyse zeigt, dass die Positionen der Akteure allgemein sehr verschieden und von Konflikten geprägt sind. Diese erschweren eine erfolgreiche Umsetzung des Vorschlags und der YII und es wird auch deutlich, dass damit eine Überwindung des ressourcenintensiven Wirtschaftsmodells in Ecuador nicht erreicht werden kann.

10.2 Abstract

Ecuador is one of the countries in Latin America which is extraordinary dependent on the exploitation and export of natural resources. After a long neoliberal era, the country now finds itself in a process of transformation. It is seeking solutions to overcome the predominant exploitative economic model and to find alternatives to a mere economic development. This search is reflected in the Constitution of 2008 which is based on the principle of the so-called Buen Vivir (Good Life). First signs of a transformation are for example the implementation of the Rights of Nature in the new Constitution and the proposal of not exploiting the oil reserves in a national park in the Amazon region. Instead a place of enormous biodiversity is protected. This proposal has been substantiated within the Yasuní-ITT-Initiative (YII).

This diploma thesis is to examine which positions exist regarding this proposal of the Ecuadorean government and how these positions have developed and how they have been framed by institutional settings. One focus will be put on Ecuadors extractivist development strategy and how this strategy influences the surveyed actors and their positions. Prior to this ‘Extractivism’ is introduced as an analytical category by characterize its historical development in Ecuador is referred to. In this context the extraordinary importance of crude oil for Ecuador and consequently its economic dependency are pointed out. The next section describes the Yasuní National Park and the YII in detail. The main part of this thesis is the actor analysis which focuses on some major actors of the YII and their positions. The analysis shows precisely the wide range of positions and the conflicts which result from it. These conflicts hinder a successful implementation of the proposal. Furthermore it becomes clear that due to this proposal and the YII, the patterns of the resource-intensive economy in Ecuador cannot be changed fundamentally.

10.3 Curriculum Vitae

Persönliche Daten

Name: Christoph OMANN
Geburtsdatum und -ort: 19. 08. 1987, Friesach
E-Mail: christoph.o@gmx.at
Staatsbürgerschaft: Österreich

Universitärer und schulischer Werdegang

seit Oktober 2007 Studium der Internationalen Entwicklung und an der Universität Wien mit Schwerpunkt auf Lateinamerika
1998 - 2006 BG/BRG St. Veit a. d. Glan.
1994 - 1998 Volksschule, St. Salvator
1993 - 1994 Vorschule, St. Salvator

Zivildienst: Zivildienst in einem Kinderhort und Jugendzentrum in Friesach

Berufserfahrung / Praktika

seit Dezember 2011 Mitarbeit beim Netzwerk „Mutmacherei – Inspirationen für den Wandel“
September 2010 - Februar 2013 Ticketverkauf bei WT Wien Ticket GesmbH
Oktober 2009 - Dezember 2010 Praktikum bei der Nichtregierungsorganisation „CEDHA“ (Centro de Derechos Humanos y Ambiente) in Córdoba, Argentinien. Mitarbeit beim Programm „Human Rights, Business and Sustainable Development“

Jänner - Februar 2010	Praktikum bei „TRIALOG“, einem Projekt der Nichtregierungsorganisation „Horizont 3000“ zur Stärkung der Zivilgesellschaft und Bewusstseinsbildung in Bezug auf entwicklungsbezogene Themen in den neuen Mitgliedsländern der Europäischen Union
Juli - August 2009	Betreuer und Deutschlehrer von italienischen Jugendlichen bei Sommersprachcamp der Organisation GKI in Iserlohn (Deutschland)
März - Juli 2008	Teilzeitarbeit im Service für den Personaldienstleister TST, die Servicepersonal für diverse Cateringunternehmen (Gerstner, Frederiks, Lukesch, Hotel Intercontinental u.a.) zur Verfügung stellt
2004 - 2008	diverse Ferialjobs in den Sommerferien

Qualifikationen

- Sprachkenntnisse: Englisch: sehr gute Kenntnisse in Wort und Schrift
Spanisch: gute Kenntnisse in Wort und Schrift
Italienisch: Grundkenntnisse
- Office Kenntnisse: Microsoft Word, Power Point, Excel, Internet

Sonstiges

Juli 2012	Teilnahme und Übersetzungstätigkeit am “54. International Congress of Americanists” in Wien
2010-2011	Freiwillige Mitarbeit bei „Mund.Werk - Verein zur Förderung kritischer Stimmen“
2010	Teilnahme an der INEX Sustainability Challenge(Interuniversitäre und interdisziplinäre Lehrveranstaltung zum Thema „Nachhaltige Entwicklung“)